Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

AKTE 1228

ANFANG

P. 3

4

Hefter
ES Original
D.R.W.Z.

Jahrgang

vom

Protokolle (Senat und Genossenschaft, [illegible] für [illegible]

Band 1

1924-1928

[redacted]

1228

Verhandelt in d. Preuss. Akad. d. Künste, Sitzung d. Senats f. Musik

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 0500 * 21. MAI 1928
Anl.

Berlin d. 21 Mai 1928

Beginn d. Sitzung 6¹⁵

Vorsitz. Schumann

Anwesend

v. Hausegger

Kahn

v. Reznicek

Schönberg

Schumann

Seiffert

Prof. Schumann legt die Eingänge: Adam (Breslau) Wittl-Seminar, Essen u. Dr. Kayser [vor]. An dem Ministerium wird [illegible] folgende Bescheid: die Zuschrift Adam wird abgelehnt. die Staatl. Anerkennung des Wittl-Seminars wird befürwortet. Ueber die Arbeiten des Dr. Kayser wird ein negatives Gutachten d. Ministerium übermittelt.

Dem Herrn Minister soll durch [illegible] im Dezember auf d. 90. Geburtstag [illegible] empfohlen werden, Taubert ein Ehrengeschenk zu bewilligen.

Die Akademie soll Taubert durch ein Kammermusikkonzert in d. Akademie [illegible] machen.

Schumann

Georg Schumann

V.

1. Abschriften sind zu fertigen für den Herrn [illegible], den 1. ständ. Sekretär, den 2. ständ. Sekretär und die Akten „Musik“.

2. z. d. A.

Berlin, den 30. Mai 1928

Der Präsident

I. A.

[illegible]

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats, Sektion für Musik am Montag, den 21. Mai 1928

im Anschluß an die Sitzung des Gesamtsenats.

Namen	lfd. Nr.	Namen
v. Hausegger	9	
E. N. v. Reznicek	10	
Schumann	11	
Rob. Kahn	12	
[illegible]	13	
[illegible]	14	
	15	
	16	

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste-Berlin
Nº 0501 * 21. MAI 1928
Anl.

Berlin, den 21. Mai 1928
Beginn der Sitzung: 5 Uhr 3/4

Anwesend
[un]ter dem Vorsitz
[d]es Herrn Prof. Schumann
[die] Herren:

[v.] Bausznern
[Hi]ndemith
[Ju]on
[Ka]hn entsch.
[Ka]un
[Pf]itzner entsch.
[v.] Reznicek
[v.] Schillings entsch.
[Sc]hönberg
[Sc]hreker entsch.
[Sc]humann
[Ta]ubert
[Ta]ubmann
[Th]iel entsch.

Die 1. Sitzung ist beschlussunfähig.
Die 2. Sitzung wird auf 6 Uhr angesetzt.
Anwesend 6 Mitglieder.
In der Wahl für den 1. u. 2. Vorsitzenden d. Sektion wurden 6 Zettel abgegeben.
~~Prof. [illegible] erhält~~ (1 leerer Zettel)
Prof. Schumann als Vorsitzender d. Sekt.
Prof. [illegible] erhält als Stellvertreter Prof. Schreker. ~~[illegible]~~
Prof. Schumann nimmt die Wahl an. Prof. Schreker wird die Mitteilung von seiner Wahl erhalten.

Georg Schumann
[illegible]

Wahl wird [illegible] Okt. 1928 – 1931
Es wurden 6 Zettel abgegeben.
Prof. [illegible] fielen auf Taubmann

[illegible] Taubmann
[illegible]

Schumann

v. Baussnern

II.

1. Abschriften sind zu fertigen für das Min. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] und die Akten [illegible]

2. [illegible] Berlin, den 25. Mai 1928
Der [illegible]
[illegible]

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mittglieder, Sektion für Musik am Montag, den 21. Mai 1928 nachmittags 51/2 Uhr

Namen	Lfd. Nr.	Namen
v. Baussnern	9	
[illegible] Prof. Taubert	10	
E. N. v. Reznicek	11	
Schumann	12	
Rob. Kahn	13	
[illegible]	14	
	15	
	16	

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Berlin, den 26. April 1928
Beginn der Sitzung : 5 Uhr 10 Min.

Anwesend
...ter dem Vorsitz
des Herrn
die Herren : Prof. Schumann

...mersdorffer
...oser
...entwig
...eiffert
... Bausznern
...ahn
...fitzner
... Reznicek
... Schillings
...chönberg
...hreker entsch.
...humann
...ubmann
...ndemith
...on
...un
...ubert
...iel entsch.

[illegible]

Reform d. Akademie

Schönberg : Die Akademie müsse das Recht erhalten, [illegible]

Er bestreitet die Möglichkeit, als Sachverständiger des Ministeriums die Interessen der Kunstlehranstalten vor dem Gesetzgeber zu vertreten.

Schumann: Von Allen müsse eine volle Selbständigkeit der Akademie erstrebt werden, es handle sich um die Geltung der Akademie.

Schreker: Die Akademie wird jedenfalls keinen Einfluss gewinnen. [illegible] hat der Direktor der Hochschule keinen Einfluss, wie ihn früher Joachim gehabt hat.

auf allgemeine [illegible]:

Schillings: Die frühere Stellung war Schöpfung eines [illegible] so, dass entscheidender Einfluss auf die Kunstlehranstalten möglich war. Bei der früheren [illegible] Kunstverwaltung wird dieser ausgeschlossen sein. Die [illegible] Frage [illegible] soll entstehen, um den Künstlern die Möglichkeit zu geben, gehört zu werden und sich für ihre Interessen Geltung zu verschaffen. Ich kann mir folgendes vorstellen: dass die Akademie die Stellung ablehnt, [illegible] zu wollen, solange der augenblickliche Zustand besteht.

Schreker u. Moser beantragen die völlige Loslösung ~~der Akademie~~ der bedeutendsten [illegible] von [illegible] der Akademie.

Amersdorffer: es müsse ein entscheidender Einfluss auf die staatlichen künstlerischen Unterrichtsanstalten erstrebt werden.

6

Moser: Die Schwierigkeit der gegenwärtigen [illegible] ~~bestehenden Zustände~~ liege nicht im Detail, sondern in den Verhältnissen selbst. [illegible] dem Ministerium [illegible] werden, dass die [illegible] ihre Tätigkeit einstellen müsse, solange nicht in der Frage der Geltung der Akademie völlige [illegible] Klarheit [illegible].

~~M. [illegible] in den Senat [illegible] zu [illegible]. Diese [illegible] mit [illegible].~~

Schreker beantragt unter den obwaltenden Umständen die Auflösung der Musik-Sektion.

Schillings weist auf die Bestimmung der Statuten hin, dass der Senat der M. S. berufenes [illegible] Organ des Ministeriums wäre.

Sch. beantragt, die Akademie soll bei Besetzung der Referentenstellungen im Ministerium entscheidenden Einfluss gewinnen, die Sektion [illegible] Senat [illegible] Zustimmung zu.

Amersdorffer tritt dafür ein, dass eine „Verjüngung" der Akademie geschaffen wird durch ein [illegible] bei einer Altersgrenze (durch [illegible] bei [illegible] Altersgrenze)

Moser: 1) völlig [illegible] eine ganz klare Scheidung der Einfluss-Sphären des Ministers, Referenten und der Akademie. 2) Verjüngung der Akademie nach den Vorschlägen Amersdorffers.

[illegible] Prof. Schillings wird gebeten, [illegible] mit [illegible] Nationen [illegible].

Ual 418

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 0443 * 1 - MAI 1928
Ant:

Anwesend

[Un]ter dem Vorsitz des [He]rrn Prof. Dr. Schumann

[di]e Herren:

[Am]ersdorffer
[Ble]ser
[Ga]iffert
[v.] Bausznern
[Ka]hn
[v.] Reznicek
[v.] Schillings
[S]chönberg
[S]chreker
[S]chumann
[...]on
[Sch]ubert

[En]tschuldigt:
[...]iel, Taubmann

[Un]entschuldigt:
[Hi]ndemith., Kaun

Berlin, den 26. April 1928
Beginn der Sitzung: 5 ^{10} Uhr.

Vor Eintritt in den Hauptpunkt der Tagesordnung werden einige laufende Angelegenheiten erledigt. Schumann bringt die Dankschreiben von Strawinsky und Wetz (für ihre Wahl zum Mitgliede) zur Kenntnis. Da das Ministerium den Wunsch ausgesprochen hat, zur Rundfunk-Tagung in Göttingen einen Delegierten der Akademie zu entsenden, spricht Schumann seine Bereitwilligkeit aus, an der Göttinger Tagung teilzunehmen; sollte er verhindert sein, würde v. Bausznern die Tagung besuchen. Jn einer telephonischen Verständigung mit Professor Kestenberg wurde festgestellt, dass vom Ministerium die bei Beamten übliche Reisekostenentschädigung gewährt wird. Der Senat spricht die Annahme der Molique-Stiftung aus. Schumann wird als Vertreter der Akademie dem Kuratorium der Molique-Stiftung beitreten. Schumann berichtet über den Antrag : Verstaatlichung des

Seminars

P 3 Ba 1

Seminars des Essener Konservatoriums, Moser wird die hierübe vorliegenden Eingänge prüfen und dem Senat ein Gutachten abgeben.

Reform der Akademie

Schönberg: Die Akademie müsse das Recht erhalten, sich durch Anträ und Jnterpellationen direkt an den Reichstag pder Landtag zu wenden, und zw. mit der Begründung, dass dort keine Vertretu der künstlerischen Jnteressengruppen bestände.

Amersdorffer: Aehnliches sei bereits früher erfolgt, man habe in solc Fällen vorher das Ministerium von den Massnahmen verständigt Es handele sich darum, wie sich Anträge in solcher Form über haupt die nötige Geltung verschaffen können. Es bestände ein Möglichkeit, als Sachverständige des Ministeriums die Jntere sen der Künstlerschaft vor dem Gesetzgeber zu vertreten.

Schumann: Vor allem müsse eine volle Selbständigkeit der Akademie erstrebt werden, es fehle an der notwendigen Geltung der Aka demie.

Schreker: Auf Grund seiner Beurteilung der Verhältnisse glaube er, dass die Akademie bestimmt keinen Einfluss gewinnen würde; auch habe beispielsweise der Direktor der Hochschule auf all gemeine Kunstverhältnisse keinen Einfluss. Früher, unter den Zeiten Joachims,habe dieser Einfluss bestanden.

Schillings: Die frühere Stellung der Akademie vor Schaffung eines Ku tusministeriums war so, dass tatsächlich ein bestimmender Ei fluss auf das Kunstleben ermöglicht werden konnte. Bei der h tigen preussischen Kunstverwaltung wird dieses ausgeschlosse

sein

sein. Die entscheidende Frage wäre: was soll geschehen, um dem Künstler durch das Mittel der Akademie die Möglichkeit zu geben, gehört zu werden und sich für seine Jnteressen Geltung zu verschaffen. Es könne nur eines geschehen: die Akademie gibt die Erklärung ab, keine Mitarbeit mehr leisten zu wollen, solange die augenblicklichen Zustände bestehen bleiben.

eker u. Moser: beantragen die völlige Loslösung der von ihnen geleiteten Anstalten vom Bereich der Akademie.

sdorffer: Es müsse ein entscheidender Einfluss auf das gesamte künstlerische Unterrichtswesen erstrebt werden.

r: Der Hauptgrund der gegenwärtigen Wirkungslosigkeit der Akademie läge noch nicht einmal im Statut, sondern in den Verhältnissen selbst. Auch er betone, dem Ministerium müsse erklärt werden, dass die Musiksektion ihre Tätigkeit einstellen würde, wenn nicht in der Frage der Geltung der Akademie eine völlig neue Situation einträte.

eker: beantragt unter den obwaltenden Umständen die Auflösung der Musiksektion.

llings: weist auf die Bestimmung des Statuts hin, dass der Senat der Musiksektion technische Beratungsbehörde des Ministeriums wäre. Er beantrage ferner, die Akademie solle bei Besetzung der Referentenstellungen im Ministerium entscheidenden Einfluss gewinnen. Die Sektion stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

sdorffer: tritt betont dafür ein, dass eine "Verjüngung" der Akademie gewährleistet werden müsse durch ein Ausscheiden bei einer Altersgrenze oder durch den numerus clausus.

r: Nötig wäre eine ganz klare Scheidung der Einfluss-Sphäre

des

des Ministerreferenten und der Akademie und eine Verjüngung der Akademie nach den Vorschlägen des Vorredners.

Am Schluss der Sitzung wird Schillings gebeten, in Rom anlässlich der Urheber-Konferenz eine Aussprache mit Vertretern der andern Nationen über den "Normal-Ton" herbeizuführen.

Schluss der Sitzung: 7 1/2 Uhr.

[illegible] Georg Neumann

V.

1. Abschriften sind zu fertigen für d. [illegible]
2. z. [illegible]

[illegible]

P 3 Bd 1

Anwesenheitsliste

zur Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik am 26. April 1928

Namen	Lfd. Nr.	Namen
[illegible]	9	Moser
Prof. E. E. Taubert	10	Schillings
Prof. v. Baussnern	11	Schröter
Neumann	12	[illegible]
E. N. v. Reznicek	13	
Rob. Kahn	14	
Paul Juon	15	
Prof. Dr. [illegible]	16	

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste

Sitzung des Senats und der Genossenschaft

Sektion für Musik.

Berlin, den 26. März 1928
Beginn der Sitzung: 5 Uhr.

Anwesend

unter dem Vorsitz

des Herrn Prof. Schumann

die Herren:

Amersdorffer
Seiffert
v. Bausznern
Kahn
v. Reznicek
v. Schillings
Schönberg
Schreker
Schumann
Taubert

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift Professor Schumann die Gelegenheit, Professor Schreker nochmals zu seinem 50. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche der Musiksektion auszusprechen.

- - - - - - - - -

Reform der Akademie.

Professor Amersdorffer berichtet einleitend, dass die Vorarbeiten bereits längere Zeit zurücklägen. Es handele sich im Grunde nicht etwa nur um eine Statutenaenderung, sondern um einen Neu-Aufbau der gesamten Akademie-Arbeit. Die Beratungen mit dem Ministerium hätten bereits begonnen. Der zukünftigen Kommission für die Vorarbeiten sollen angehören: ~~die Vorsitzenden und die Ständigen Sekretäre der Sektionen, je ein Mitglied der Sektion~~

I. der Präsident, die ständigen Sekretäre und die Vorsitzenden der Sektionen,

II. 4 von der Akademie zu wählende Mitglieder,

III. 4 vom Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu ernennende Mitglieder,

IV. 4 Kommissare des Ministeriums.

~~Kommissare des Ministeriums und ein Jurist.~~

Professor Schumann bittet, die Mitglieder der Ge-nossenschaft mögen sich umgehend mit dem gegenwärtigen Statut beschäftigen, um später für die Beratung in der Kommission zw mässige Vorschläge machen zu können. In die Beratungskommissi wird Professor Schreker gewählt, dieser nimmt die Wahl an. In der nächsten Sitzung von Genossenschaft und Senat Donnerstag, 26.April, 5 Uhr, sollen die Vorschläge der Mitglieder zur Dis kussion gestellt werden. Uebereinstimmend kommt zum Ausdruck, die Sektion für Musik zu einer unbedingt wirksamen Selbständi und Einfluss-Sphäre kommen müsse, wenn die Existenz dieser Se überhaupt eine Berechtigung haben solle.

- - - - - - - - -

Das Schreiben an Reichsjustizminister (Entwurf Ba nern)in Sachen: "Schutz des Kunstwerks einer früheren Zeit" sol zirkulieren, ebenso das im gedruckten Wortlaut vorliegende ts choslowakische Gesetz über Urheberrechte.

Die beiden bereits früher geschlossenen Diskussio abende sollen in der zweiten Hälfte des Juni stattfinden. Pro sor Amersdorffer referiert über eine Anregung des Mitglieds d Dichtersektion v.Molo: Im Kreise der Akademie möge einmal der such gemacht werden, einen Musiker, Dichter und bildenden Küns zu einer gegenseitigen Aussprache zu vereinigen, eventuell kön sich ein Kunstgelehrter dieser Aussprache anschliessen. Die A gung wird beifällig zur Kenntnis genommen.

Von Bausznern schlägt vor, die Musiksektion möge Beispiel der Dichtersektion folgen und mit Werken ihrer Mitgl eine Bibliothek einrichten. Dem Vorschlage wird zugestimmt.

Professor

Professor Amersdorffer legt einen Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Prag über die Altersversicherung tschechoslowakischer Schriftsteller und Musiker zur Kenntnisnahme vor. Mit demselben Problem haben sich die französischen und belgischen Staatsregierungen neuerdings auseinandergesetzt, worüber auch ein amtlicher Bericht vorliegt. Mit diesem letzteren wird sich auch die Musiksektion demnächst noch beschäftigen müssen.

Professor Schillings berichtet sehr interessant über die Vorverhandlungen zur Urheberschutzkonferenz in Rom und betont ausdrücklich, dass die Stellungnahme der italienischen Staatsregierung zum Problem des Urheberschutzes ausserordentliche Einsicht bewiese. Als deutsche Künstler-Delegierte werden voraussichtlich Dr.Fulda und v.Schillings in Rom fungieren. v.Schillings hofft, dass trotz aller nicht zu übersehenden Schwierigkeiten es doch noch gelingen würde, in Rom die Rechte der deutschen Autoren mit Erfolg zu vertreten.

Schluss der Sitzung: 6½ Uhr.

Amersdorffer Georg Schumann

[illegible]

2. Joh. Berlin, den 30. März 1928

[illegible]

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Anwesend

Berlin, den 26. März 1928
Beginn der Sitzung: 5 Uhr

Unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Schumann

die Herren:

Amersdorffer
Moser
Nentwig
Seiffert
v. Bausznern
Kahn
Pfitzner
v. Reznicek
v. Schillings
Schönberg
Schreker
Schumann
Taubmann
Hindemith
Juon entsch.
Kaun
Taubert
Thiel

Prof. Schumann [illegible]

1. Reform d. Akademie

Prof. Amersdorffer [illegible]

[illegible]

[illegible] 26. April. 5 Uhr.

[illegible] eine Ausstellung, [illegible] vor allem [illegible] die Sektion f. Musik [illegible] ganz anderes [illegible] in [illegible] kommen [illegible], [illegible] die [illegible] dieser Sektion [illegible] haben soll. –

Das Schreiben an d. Reichs-[illegible] soll in Vervielfältigung an die Mitglieder verschickt werden.

Die [illegible] Vorlage soll [illegible] d. [illegible] werden. –

Die beiden [illegible]abende sollen in d. 2. Hälfte d. Juni stattfinden.

Prof. Amersdorffer referiert über eine Anregung d. Malers [illegible] eine [illegible] von Musikern, Dichtern, bildenden Künstlern u. [illegible] zu [illegible]. –

Schumann schlägt vor, für die Musik-Sektion eine Bibliothek der Werke ihrer Mitglieder einzurichten. Dem wird zugestimmt.

Prof. Amersdorffer [illegible] Bericht d. Deutschen Gesandtschaft in Prag über die [illegible] Schriftsteller u. Musiker.

[illegible]

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats, Sektion für Musik

am Montag, den 26. März 1928 abends Uhr.

Lfd. Nr.	Name
	Seiffert
	Schumann
	Amersdorffer
	Neumann
	Schreker
	E. N. v. Reznicek
	Schillings
	Robert Kahn
	Arnold Schönberg

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste
Sitzung des Senats, Sektion für Musik.

Berlin, den 26.März 1928
Beginn der Sitzung: 6½ Uhr.

Anwesend
unter dem Vorsitz
des Herrn Prof.Schumann
die Herren:
Amersdorffer
Seiffert
v.Bausznern
Kahn
v.Reznicek
v.Schillings
Schönberg
Schreker
Schumann

Professor Schumann stellt fest, dass in den Vorschlägen für den Staatlichen Ehrensold irrtümlich Persönlichkeiten genannt worden sind, die den Ehrensold bereits beziehen. Nach kurzer Debatte wurden für den Staatlichen Ehrensold einstimmig neu vorgeschlagen:

Hugo Kaun
v.Reznicek.

Professor Schumann berichtet über einige Angelegenheiten, in denen auf Grund der inzwischen eingegangenen Gutachten von Senats-Mitgliedern dem Ministerium berichtet werden kann.(Beschwerde des Gesanglehrers Otto Süsse und Münchener Volksliederspende.) Dagegen muss der Bericht des Provinzialschulkollegiums Breslau in der Beschwerdesache der Privatmusiklehrerin Jordan noch unerledigt bleiben. Schumann vertritt die Meinung, dieser Fall läge so unklar, dass

zunächst

1. Abschriften sind zu fertigen für das Min., d. 1. Ständ. Sekretär, d. 2. Ständ. Sekretär und die Akten.
2. [illegible]
Berlin, [illegible] März 1928
Der Präsident
[illegible]

zunächst einmal die sämtlichen schriftlichen Prüfungsarbeiten der Beschwerdeführerin zur Begutachtung eingefordert werden müssten. Dem wird zugestimmt.

Schluss der Sitzung 7¼ Uhr.

v. Hausegger   Georg Schumann

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zur Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik am Montag, den 26. März 1928 nachm. 5 Uhr

---

N a m e

---

v. g. Prof. E. E. Taubert

Ritter

v. Hausegger

[illegible]

Schumann

[illegible]

E. N. v. Reznicek

Schillings

Rob. Kahn

[illegible]

16

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats, Sektion für Musik.

Berlin, den 26. März 1928
Beginn der Sitzung: 6 1/2 Uhr

Anwesend
[illegible]r dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schumann
die Herren:

[illegible]mersdorffer
[illegible]oser
[illegible]entwig
[illegible]eiffert
[illegible]. Bausznern
[illegible]ahn
[illegible]fitzner
[illegible]. Reznicek
[illegible]. Schillings
Schönberg
Schreker
Schumann
Taubmann

Prof. Schumann teilt mit, daß [illegible] für die [illegible] vorgeschlagen würden, die die [illegible] bereits besitzen.
Es wird [illegible] Kaun vorgeschlagen.
[illegible] " Reznicek.

Prof. Schumann berichtet über eine [illegible] . . .
. . .

[illegible] Kreslau [illegible] die [illegible] . . .
[illegible] werde.

Ende 7 1/4

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Berlin, den 15. Februar 1928
Beginn der Sitzung: 5 3/4 Uhr.

Anwesend

[Unt]er dem Vorsitz des [He]rrn Prof. Schumann

die Herren:

v. Bausznern
Juon
Schreker
Schumann
Taubert
Thiel

[illegible]

Schumann berichtet über eine Beratung im Ministerium bezüglich des internationalen Musikwettbewerbs anläßlich der Amsterdamer Olympiade. Er hat sich in dieser Beratung über die Frage, ob eine Beteiligung deutscher Komponisten zu erwarten wäre, skeptisch geäußert. Schreker schlägt vor den Kapellmeister Wilhelm Mengelberg in Amsterdam um Aufklärung zu bitten, in welcher Form die Musik dort überhaupt zur Darstellung kommen soll. Uebereinstimmend wird darauf hingewiesen, daß die noch verfügbare Zeit nicht ausreichen würde, Kompositionen als Unterlage für sportliche Darstellungen herzustellen. Professor Thiehl schlägt vor, in dieser Sache die Tanz- und Bewegungsschule von Schultz-Dornburg in Essen zu interessieren. Es wird schließlich beschlossen, daß sich der Vorsitzende der Sektion ~~für~~ mit der Gesellschaft deutscher Tonsetzer in der Angelegenheit auseinandersetzen

auseinandersetzen möge. Professor Schreker schlägt noch vor, die Mitglieder der Akademie (Sektion für Musik) von dem Wettbewerb in Kenntnis zu setzen.

Die Anträge v. Bausznern, betr. Arbeitsprogramm und gesetzlicher Schutz des Kunstwerkes einer früheren Zeit werden zur Kenntnis gebracht. Dazu schlägt Schreker vor zunächst 2 Diskussionsabende mit folgenden Vorträgen anzusetzen:

1. "Jst das Kunstwerk Richard Wagners heute als abgetan zu betrachten? "
2. Die " Vernegerung" der heutigen Musik.

Bezüglich des Antrages " Schutz des Kunstwerks einer früheren Zeit " wird beschlossen, daß die Akademie in einem Antrag an den Reichsjustizminister gesetzliche Maßnahmen verlangt, die den Schutz dieser Kunstwerke vor willkürlichen Bearbeitungen gewährleisten. Jn diesem Antrag soll ferner zum Ausdruck kommen, daß andere Staaten diese Schutzmaßnahmen bereits getroffen haben. Ein Entwurf dieses Antrages soll in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Es wird die Antwort Ministerialdirektors Nentwig in der Sache " Protest der Tonsetzer-Gesellschaft gegen das Bewertungsverfahren der Rundfunkgesellschaft" zur Kenntnis gebracht, ebenso der Erlaß des italienischen Unterrichtsministers betr. " Programme mit ausländischer Musik". Uebereinstimmend wird beschlossen ~~mit~~ dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung diesen Bericht zurückzureichen mit dem Bemerken, daß die Stellungnahme Jtaliens aus den nationalen Gesichtspunkten durchaus berechtigt erscheint; daß für Deutschland eine ähnliche Maßnahme noch weit dringlicher wäre, da die ausländische Musik die deutschen Konzertprogramme geradezu überwuchere und fast die gesamte Presse diesen

Vorgängen

18 19

Vorgängen Vorschub leiste. Der Herr Minister soll gebeten werden in dieser Sache zugunsten des deutschen Musikschaffens einzutreten.

Die Eingänge des "Gesanglehrers Süsse" und " Münchener Volksliederspende" sollen Moser, Seiffert und Schumann zur Begutachtung vorgelegt werden. Den Antrag Wolfgang Heine in Sachen Provinzialschulkollegium Stettin und Privatmusik-Lehrer-Erlaß soll ~~an~~ Schreker zur Begutachtung bekommen. Die Urkunde der Molique-Stiftung wird vorgelegt. Die Hochschule für Musik wird bezüglich des dritten Mitgliedes des Kuratoriums Entscheidung treffen .

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

[signature] [signature]

A n w e s e n h e i t s l i s t e

-.-

zu einer Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik am Mittwoch ,

den 15. Februar 1928 abends 5 1/2 Uhr.

Lfd. Nr.	Namen	Lfd. Nr.	Namen
1	gez. Prof. v. Reznicek	10	
2	Schumann	11	
3	gez. Prof. Taubert	12	
4	Paul Juon	13	
5	Thiel	14	
6	[illegible]	15	
7		16	
8		17	
9		18	

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Anwesend

unter dem Vorsitz des

Herrn Prof. Schumann

die Herren:

Berlin, den 19. Januar 1928
Beginn der Sitzung: 6½ Uhr.

v. Bausznern
Kahn
XXXXXXX
v. Reznicek
v. Schillings
Schönberg
Schreker
Schumann
Taubmann
Hindemith
Juon
Kaun
Taubert
Thiel

Ergänzg. Wahl neuer Mitglieder

Die Einheimischen wurden in der Vorwahl nicht zur Hauptwahl gestellt.
Als Auswärtigen waren zur H. W. gestellt Strawinsky (Rußland) und Richard Wetz (Erfurt)
die Wahl ergiebt für

Strawinsky 7 Stimmen
Wetz 5 "

Damit sind beide gewählt.

Schluß [illegible]
6 50

v. Bausznern

Schumann v. Reznicek

1. Abschrift. Ges. zu fertigen für das Min., d. 1. Ständ. Sekretär, d. 2. Ständ. Sekretär und d. Akten. „Nr 2"
2. z. d. A.

Berlin, den 18. Januar 1928
Der Präsident
Sch.

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste

Anwesenheitsliste

zur Hauptwahlsitzung der Musik - Sektion am 19. Januar 1928.

Lfd. Nr.	Namen	Lfd. Nr.	Namen
1	g. J. Prof. v. Baussnern	8	
2	g. J. Prof. Taubmann	9	
3	Paul Juon	10	
4	[illegible]	11	
5	Thiel	12	
6	g. J. Prof. Robert Kahn	13	
7	[illegible]	14	

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste.

~~Xxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Berlin, den 12. Januar 1928
Beginn der Sitzung: 5 1/4 Uhr

Anwesend
unter dem Vorsitz
des Herrn Professor Schumann
die Herren:

Bausznern
Hindemith
Juon
Kahn
Kaun
Reznicek
v. Schillings
Schreker
Taubert
Taubmann
Thiel
Pfitzner
Schönberg
Schumann

Einheimische

Professor Schumann stellt anheim, den einzigen freien Platz eventuell nicht zu besetzen, damit ein etwa nach Berlin ziehendes auswärtiges Mitglied aufgenommen werden kann. Es wird die Wahl Trapp vorgenommen, die folgendes Ergebnis hat: von 9 anwesenden Mitgliedern 9 dagegen. Trapp ~~ist somit nicht gewählt~~. kommt somit nicht zur Hauptwahl.

Für auswärtige sind vorgeschlagen:

Strawinsky, Wetz, Grunmach. Wetz und Strawinsky erhalten über 3 Stimmen und zwar

Strawinsky	8 Stimmen
Wetz	6 Stimmen

und werden somit zur Hauptwahl gestellt.
(Grunmach erhielt 2 Stimmen).

Schluß der Sitzung 5 3/4 Uhr.

Schumann
Rob. Kahn
v. Bausznern

1. Abschrift. sind gefertigt für [illegible]
2. [illegible]
Berlin, den 17. Januar 1928
[illegible]

Marwinski IIIIIIII

Grumach II

Wetz IIIIII

v/ Graumann

Musik. Sektion   Beginn d. Sitzung 5 1/4

Protokoll der

[illegible] [illegible] [illegible] d. 12. I. 28

<u>Fachberichte</u>

Prof. Zuhmann stellt anheim, den einzigen [illegible] [illegible] nicht zu [illegible], damit sie etwa nach Berlin [illegible] [illegible] möglichst [illegible] mitgenommen werden kann.

Hierauf die Prof.: Trapp [illegible], die folgende [illegible]: [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Sagen. Trapp ist [illegible] nicht [illegible].

Für [illegible] [illegible] [illegible]:

Iracinski

Wetz

Grunmach

Wetz u. Ilecinski ~~[illegible]~~ erhalten über 3 Stimmen ~~[illegible]~~ (u. zw. Ilc. 8, Wetz 6 Stimmen) u. ~~[illegible]~~ [illegible] sind zur Haupt. Wahl gestellt.

Grunmach erhält (2 St.)

Schluß d. Sitzung 5 3/4

W.

Anwesenheitsliste

zur Wahlsitzung, Sektion für Musik, am 12. Januar 1928.

Lfd. Nr.	Namen	Lfd. Nr.	Namen
1	Hausegger	11	
2	Georg Schumann	12	
3	E. N. v. Reznicek	13	
4	[illegible]	14	
5	g. z. Prof. Taubmann	15	
6	g. z. Prof. Taubert	16	
7	Thiel	17	
8	Robert Kahn	18	
9	Paul Hindemith	19	
10		20	

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste

Sitzung des Senats und der Genossenschaft,

Sektion für Musik.

Berlin, den 22.Dezember 1927
Beginn der Sitzung 5^{40} Uhr.

Anwesend
unter dem Vorsitz
des Herrn Professor Schumann
die Herren:

Amersdorffer
v.Bausznern
Kahn
v. Reznicek
Schreker,
Schumann
Seiffert
d'Albert
Thiel
Juon entsch.
Taubert entsch.

Da zu Beginn der Sitzung Professor Schreker als Referent in Sachen Köln und Akademie-Medaille noch nicht anwesend ist, wird zunächst in die Beratung einiger anderer Punkte eingetreten. Es werden die Gutachten über den Antrag Fiebach und Rattay-Königsberg verlesen, die übereinstimmend dahin gehen, dass die Bestrebungen der Königsberger Antragsteller durch die Akademie nicht unterstützt werden können, weil die dort bestehenden Absichten stark in die Kompetenzen der Akademie eingreifen würden. Die Befürwortung einer ostpreussischen Musikerkammer ist schon deshalb unmöglich, weil dieses Problem bereits durch die Vorarbeiten für eine preussische bzw. deutsche Musikerkammer in Angriff genommen ist.

Die Wahlen neuer Mitglieder werden festgesetzt auf den 12.und 19.Januar 1928.

./.

1. [illegible]

2. [illegible]

[illegible]

In Sachen des Antrages der Genossenschaft deutscher Tonset betr. Rundfunkgesellschaft und Gebührenabgabe wird beschlossen, Mini ialdirektor Nentwig als rechts-und verwaltungskundiges Mitglied de Senats um Stellungnahme zu bitten, welche juristisch begründeten V schläge auf die Eingabe zu machen wären, um eine gesetzliche oder läufige Regelung zu erreichen, durch die die Rechte der Autoren ge- schützt würden.

Das Schreiben der Deutschen Gesandtschaft über Dr. Bruns und dessen Vortrag in Stockholm soll zirkulieren.

Akademie-Medaille

Professor Schreker vertritt die Meinung, dass nach vorlieg den Zeugnissen aus Köln die Akademie-Medaille den beiden von Braunf vorgeschlagenen Schülern verliehen werden müsste. Professor Schuman erhebt dagegen Bedenken und schlägt vor, nur 1 Medaille nach Köln zu verleihen; es wird beschlossen, Braunfels mitzuteilen, dass die Aka demie nach reiflichem Erwägen die Medaille nur für einen Kölner Sch ler bewilligen könne, er möge selbst die Wahl treffen. Es müsse zum Ausdruck kommen, dass die Medaille nur als eine ganz seltene Auszeich nung verliehen werden könne. Professor Schreker stellt dann noch den Antrag, dem vor kurzer Zeit von der Staatlichen Hochschule abgegang nen Schüler Richard Klemm, der sich in seiner Reifeprüfung durch Höchstleistungen ausgezeichnet hat, die Medaille zu verleihen. Es wird dementsprechend beschlossen.

Beethoven-Preis-Statut.

Professor Schreker berichtet, dass z.Zt. beim Ministerium keine Neigung bestehe, einer Aenderung des Beethoven-Statuts zuzustimmen und für das Beethoven-Preis-Kuratorium die Einsetzung eines besonderen Sekretärs zu bewilligen. Die Mitglieder des Kuratoriums

./.

Kuratoriums sollen ersucht werden, bis spätestens 1. Januar 1928 Vorschläge für einen Preisträger einzureichen. Die erste Sitzung des Kuratoriums 1928 wird auf Donnerstag, den 12. Januar 1928, abends 6 Uhr, festgesetzt. Professor Seiffert berichtet über die eingegangenen Aeusserungen auf sein von ihm ausgearbeitetes Exposé und gibt den sehr bemerkenswerten und praktischen Vorschlag zu erwägen, auch die Vertreter der Hauptmitglieder des Kuratoriums zu allen vorberatenden Sitzungen einzuladen, damit auch die Vertreter immer in die Lage versetzt werden, sich über den gesamten Stoff der Vorberatungen ein eigenes Urteil zu bilden. Der Vorschlag wird gutgeheissen und angenommen. Es wird noch einmal die Frage aufgeworfen, preisgekrönte Komponisten in das Kuratorium zu wählen.. Für 1928 soll dies mit dem Leipziger Komponisten Kurt Thomas geschehen. Es wird berichtet, dass Professor Schering für den verstorbenen Professor Abert als Ordinarius für Musikwissenschaft an die Berliner Universität berufen worden ist. Demnach wird Professor Schering als Mitglied in das Kuratorium des Beethoven-Preises eintreten.

Schluss der Sitzung 7 1/2 Uhr.

[redacted] [redacted]

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Berlin, den 23. Dezember 1927
Beginn der Sitzung 5^{40} Uhr.

Anwesend
unter dem Vorsitz des Herrn
Professor Schumann
die Herren:
Amersdorffer
v. Bausznern
Kahn
v. Reznicek
Schreker
Schumann
Seiffert
d'Albert
Thiel
Juon entsch.
Taubert entsch.

Da zu Beginn der Sitzung Professor Schreker als Referent in Sachen Köln und Akademie-Medaille noch nicht anwesend ist, wird zunächst in die Beratung einiger anderer Punkte eingetreten. Es werden die Gutachten über den Antrag Fiebach und Rattay – Königsberg verlesen, die übereinstimmend dahin gehen, daß die Bestrebungen der Königsberger Antragsteller durch die Akademie nicht unterstützt werden können, weil die dort bestehenden Absichten stark in die Kompetenzen der Akademie eingreifen würden. Die Befürwortung einer ostpreußischen Musikerkammer ist schon deshalb unmöglich, weil dieses Problem bereits durch die Vorarbeiten für eine preußische bezw. deutsche Musikerkammer in Angriff genommen ist.
~~Professor v. Bausznern wird beauftragt, die vorliegenden Gutachten zusammenzufassen~~

~~[struck-through line]~~

Die Wahlen neuer Mitglieder werden festgesetzt auf den 12. und 19. Januar 1928.

Jn Sachen des Antrages der Genossenschaft deutscher Tonsetzer betr. Rundfunkgesellschaft und Gebührenabgabe wird beschlossen, Ministerialdirektor Nentwig als rechts - und verwaltungskundiges Mitglied des Senats um eine Aufklärung darüber zu bitten, ob für die Autorengebühren der Rundfunkgesellschaft gesetzliche Vorschriften bestehen und nach welchen Maßstäben diese ausgeführt werden .

Das Schreiben der Deutschen Gesandtschaft über Dr. Bruhns und dessen Vortrag in Stockholm soll zirkulieren.

Akademie-Medaille

Professor Schreker vertritt die Meinung, daß nach vorliegenden Zeugnissen aus Köln die Akademie-Medaille den beiden von Braunfels vorgeschlagenen Schülern verliehen werden müßte. Von ~~anderer Seite werden~~ dagegen Bedenken ~~geäußert~~; es wird ~~beschlossen~~ Braunfels mitzuteilen, daß die Akademie nach reiflichem Erwägen die Medaille nur für einen Kölner Schüler bewilligen könne, er möge selbst die Wahl treffen. Es müsse zum Ausdruck kommen, daß die Medaille nur als eine ganz seltene Auszeichnung verliehen werden könne. Professor Schreker stellt dann noch den Antrag, dem vor kurzer Zeit von der Staatlichen Hochschule abgegangenen Schüler Richard Klemm, der sich in seiner Reifeprüfung durch Höchstleistungen ausgezeichnet hat, die Medaille zu verleihen. [handwritten addition, illegible]

Beethoven-Preis-Statut.

Professor Schreker berichtet, daß zurzeit beim Ministerium keine Neigung bestehe, einer Aenderung des Beethoven-Statuts zuzustimmen und für das Beethoven-Preis-Kuratorium die ~~der~~ Einsetzung eines besonderen Sekretärs zu bewilligen ~~zuzustimmen~~. Die Mitglieder des Kuratoriums sollen ersucht werden, bis spätestens 1. Januar 1928 Vorschläge für einen Preisträger einzureichen. Die erste Sitzung des Kuratoriums 1928 wird auf Donnerstag, den 12. Januar 1928 abends 6 Uhr festgesetzt. Professor Seiffert berichtet über die eingegangenen Aeußerungen auf sein von ihm ausgearbeitetes Exposé und gibt den sehr bemerkenswerten und praktischen Vorschlag zu erwägen, auch die Vertreter der Hauptmitglieder des Kuratoriums zu allen vorberatenden Sitzungen einzuladen, damit auch die Vertreter immer in die Lage versetzt werden, sich über den gesamten Stoff der Vorberatungen ein eigenes Urteil zu bilden. Der Vorschlag wird gutgeheißen und angenommen. Es wird noch einmal die Frage aufgeworfen, preisgekrönte Komponisten in das Kuratorium zu wählen. Für 1928 soll dies mit dem Leipziger Komponisten Kurt Thomas geschehen. Es wird berichtet, daß Professor Schering für den verstorbenen Professor Abert ~~das Amt des~~ als Ordinarius für Musikwissenschaft an die ~~der~~ Berliner Universität ~~antreten wird~~ berufen worden ist. Demnach wird Professor Schering als Mitglied in das Kuratorium des Beethoven-Preises eintreten.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

[signatures]

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik

Berlin W 8, den 22. Dezember 1927
Beginn der Sitzung: 5 Uhr 40 Min.

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schumann
die Herren

Amersdorffer
v. Bausznern
Kahn
v. Reznicek
Schreker
Moser
Nentwig
Pfitzner
v. Schillings
Schönberg
Seiffert
Taubmann
d'Albert
Hindemith
Juon [illegible]
Kaun
Taubert [illegible]
Thiel

1. Punkt. [illegible]

[illegible]

2. [illegible] Januar.

3. Punkt. [illegible]

4. Punkt. [illegible]

31

Akademie. Unterricht.

Prof. Schlecke vertritt die Meinung, daß [illegible] beide [illegible] Stellen die Unterricht [illegible]. Der andere [illegible], [illegible] mitgeteilt, daß die Akademie für [illegible] die Akademie bewilligen könne, [illegible] übrig [illegible]. Es [illegible], daß die Unterricht [illegible] werde müsse. Prof. Schlecke stellt den Antrag, für [illegible] der Akademie [illegible] Unterricht [illegible] an die [illegible] Richard Klemm zu [illegible].

Zentralkommission-Statut.

Prof. Schlecke teilt [illegible] mit, daß beim Ministerium augenblicklich keine Neigung bestehe, für d. Zentralkommission-Kuratorium [illegible] Änderung d. Statuts [illegible] die Akademie habe die Mitglieder d. Kuratoriums [illegible], bis spätestens 1. Januar [illegible]. Vorschläge [illegible]. Kuratorium-Sitzung Donnerstag d. 12. Jan. 6 Uhr, [illegible] die Mitglieder [illegible] Sitzung [illegible] gemacht werden. [illegible] die Unterricht d. [illegible] Mitglieder [illegible] werden.

[illegible signature]

Prof. Seiffert [illegible] über die [illegible] Exposé. Prof. S. [illegible] Darstellung [illegible] Kuratorium [illegible] Mitglieder [illegible], s. z. B. [illegible] Kuratorium zu [illegible].

Prof. Seiffert weist auf einige Unzuträglichkeiten hin, die [illegible], daß die [illegible] Unterricht [illegible], [illegible] Antrag [illegible] die [illegible] Mitglieder [illegible].

[illegible]

Schluß 7 1/2 Uhr

32

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zur Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik, am Donnerstag, den 22. Dezember 1927 nachm. 5 1/2 Uhr.

N a m e n

I. V. Prof. Dr. Amersdorffer

Eugen d'Albert

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Thiel

E. N. v. Reznicek

Robert Kahn

gez. Schreker

35

33

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
No 1427 * 12 DEZ 1927

6

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schumann
die Herren:
Amersdorffer
v. Bausznern
Kahn
v. Reznicek
Schreker
Schumann

Berlin, den 8. Dezember 1927
Beginn der Sitzung 1620 Uhr

Harry Kreismann-Stiftung

Professor Schreker wird auf Grund der Aussprache mit den Mitgliedern des Senats in der einzuberufenden Sitzung des Kuratoriums der Harry Kreismann-Stiftung einen bekannten Komponisten der älteren Generation als Preisträger vorschlagen, mit dessen Wahl sich die Anwesenden einverstanden erklären.

Zu dem Bericht von Professor Seiffert: Vorschläge zur Abänderung des Beethoven-Preis-Statuts haben sich schriftlich geäußert die Herren Thiel, Kahn, v. Bausznern, Thiessen, Taubmann, Reznicek, Schumann und Braunfels. Professor Dr. Seiffert soll gebeten werden, diese Meinungsäußerungen in einem Bericht zusammenzufassen und diesen in der nächsten Sitzung vorzulegen. Die nächste Sitzung ist festgesetzt auf den 22. Dezember nachm. 5 Uhr.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Schumann

Amersdorffer

Anwesenheitsliste

zur Sitzung des Senats, Sektion für Musik
am 8. 12. 1927.

1. O. M. Prof. v. Baussnern
2. O. M. Prof. Dr. Schumann
3. ~~E. E. Taubert~~
3. E. N. v. Reznicek
4. O. M. Prof. Schreker

Robert Kahn

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Berlin, den 8. Dezember 1927
Beginn der Sitzung: 5Uhr 20

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schumann
die Herren:
Amersdorffer
v. Bausznern
Kahn
v. Reznicek
Schreker
Schumann
Taubert

[illegible]

Angelegenheit Akademie-Medaille.

Es liegt zunächst der Antrag von Braunfels vor, zwei Schülern der Kölner Hochschule Erika Marx und Paul Baumgartner die Akademie-Medaille zu verleihen. Zeugnisse der beiden Schüler sind vorgelegt. Professor Schreker beantragt über die Betreffenden noch eingehendere Begründung einzufordern. Schreker will die Zeugnisse mit denen der hiesigen Hochschule vergleichen (Prüfungsaufgaben, Bewertung der Einzelleistungen) und wird gebeten, in der nächsten Sitzung über das Ergebnis zu referieren. v. Bausznern vertritt die Meinung, daß eine kritische Prüfung der Anträge von Hochschuldirektoren für die von ihnen als würdig erkannten Schüler zu peinlichen Auseinandersetzungen führen könne. Die Anwesenden treten diesen Bedenken entgegen mit dem Hinweis, daß in den Bestimmungen über die Verleihung der Medaille

der

der Akademie das Recht zugesprochen sei, über die Verleihung der Medaille zu entscheiden.

Professor Schumann bringt ein an ihn gerichtetes Schreiben von Professor v. Bausznern zur Kenntnis, in welchem sich Letzterer beschwert, daß Herr Prof. Dr. Seiffert und nicht ihm ein Referat über Angelegenheit der Musiksektion in einer Gesamtsitzung der Akademie erteilt sei.

Professor Schumann lehnt unter Hinweis auf seine Aemter als erster Vorsitzender der Sektion und als Vizepräsident der Akademie das Schreiben im ganzen und im besonderen die in ihm enthaltenen Ansprüche energisch ab mit der Begründung, daß es ihm allein zustehe zu bestimmen, wem ein Referat zu übertragen sei.

Ein Antrag v. Bausznerns, in Zukunft bei offiziellem Anlaß Mitteilungen der Musiksektion in und außerhalb der Akademie (soweit der Vorsitzende nicht selbst in Frage käme) durch den Zweiten Ständigen Sekretär erfolgen zu lassen, wird abgelehnt durch den Hinweis, daß bei Verhinderung des ersten Vorsitzenden der stellvertretende Vorsitzende in Frage käme. Professor Amersdorffer weist darauf hin, daß auch die Akademie anläßlich der Jahrhundertfeier von Franz Schubert eine Schubert-Feier veranstalten müsse. Es wird erwogen, einen solchen Schubert-Abend mit Kammermusik und Liedern anzusetzen.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

[Unterschriften]

36

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste
No 1328 * 12 DEZ 1927

Berlin, den 8. Dezember 1927
Beginn der Sitzung : 5 Uhr 20

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schumann
die Herren:
Amersdorffer,
v. Bausznern
Kahn
v. Reznicek
Schreker
Schumann
Taubert

Angelegenheit Akademie-Medaille

Es liegt zunächst der Antrag von Braunfels vor, zwei Schülern der Kölner Hochschule Erika Marx und Paul Baumgartner die Akademie-Medaille zu verleihen. Zeugnisse der beiden Schüler sind vorgelegt. Professor Schreker beantragt über die Betreffenden noch eingehendere Begründung einzufordern. Schreker will die Zeugnisse mit denen der hiesigen Hochschule vergleichen(Prüfungsaufgaben, Bewertung der Einzelleistungen) und wird gebeten, in der nächsten Sitzung über das Ergebnis zu referieren. v. Bausznern vertritt die Meinung, daß eine kritische Prüfung der Anträge von Hochschuldirektoren für die von ihnen als würdig erkannten Schüler zu peinlichen Auseinandersetzungen führen könne. Die Anwesenden treten diesen Bedenken entgegen mit dem Hinweis, daß in den Bestimmungen über die Ver-

leihung

leihung der Medaille der Akademie ~~der Akademie~~ das Recht zugesprochen sei, über die Verleihung der Medaille zu entscheiden .

Schluß der Sitzung 6^{20} Uhr.

7

Bemerkung

Das Protokoll ist unvollständig. Ich vermisse den Sitzungsbericht über den vorgelegten Brief des Herrn v. Hausegger an mich, ebenso Bericht über Austrittsgesuch.

18/12.27 Georg Schumann

37

Prof. Schumann bringt ein an ihn gerichtetes Schreiben v. Prof. Hausegger zur Kenntnis. Das Schreiben lautet: „

"

Prof. Schumann legt unter Hinweis auf sein Amt als 1. Vorsitzender der Sektion und als Vizepräsident der Akademie das Schreiben in Gegenwart [illegible] die ihm enthaltenen ~~[illegible]~~ Vorwürfe zurück mit der Begründung, dass es ihm allein zustehe, zu bestimmen, ~~wem~~ ein Referat zu übertragen sie. ~~[illegible]~~ Prof. v. Hausegger präzisiert nochmals seinen Standpunkt und betont, dass ihn die Tatsache, daß in der Gesamtsitzung vor der Abreise Prof. Sch.'s ihm Kenntnis ~~[illegible]~~, stark betroffen und er es als Kränkung empfunden habe, dass gerade in einer Sitzung der Gesamt-Akademie ~~[illegible]~~ nicht ihm als 2. ständigen Vertreter der Auftrag zur Mitteilung der Musik-Sektion erteilt worden sei.

Ein Antrag v. Hausegger, „in Zukunft bei ~~[illegible]~~ ~~der~~ bei offiziellen Anlässen Mitteilungen der Musik-Sektion u.s.w. außerhalb der Akademie (soweit der Vorsitzende nicht selbst in Frage käme) durch den 2. ständigen Vertreter erfolgen zu lassen" wird abgelehnt, wegen durch den Hinweis, dass bei Verhinderung des 1. Vorsitzenden der Stellvertr. Vorsitzende in Frage käme.

38

In diesem Protokoll fehlt mein Antrag auf Veranstaltung einer Schubert-Feier.

[illegible signature]

Protokoll vom 8.12. zirkuliert mit der Bitte um die angegebenen Abänderungen u. [illegible] Antrag [illegible]. Abschrift [illegible]

[illegible]

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste,

Sitzung des Senats und der Genossenschaft,

Sektion für Musik.

Berlin, den 8.Dezember 1927
Beginn der Sitzung: 5 Uhr 20.

Anwesend
unter dem Vorsitz
des Herrn Prof.Schumann
die Herren:
Amersdorffer
v. Bausznern
Kahn
v.Reznicek
Schreker
Schumann
Taubert

Angelegenheit Akademie-Medaille.

Es liegt zunächst der Antrag von Braunfels vor, zwei Schülern der Kölner Hochschule Erika Marx und Paul Baumgartner die Akademie-Medaille zu verleihen. Zeugnisse der beiden Schüler sind vorgelegt. Professor Schreker beantragtüber die Betreffenden noch eingehendere Begründung einzufordern. Schreker will die Zeugnisse mit denen der hiesigen Hochschule vergleichen(Prüfungsaufgaben,Bewertung der Einzelleistungen) und wird gebeten, in der nächsten Sitzung über das Ergebnis zu referieren.

v.Bausznern vertritt die Meinung, dass eine kritische Prüfung der Anträge von Hochschuldirektoren für die von ihnen als würdig erkannten Schüler zu peinlichen Auseinandersetzungen führen könne. Die Anwesenden treten diesen Bedenken entgegen mit dem Hinweis,

./.

erledigt

Hinweis, dass in den Bestimmungen über die Verleihung der Medaille der Akademie das Recht zugesprochen sei, über die Verleihung der Medaille zu entscheiden.

Professor Schumann bringt ein an ihn gerichtetes Schreiben von Professor von Bausznern zur Kenntnis. ~~Das Schreiben lautet:~~

"~~Berlin, den 23.12.1927~~

Sehr geehrter Herr Kollege,

In der Sitzung des Gesamt-Senats am 1.Dezember hat sich ein peinlicher Vorfall ereignet.

Herr Professor Dr.Seiffert hat - in wessen Auftrag ist mir noch nicht klar - in einem Referat Mitteilungen über Angelegenheiten der Musiksektion gemacht.

Bevor ich mich höheren Orts dazu aeussern werde, möchte ich Sie bitten, mir freundlichst mitzuteilen, ob Herr Professor Dr. Seiffert von Ihnen einen Auftrag erhalten hat.

Der Vorfall war für mich umso peinlicher, als Herr Ministerdirektor Nentwig dieser Gesamt-Sitzung beiwohnte.

Zugleich muss ich meinem lebhaften Bedauern Ausdruck geben, dass Sie vor Ihrer Abreise und unmittelbar vor einer Gesamtsitz des Senats keine Verständigung mit mir herbeigeführt haben, obwo lt. Tagesordnung der Sitzung über Angelegenheiten der Musiksekti gesprochen werden sollte.

Mit besten Grüssen
Ihr sehr ergebener
gez. Waldemar v. Bausznern."

Professor Schumann lehnt unter Hinweis auf seine Aemter als erster Vorsitzender der Sektion und als Vizepräsident der Akademie das Schreiben im ganzen und im besonderen die in ihm enthaltenen Ansprüche ab mit der Begründung, dass es ihm allein zustehe, zu bestimmen, wem ein Referat zu übertragen sei. Professor v. Bausznern präzisiert nocheinmal seinen Standpunkt, und betont, dass ihn die Tatsache, erst in der Gesamtsitzung von der Abreise Professor Schumanns Kenntnis zu erhalten, stark betroffen, und er es als kränkend empfunden habe, dass gerade in einer Sitzung der Gesamt-Akademie nicht ihm als zweiten ständigen Sekretär der Auftrag von Mitteilungen der Musiksektion erteilt worden sei.

Ein Antrag v. Bausznerns "In Zukunft bei offiziellem Anlass Mitteilungen der Musiksektion in und ausserhalb der Akademie (soweit der Vorsitzende nicht selbst in Frage käme) durch den 2. ständigen Sekretär erfolgen zu lassen" wird abgelehnt durch den Hinweis, dass bei Verhinderung des ersten Vorsitzenden der stellvertretende Vorsitzende in Frage käme.

Schluss der Sitzung 7 Uhr

Prof. Amersdorfer weist darauf hin, dass auf die Akademie anlässlich des Jahrhundert-Feier v. Franz Schubert eine Schubert-Feier [illegible] [illegible]

Anwesenheitsliste
zur Sitzung des Senats und der Genossenschaft,
Sektion für Musik am 8. 12. 1927.

1 G. R. Prof. v. Baussnern
2 G. R. Prof. Dr. Schumann
3 E. E. Taubert
4 E. v. Reznicek
5 G. R. Prof. Schreker
Robert Kahn

44

42

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats ~~[illegible]~~, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste [illegible]
№ 1239 * 24 Nov.

Berlin, den 17. November 1927
Beginn der Sitzung: 5 Uhr 40

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Dr. Schumann
die Herren:
Moser
Seiffert
v. Bausznern
Kahn
v. Reznicek
Taubmann
(unentschuldigt fehlten
Schönberg
Schreker)

Schumann bringt mehrere Eingänge zur Kenntnis, die sich auf frühere Anträge des Senats an das Ministerium beziehen und die erledigt sind. Zur Besprechung steht der Erlaß des Herrn Ministers " Gutachten über die musikalische Bedeutung Fiebach [illegible] (Ostpreußen) und ihre Eignung zur Leitung einer Musikerkammer ". Es wird beschlossen, die Vorlagen hierüber den Herren Seiffert, Moser und Taubmann zur gutachtlichen Aeußerung zu übergeben. Ferner steht zur Diskussion der Urantrag Jordan und Genossen betr.: Urheberrechte und Aufführungsrechte an Werken der Literatur und Tonkunst; dieser Antrag enthält Angriffe gegen das Geschäftgebahren der Gema. Der Senat stellt fest, daß sich die Verhältnisse innerhalb der Gema wesentlich gebessert haben. Schumann bringt eine gutachtliche Aeußerung von Ministerialdirektor Nentwig zur

Verlesung

Vorlesung, die sich mit der Frage des Urheberrechtes und Aufführungsrechtes beschäftigt und an Herrn Reichsjustizminister gerichtet ist. Schumann ist bereit, zu dieser Angelegenheit schriftlich Stellung zu nehmen und dem Ministerium gegenüber den Standpunkt der Akademie zum Ausdruck zu bringen. Dem Antrag Bausznern, sobald als möglich mit der Sektion für Dichtkunst eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten, stimmt Schumann zu und beantragt darüber hinaus eine Sitzung des Gesamtsenats einzuberufen, um gemeinsame Fragen der Akademie zu erörtern. Die Musiksektion im besonderen soll Anregung geben das musikalische Schaffen unserer Zeit in der Tagespresse mehr zu behandeln ~~Stellung nehmen zu der oft~~ beobachteten dürftigen Bericht~~erstattung der Musikpresse~~.

Schluß der Sitzung 6 3/4 Uhr.

Bausznern Schumann

Erlass vom 17.Oktober 1927 U IV No.21993

betreffend: Beihilfe für Kurt Johnen, Charlottenburg, zur Förderung neuer Wege zur Anerkennung des Klav[ier]spiels.

Erlass vom 22.Oktober 1927 U IV No.22062

betreffend: Mitteilung, dass die Errichtung einer Musikhoch[-]schule für Blinde zur Zeit wegen der Kostenfrag[e] nicht möglich ist.

Erlass

Erlass vom 4.Juli 1927 U.IV/20 No. 965

Betrifft: Ablehnung des Antrages auf Aenderung der Bestimmungen für den Staatlichen Beethoven-Preis.

Erlass vom 21.September 1927 U.IV No.21481

Betrifft: Anerkennung des Musikseminars des Verbandes Deutscher Tonkünstler, Ortsgruppe Magdeburg.

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats, Sektion für Musik am Donnerstag den 17. November 1927 abends 5 1/2 Uhr

----- -------

Lfd. Nr.	Namen
1	Baussnern
2	[illegible]
3	Moser
4	Schumann
5	[illegible]
6	E. N. v. Reznicek
7	Robert Kahn
8	
9	
10	
11	
12	
13	
14	

Verhandelt in der Preuß. Akademie der Künste.

Sitzung des Senats der Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste-Berlin
№ 1146 * 21. OKT. 1927
Anl.

Berlin, den 17. Oktober 1927

Beginn: 6 1/2 Uhr.

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Schumann:
Schönberg
Schreker
Taubmann
Seiffert
Moser

Entschuldigt die Herren:
Pfitzner
Kahn
v. Reznicek

Der Vorsitzende macht dem Senat eine Reihe kleinerer Mitteilungen:

a) Das Gesuch der Sektion um Abänderung der Bestimmungen des Beethoven-Preises hat der Herr Minister abgelehnt. Zu dieser Frage hat die Sektion in Gemeinschaft mit dem Kuratorium des B.-P. schon Stellung genommen.

b) Die Anerkennung des Musikseminars in Magdeburg hat der Herr Minister genehmigt.

c) Der erbetene Betrag von 500 M. für die Erteilung von Klavierunterricht an einige Meisterschüler an der Hochschule ist verweigert worden, während für das Orchesterkonzert der Pfitznerschen Meisterschule ohne weiteres 3500 M. genehmigt wurde. Dieserhalb soll nochmals persönliche Rücksprache erfolgen.

Die Kreidmann-Stiftung stellt alljährlich am 8. März einen Zinsbetrag von rund 10.000 M. zugeteilt für einen Künstler oder Gelehrten zur Verfügung. Erstmalig soll ein Künstler (Musiker, Maler, Architekt usw.) bedacht werden. Der Senat wird sich in seiner nächsten Sitzung darüber schlüssig werden, welcher Musiker von Prof. Schreker, dem Vertreter des Senats in dem Stiftungskuratorium, in Vorschlag gebracht werden soll. Für die nächste Sitzung wird der 9. oder 10. November in Aussicht genommen.

Einige Vorträge der Sektion sind in Vorbereitung, die Bekanntschaft mit der Ätherwellen-Musik und der Welte-Orgel vermitteln sollen.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Schumann   i. V. Seiffert

Vm.

1. Abschriften sind zu fertigen für d. Minister, d. 1. Ständ. Sekretär, d. 2. Ständ. Sekretär und die Akten „Bau“, „Kst“ und „M. Sch.“

2. Z. d. A.

Der Präsident

I. A.

[illegible]

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats, Sektion für Musik

Berlin W 8, den 17. Oktober 1927
Pariser Platz 4

Anfang 1/2 7 Uhr.

Anwesend

unter dem Vorsitz des

Herrn Schumann

die Herren:

v. Bausznern entsch.

Kahn entsch.

~~Pfitzner~~

v. Reznicek entsch.

~~v. Schillings~~

Schönberg

Schreker

Schumann

Taubmann

~~Amersdorffer~~

Moser

~~Nentwig~~

Seiffert

Senat nimmt Kenntnis v. d. [illegible] des Ministers bezügl. der Bestimmungen des [illegible].

Dem Protest bezgl. Verwendung der [illegible] Sinfonie [illegible].

[illegible] 500 M. dem Meisterschüler [illegible] zu erteilen. [illegible] 350 M. [illegible].

[illegible] Magdeburg anerkannt.

[illegible]-Stiftung 10000 [illegible] 8. März [illegible] an Künstler oder Gelehrten. [illegible]

Es kämen in Betracht: Krenek
Kaminski
Hindemith

Nächste Sitzung 9. oder 10. November.

Ätherwellen-Vortrag ist im Gange.

Welte-Orgel steht bei Wertheim – [illegible] 150 Personen Platz – [illegible], intimer Art. Nachmittags [illegible] 5–7.

Nächsten Abend Hindemith [illegible]

Schluß 7 Uhr

Schumann   Seiffert

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats, Sektion für Musik am Montag, den 17. Oktober 1927 nachm. 5 Uhr.

Lfd. Nr.	Namen
1	[illegible]
2	[illegible]
3	[illegible]
4	Ed. Behm.
5	[illegible]
6	Hindemith
7	Tiessen
8	Moser
9	Thiel
10	g. z. Prof. Dr. Schünemann
11	
12	
13	

Festgestellt

[illegible]

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats, Sektion für Musik.

Berlin, den 1. Oktober 1927
Beginn der Sitzung: 5 1/4 Uhr.

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 1112 * 5 OKT 1927

Anwesend

unter dem Vorsitz des Herrn
Prof. Schumann
die Herren:
Seiffert
v. Bausznern
Schreker
v. Schillings
v. Reznicek

Professor Schumann begrüßt v. Schillings als neugewähltes Senatsmitglied. v. Schillings dankt für die freundliche Begrüßung und gibt die Anregung, für das ausgeschiedene Senatsmitglied Professor E. E. Taubert beim Ministerium die Weiterbewilligung der Senatorenvergütung zu erwirken. Der Senat stimmt dem zu und erachtet dies bei seinem ersten Zusammentritt nach den Ferien als seine Ehrenpflicht.

Der Fall Benda-Bielefeld wird besprochen . Der Senat schließt sich den Ausführungen des dortigen Fachberaters an.

Jn der Angelegenheit Harry Kreismann-Stiftung wird beschlossen, die Vorschläge bis zur nächsten Sitzung (Ende Oktober)bereit zu halten; es soll noch festgestellt werden , welcher Betrag von der Stiftung als

Stipendium

[illegible]

Stipendium bewilligt werden kann.

Der Senat nimmt zur Kenntnis, daß das Ministerium auf den Antrag des Beethoven-Preis-Kuratoriums bezüglich einer Abänderung der Statuten eine ablehnende Antwort erteilt hat. Es wird beschlossen, eine Sitzung des Beethoven-Kuratoriums einzuberufen. Diese Sitzung soll am 17. Oktober nachmittags 5 Uhr stattfinden.

Der Antrag des Männer-Chors der Diskonto-Gesellschaft (Bewilligung der Zelter-Plakette) soll in zustimmendem Sinne an den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg weitergeleitet werden.

Dem Gesuch des Stern'schen Konservatoriums (Anerkennung einer erfolgreichen künstlerischen Erziehung zwecks Befreiung von Gewerbesteuern) soll stattgegeben werden.

Professor v. Schillings berichtet eingehend über Vorführungen elektrischer Musikerzeugung von Jörg Mager. Es soll in Aussicht genommen werden, demnächst einen Vortragsabend mit mechanischer Musik, einschließlich einiger Vorführungen elektrischer Musikübertragung zu veranstalten. Die Herren v. Schillings und Schumann sind bereit, für diesen Abend vorbereitende Schritte zu tun.

Jm Dezember soll ein Konzert mit Werken der neuen Mitglieder der Sektion stattfinden.

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

v Hausegger Georg Schumann

Anwesenheitsliste
zur Sitzung des Senats Sektion für Musik am Donnerstag den 1. 10. 27 nachm. 5 Uhr.

Name	Lfd. Nr.	Name
Schumann	8	
v Hausegger	9	
Schillings	10	
[illegible]	11	
Reznicek	12	
g. z. Prof. Dr. Seiffert	13	
	14	

Akademie d. Künste Berlin

Der Senat der Musik-Sektion benutzte am 16. Juni anlässlich der Sitzung d. Gesamt-Senats die Gelegenheit mit den anwesenden Mitgliedern des Senats d. Musik-Sektion eine improvisierte Sitzung abzuhalten. Anwesend waren die Herren Schumann, Taubert, Reznicek und v. Baussnern.

Es wurden folgende Punkte durchgesprochen: Gesuch von Fräulein Elisabeth Günzel, Wiesbaden um staatl. Anerkennung ihres Klavier-Seminars. Da durchaus günstige Gutachten der dortigen Fachberater u. der Behörde vorlagen, wird das Gesuch befürwortet. Ebenso wurden befürwortet die Gesuche der

Berufsvereinigung Berliner Musikfreunde um Bewilligung einer staatl. Beihilfe, daß Herrn Kurt Johnen ein Zuschuß für die Drucklegung seiner Denkschrift „Neue Wege zur Energetik des Klavierspiels"

und das Gesuch des Ostpreuß. Konservatoriums Königsberg i/Pr. um staatl. Anerkennung seines Seminars.

Die Akten des Antrages Süssmann sollen zunächst an Prof. Seiffert ~~[illegible]~~ zur Begutachtung gehen. Es wird dann eine Anfrage an den Gesuchsteller zu richten sein, auf welcher Art musikalischer Tätigkeit er seine Zukunft begründet. [illegible] ist beanstandet, daß die staatlichen und städt. Behörden nach mehrjähriger Unterstützung jetzt gegen eine Naturalisierung des Süssmann Bedenken äußern.

Schumann

Beginn d. Sitzung 6 1/2

Schluß d. Sitzung 7 1/2

[illegible]

1. Abschrift [illegible] an den Minister, den 1. ständ. Sekretär, 2. ständ. Sekretär und [illegible]
2. z. d. Akten [illegible]

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Anwesend

nter dem Vorsitz des Herrn Prof. Dr. Schumann

die Herren :

Bausznern
hreker
humann
ubert
ersdorffer
iffert
on Reznicek
Schillings
iel

Berlin, den 5. Mai 1927
Beginn der Sitzung : 5 3/4 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Professor Amersdorffer mit, daß durch den Tod Kochs das Amt des Vorsitzenden in der Meyerbeer-Stiftung unbesetzt sei. Auf Anfrage erklärt sich Professor Schumann bereit, dieses Amt zu übernehmen.

~~[illegible]~~ An den Sitzungen des Ministeriums in Sachen des Privatmusiklehrer-Erlasses wird ~~auf Wunsch~~ als Vertreter des Senats Professor Schreker teilnehmen.

Zunächst wird über den Schrekerschen Antrag " Änderung des Statuts des Beethoven-Preises " beraten. Schreker wünscht die Aenderung derart, daß seitens der Akademie im Kuratorium unbedingt weniger Mitglieder vertreten sein sollen, damit die Möglichkeit geschaffen werden kann, gegebenenfalls auch Mitgliedern des ~~Akademie~~ Kuratoriums den Preis zu verleihen. Schumann

Soll anschließen ? des Kuratoriums

[illegible]

stimmt

stimmt den Ausführungen des Antragstellers vollkommen zu und schlägt vor, in der Zusammensetzung des Kuratoriums einen gewissen Turnus eintreten zu lassen. Eventuell sollten auch die jeweiligen Preisträger hinzugezogen werden . ~~Professor Abert~~ als Nicht-schaffender könnte ständig im Kuratorium bleiben. Senat und Genossenschaft einigen sich zu folgendem endgültigen Antrag:

> Das bisherige Kuratorium soll bestehen bleiben, jedoch soll für jedes Jahr die Zusammensetzung des Kuratoriums derart erfolgen, daß drei Mitglieder der Musiksektion, ein freier Komponist und ein Musikgelehrter gewählt werden.

Einstimmig wird noch der Antrag gestellt, daß im Statut § 4 dahin abgeändert werden möge: " Jedoch ist es dem Ermessen des Kuratoriums anheimgestellt, den Preis auch geteilt zu verleihen."

X Fortsetzung der Besprechung über den Privatmusiklehrer-Erlaß.

Unter II des Erlasses Punkt 4 soll es heißen: " Diejenigen Antragsteller, die am 1. Oktober 1924 bereit Privatunterricht in der Musik erteilt und das 40. Lebensjahr überschritten haben ... ". Unter demselben Absatz II Punkt 10: Die Forderung des Staates, daß der Unterrichtserlaubnisschein nur widerruflich erteilt werden könne, muß fallen .

Professor Sdhreker fordert, dass die Studierenden einer Hochschule bezüglich Erlangung des Unterrichtserlaubnisscheines nicht von den Entscheidungen des Provinzialschulkollegiums abhängig gemacht werden . Der Senat stellt sich auf denselben Standpunkt . Ferner vertritt Schreker den Standpunkt, daß ein an

an einer Hochschule mit einem Reifezeugnis abgehender Studierender ohne weiteres als staatlich geprüfter Musiklehrer anerkannt werden soll. Jn diesem Zusammenhang weist Schreker darauf hin, daß die Hochschule in Berlin ein Pädagogium eingerichtet hat.

Jn den Absatz III " staatliche Prüfung für Privatmusiklehrer " muß eingefügt werden: " Die Reifeprüfung an einer staatlichen Hochschule für Musik und die Ablegung der Prüfung für das künstlerische Lehramt ersetzen die staatliche Prüfung als Privatmusklehrer " . Jm übrigen stellen sich der Senat und die Genossenschaft im wesentlichen auf den Boden der Vorschläge des Reichsverbandes deutscher Tonkünstler und Musiklehrer, die sorgfältig durchberaten und besprochen wurden. Es wird beschlossen, dem Minister den Vorschlag zu unterbreiten, die Akademie der Künste, Sektion für Musik als Schiedsrichter-Behörde zu ernennen.

Schluß der Sitzung: 7 1/2 Uhr

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der Genossenschaft, Sektion für Musik

Berlin, den 5. Mai 1927
Beginn der Sitzung: 5 3/4 Uhr.

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Dr. Schumann
die Herren
v. Bausznern
Kahn
Pfitzner
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
Amersdoffer
Nentwig
Schoenberg
Seiffert
Juon
Kaun
v. Reznicek
v. Schillings
Thiel

Zunächst teilt Prof. Amersdorffer mit, dass durch den Tod Kahl's das Amt des Vorsitzenden in d. Meyerbeer-Stiftung verwaist sei. Auf Anfrage erklärt sich Prof. Schumann bereit, dieses Amt zu übernehmen. –
An der Sitzung des d. Kuratoriums in Sachen der Preisausschreiben – [illegible] wird auf Wunsch der [illegible] Prof. Schreker teilnehmen.

—

Zunächst wird über d. Schrekerschen Antrag: Änderung des Statuts des Beethoven-Preises beraten. Schreker wünscht die Änderung dahin, dass [illegible] der Akademie im Kuratorium unbedingt weniger Mitglieder vertreten sein sollen, damit die Möglichkeit geschaffen werden kann, gegebenen Falls auch Akademie-Mitgliedern den Preis zu verleihen.

Schumann stimmt d. Auffassung d. Antragstellers vollkommen zu und schlägt vor, einen gewissen Turnus in d. Zusammensetzung d. Kuratoriums eintreten zu lassen. Die jeweiligen Preisträger sollen hinzugezogen werden, die Leiter der großen Hochschulen sollen dauernd im K. vertreten sein.

Ueberall als Musik-Schaffender Künstler ständig in R. bleiben.

Nachfolgender Antrag: das bisherige Kuratorium soll nicht bestehen bleiben, jedoch soll folgendes Gremium entstehen: 3 Mitglieder d. Musik-Sektion, ein freier Künstler und 1 Musikpädagoge sollen das jeweilige R. bilden.

§ 4 d. Statuts soll dahin geändert werden: ~~Der~~ [illegible] ~~Kurat~~ die Genossenschaft d. Bühnenangehöriger [illegible] [illegible], auch zuteilen zu entsenden.

Fortsetzung der Besprechung über den Privatmusiklehrer-Entwurf.

II. Der Absatz unter „4.": soll heißen „40. Lebensjahr."

„ „ 10": die „Mittelmäßigkeit" muss fallen.

Prof. Schrecker fordert, dass die ~~[illegible] [illegible]~~ ~~[illegible]~~ Bewerber [illegible] Hochschule ~~nicht mehr~~ abhängig gemacht werden von der [illegible] wegen der Verw. Staatskollegium und bezüglich des staatsrechtl. Lehrbefähigungsscheines.

[illegible] stellt sich auf denselben Standpunkt. — an der Hochschule

F ferner erteilt Schrecker den Standpunkt, dass [illegible] [illegible] Hochschulen abzuschaffen. [illegible] [illegible] [illegible] als Staatlich ~~[illegible]~~ geprüfte Lehrer anerkannt werden soll. Die Hochschule in Berlin habe in diesem Zusammenhang ein Pädagogium einzurichten.

Absatz 3 Zeile 24: die Hinzuziehung an einer staatlichen Hochschule für

Fortsetzung

Musik ~~nicht als Lehrer für~~ die staatliche Prüfung als Privatmusiklehrer."

Schluss 7 1/2

—

[signature]

[signature]

und die Ablegung der ~~einer~~ Prüfung für den staatlichen Lehrer

„Diejenigen Antragsteller, die am 1. Oktober 1924 bereits Privatunterricht in der Musik erteilt und das 40. Lebensjahr überschritten haben"

Ferner zu bestimmen, daß die Fachberater in zweifelhaften Fällen mit dem Provinzialschulkollegium nicht allein, sondern in Gemeinschaft mit einer dazu berufenen Kommission verhandeln müssen.

Den Regierungen außerdem Erlaß anheim zu geben, daß bei der Erteilung der Unterrichtserlaubnis zweifelhafter Fälle nach genau im Erlaß angegebenen Richtlinien verfahren werden muß.

Die Studierenden einer Hochschule bei Erlangung des Unterrichts-Erlaubnisscheins nicht den Prüfungen des Provinzialschulkollegiums zu unterwerfen, den von einer Hochschule mit einem Reifezeugnis abgehenden Studierenden ohne weiteres als staatlich geprüften Musiklehrer anzuerkennen und in diesem Zusammenhang (Absatz III)

Vorstand und Genossenschaft der Sektion für Musik haben in den Sitzungen vom 28. April u. 5. Mai d. J. zu der aufgestellten Frage des Privatmusiklehrer-Gesetzes Stellung genommen. In eingehender Beratung wurde einstimmig beschlossen, in folgenden Punkten eine Abänderung, bzw. Ergänzung der Bestimmungen des Gesetzes [illegible] zu empfehlen:

die Streichung folgender Bestimmungen des Gesetzes ([illegible]):

a) Seite 15 „die Regierung (in Berlin das Provinzialschulkollegium) setzt die vorgelegten Anträge" u. s. w.

b) Seite 16 Absatz 3 „wenn auch die Regierung" bis „überlassen"

c) Punkt 4 derselben Seite

d) Seite 21 unter b der Satz: „der Regierung bleibt es überlassen" bis „zu berücksichtigen"

die Bestimmung, dass der Unterrichts-Erlaubnisschein nur widerruflich erteilt werden kann, fallen zu lassen.

unter Nr. II Punkt 4 des Gesetzes zu bestimmen:

zu bestimmen:

„Die Reifeprüfung an einer staatlichen Hochschule für Musik und die Ablegung der Prüfung für das künstlerische Lehramt ersetzen die staatliche Prüfung als Privatmusiklehrer."

—

Im Übrigen stellen sich Vorstand und Genossenschaft der Musik-Sektion im Wesentlichen auf den Boden der Vorschläge des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer und unterbreiten den Vorschlag, die Akademie der Künste, Sektion für Musik als Schiedsrichter-Behörde ernennen zu wollen.

Vorstand und Genossenschaft bringen den dringenden Wunsch zum Ausdruck, die in diesem Bericht berührten Punkte bei den weiteren Beratungen über Änderung des Gesetzes zu berücksichtigen und bei endgültiger Fassung des Gesetzes alle Ausführungen über Versorgungs- und Entwicklungsprobleme zu beseitigen.

Anwesenheitsliste

zur Sitzung des Senstes und der Genossenschaft, Sektion für Musik am Donnerstag den 5. Mai 1927.

Nr.	Namen
1	g. J. Prof. E. E. Taubert
2	g. J. Prof. v. Baußnern
3	Seiffert
4	g. J. Prof. Dr. Schumann
5	Robert Kahn
6	Prof. Thiel
7	E. N. v. Reznicek
8	Dr. Juon
9	[illegible]
10	Schillings
11	
12	

59

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der Genossenschaft, Sektion für Musik

Berlin, den 28. April 1927
Beginn der Sitzung: 5 ~~1/2~~ 3/4 Uhr.

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Dr. Schumann
die Herren
v. Bausznern
Kahn
Pfitzner
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
Thiel
Amersdoffer
Nentwig
Schoenberg
Seiffert
Juon
v. Reznicek
v. Schillings
Kaun

K. Akademie d. Künste
No 5661 * 2 MAI 1927

__Privat-Musiklehrer-Gesetz.__

Prof. Schreker macht darauf [illegible], es scheine aus dem Gesetz nicht hervorzugehen, daß die staatl. Prüfung, das obligate [illegible] werde [illegible]. Der andere Teil wird dann [illegible]. Der Senat erteilt die Anregung, daß in Zweifelsfällen bei Verweigerung der Unterrichtserlaubnis die Akademie in der entscheidenden Instanz hinzugezogen ~~werde~~ werden sollte. (Senat u. Genossenschaft) [illegible] wurde auch Schreker [illegible], daß dadurch eine große Belastung der Sektion erfolgen könne. Schönberg schlägt vor, die Akademie möge für jeden einzelnen Fall eine Vertrauensperson ernennen. Schumann [illegible], die Vertrauensleute sollen in zweifelhaften Fällen mit dem Vorsitzenden nicht allein, sondern in Gemeinschaft mit einer Kommission [illegible].

Schönberg beantragt: der Musikverein soll gebeten werden, die ~~[illegible]~~ solchen ganzen [illegible] Rechte zu haben, die ~~[illegible]~~ Möglichkeit [illegible] zu [illegible]. Schillings beantragt: zu streichen [illegible] Satz 15, Punkt 3, Satz 3 und dabei außer der Frage der [illegible], ferner zu streichen Satz 16 Absatz 3 bis 11 zu [illegible]

Abs. Artikel 4, ferner Teil 21 unter C): „der Regierung bleibt" bis „zu berücksichtigen."

~~Ferner Teil 21~~

Schumann verliest auf Antrag Schillings' die Ausführungen des Reichsverbands.

Kahn bringt sein Gutachten zum [illegible] zur Kenntnis. Auf die schriftlichen Äußerungen von Thiel wurde zur [illegible] gebracht.

Die weitere Beratung über das [illegible] wird in der Sitzung am 5. Mai fortgesetzt.

Georg Schumann

gez. [illegible]

Schluss der Sitzung 7 Uhr 10 Min.

[illegible]

1. Abschriften sind zu fertigen für [illegible] [illegible] u. 2. [illegible] und die Akten „[illegible]"

2. [illegible]

[illegible], den 7. Mai 1927.

[illegible]

[illegible]

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik

am Donnerstag, den 28. April 1927 nachm. 5 1/2 Uhr.

Lfd. Nr.	Namen
1	gez. Prof. E. E. Taubert.
2	gez. Prof. v. Hausegger
3	P. Juon
4	Schumann
5	E. N. v. Reznicek
6	Robert Kahn
7	[illegible]
8	Schillings
9	[illegible]
10	[illegible]
11	
12	

P 3

17
67

Verhandelt in der Preußischen Akadmie der Künste, Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik

K. Akademie d. Künste Berlin
No 0662 * 2 MAI 1927

Berlin, den 28. April 1927
Beginn der Sitzung: 5 1/4 Uhr.

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Dr. Schumann
die Herren
v. Bausznern
Kahn
~~Pfitzner~~
Schreker
Schumann
~~Taubert~~
~~Taubmann~~
~~Thiel~~
Schoenberg
Juon
~~Kaun~~
v. Reznicek
v. Schillings

Wahl d. Vorsitzenden u. Stellvertreters.
Es entfallen auf Schumann 6 St.
" " " Schreker 1 "
ein leerer Zettel

Wahl d. Stellvertreters
Es entfallen auf Schreker 6 St.
" " " Schillings 1 "
" " " Schönberg 1 "

Beide Vorsitzenden nehmen an.

Wahl der neuen Senatoren für die ausscheidenden Taubert u. Reznicek
für Taubert ~~erhält~~ Schillings mit 6 Stimmen gewählt
Taubert erhält eine Stimme.
Reznicek mit 6 Stimmen gewählt
2 Stimmen erhält Juon

Bausznern
gez. Schumann

II.

1. Abschriften sind zu fertigen für die ... der 1. ständ. Sekretär, der 2. ständ. Sekretär und die Akten : 51 a

2. Z.d.A.

Berlin, den 4. Mai 1927.

Der Präsident

...

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik am Donnerstag, den 28. April 1927 nachm. 5 Uhr.

Lfd. Nr.	N a m e n
1	gez. Prof. E. E. Taubert
2	gez. Prof. v. Baussnern
3	P. Juon
4	Schumann
5	E. N. v. Reznicek
6	Robert Kahn
7	Schillings
8	Schönberg
9	Schreker
10	
11	
12	

P3

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Pr. Akademie d. Künste Berlin
№ 0505 * 24 MÄRZ 1927
Abt.

Anwesend

Berlin, den 23. März 1927
Beginn der Sitzung: 6 Uhr 5 Min.

[U]nter dem Vorsitz des Herrn Prof. Schumann

[D]ie Herren:

[Ku]mersdorffer ✓
[H]entwig
[S]eiffert ✓
[v]. Baußnern ✓
[K]ahn
[P]fitzner
[S]chreker ✓
[S]chumann ✓
[T]aubert
[T]aubmann (entsch.)
[T]hiel ✓
[S]chönberg ✓
[K]on entsch.
[K]aun
[v]. Reznicek
[v]. Schillings ✓

Der Vorsitzende dankt zunächst Prof. Seiffert für die entgegenkommende Unterstützung in der Rechtssache [illegible]. Bei Gründung [illegible] Reichsverband deutscher Tonkünstler und Musiklehrer e. V. [illegible] eine Druckschrift eingereicht wurde, die sich mit Abänderungsvorschlägen zum Erlaß des Ministers (Privatmusiklehrer) beschäftigt. Prof. Schreker stellt fest, daß in der letzten Sitzung im Ministerium keine Majorität gegen den Erlaß fühlbar wurde. In dieser Sitzung sind von der Opposition keine positiven Vorschläge gemacht worden. Es wird darauf hingewiesen, daß mit dieser Frage die Akademie sich kaum beschäftigen kann. Es besteht der große Gegensatz zwischen den Fragen: ob die Musik obligatorisch oder die Qualifikation einzurichten ist. Schillings hält für unbedingt notwendig, daß der Staat so bald als möglich eine klare Stellung zu der Rechtsgültigkeit d. Erlasses einnimmt, die von bedeutungsvoller Seite angezweifelt wird. Von [illegible] wird darauf hingewiesen, daß der ganze Erlaß solange [illegible] werden müsse, bis in allen wesentlichen Fragen eine Einigung unter den Ländern erzielt sei.

Prof. Schreker stellt den Vorschlag zur Diskussion: die staatl. anerkannten Schulen sollen verpflichtet werden, nur staatl. geprüfte Lehrer anzustellen.

Schillings schlägt vor, eine 3-gliedrige Kommission zu ernennen, die sich mit der vorzüglich d. Schlüssel und seinen wesentlichen Fragen beschäftigen u. den Wunsch der Gesamtheit der [illegible] unterbreiten soll. Schrecker macht den Vorschlag, alle Mitglieder d. [illegible] u. d. Genossenschaft einzuschließen, die selbst genau [illegible] zu studieren und bis zu einem gewissen Zeitpunkt konkrete Abänderungs-Anträge zu stellen. Ferner wird vorgeschlagen, um die öffentliche Opposition klar [illegible] Gegenvorschläge einzuholen, [illegible] die Akademie selbst Stellung genommen hat.

—

Prof. [illegible] berichtet über die musikalischen Stiftungen d. Akademie. Außerdem kann die Gesamtsumme d. St. auf ungefähr 40000 M. erhöht werden, falls Liquidation erfolgt. Prof. [illegible] wird seinen heutigen Antrag schriftlich in der nächsten Sitzung stellen.

Schrecker [illegible], auf die Tagesordnung d. Sitzung v. 28. Apr. [illegible] Arbeitsvorschläge z. [illegible] d. Beethoven-Preises zu setzen. —

Prof. Schumann ist bereit, in Zukunft die Frage der Normal-Stimmung zu bearbeiten, wenn d. Ministerium die Kosten übernimmt. Prof. Schrecker wird als [illegible] in d. Kuratorium d. [illegible]-Kressmann-Stiftung [illegible] Frage d. [illegible]. [illegible] soll die Akademie in [illegible] Stellung zum Ausdruck bringen.

Schluß d. S. 8 Uhr.

[illegible] Schumann

1.

1. Abschriften sind zu fertigen: für das Ministerium, den 1. ständ. Sekretär, den 2. ständ. Sekretär und die Akten:

Bu, Bz, [illegible], [illegible]

2. [illegible]

Berlin, den 30. März 1914.

d. Präsident

[illegible]

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion f. Musik am Mittwoch, den 23. März 1927 abends 6 Uhr.

d.	Name
	gez. Prof. Taubert
	gez. Prof. v. Baussnern
	gez. Prof. Dr. Schumann
	gez. Prof. Dr. Amersdorffer
	Max Trapp
	[illegible]
	Schünemann
	Robert Kahn
	Seiffert
	Schillings

Sitzung zur Konstituierung des Kuratoriums des Beethoven-Preises.

Verhandelt in der Preuß. Akad[emie] ... Berlin, 19. Febr. 1927

K. Akademie d. Künste Berlin
№0390 * 2 MRZ 1927
Abt.

fol. 1/3

1. Abschrift hiervon zu fertigen für [illegible] d. 1. Kur. [illegible] und d. Akte [illegible]
2. z. d. A.

Berlin, den 9. März 1927.

(Beginn der Sitzung 3/4 6 Uhr)

Erschienen sind die Herren: Abert, Kahn, Schönberg, Schreker, Schumann, Seiffert, Thiel; entschuldigt fehlen die Herren: Abendroth, Bahn, Braunfels, Hindemith, Pfitzner, v. Reznicek.

1) Prof. Schumann als Einberufer der Sitzung übernimmt zunächst den Vorsitz. Die Erschienenen sind der Ansicht, daß ihre Berufung in das Kuratorium durch die Erklärung über Annahme der Wahl als stillschweigend vollzogen zu betrachten sei, und stellen ihre Beschlußfähigkeit fest.

2) Zur Ergänzung der statutarischen Bestimmungen wird betreffs der Geschäftsordnung des Kuratoriums Folgendes vereinbart:

a. Jede Sitzung ist 14 Tage vorher einzuberufen.

b. Die Mitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen. Im Behinderungsfalle sind von ihnen die Vertreter der betr. Gruppe 10 Tage vor der Sitzung zu benachrichtigen.

c. Jedes Mitglied ist zu Vorschlägen berechtigt.

d. Stimmberechtigt sind nur die anwesenden Mitglieder.

e. Schriftlich eingegangene Vorschläge werden in den Sitzungen bekannt gegeben.

f. Werden unbekannte Komponisten vorgeschlagen, so sollen auf indirektem Wege Kunstproben von ihnen eingefordert werden behufs späterer Zirkulation bei den hiesigen Mitgliedern.

g. Die Beschlüsse und Verhandlungen des Kuratoriums sind von den Mitgliedern und ihren Stellvertretern strengstens geheim zu halten.

h. Über die Sitzungen ist Protokoll zu führen.

3) Wahlen

a) des Vorsitzenden:

Im ersten Wahlgange entfallen von 7 abgegebenen Stimmen 3 auf Schreker, je 2 auf Abert und Schumann, im zweiten 4 auf Schreker, 2 auf Schumann, 1 auf Abert. Gewählt als Vorsitzender ist Prof. Schreker, der die Wahl annimmt.

b) des Stellvertreters:

Von 7 abgegebenen Stimmen erhalten 4 Abert, 2 Schumann, 1 Schönberg. Gewählt als Stellvertreter ist Prof. Abert, der die Wahl annimmt.

c) des Protokollführers: Als Protokollführer bzw. als Stellvertreter werden die Herren Seiffert und Thiel durch Zuruf gewählt.

4) Allgemeine Vorbesprechung.

Nächster Sitzungstermin: Mittwoch 2. März nachm. 5 1/2 Uhr. Mit der Einladung zugleich ist allen Mitgliedern und Vertretern die beschlossene Geschäftsordnung mitzuteilen, sowie die Aufforderung, ihre Vorschläge schriftlich einzusenden (mit ausführlicher Begründung seitens der auswärtigen nicht anwesenden oder nicht vertretenen Mitglieder). Besonderer Hinweis: nur Reichsdeutsche kommen in Frage!

Sitzungsschluß 7^{10} Uhr.

(gez.) Schreker (gez.) Seiffert.

Anwesenheitsliste

zur Sitzung der Konstituierung des Kuratoriums des Beethoven-Preises

Schreker

Prof. Abert

Seiffert

G. Prof. Schumann

Rob. Kahn

C. Thiel

Amersdorffer

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste, Sitzung ~~[illegible]~~ der Genossenschaft, Sektion für Musik.

[illegible] Abschriften [illegible] 7. 3. [illegible] 8 [illegible] Si, M1, E8, V5, [illegible] 9 B12 N2 B. 17/2 27 [illegible]

P. Akademie d. Künste Berlin №0283 10 FEB 19[illegible]

Berlin, den 9. Februar 1927.

Anwesend

Beginn der Sitzung: 5 Uhr 40

unter dem Vorsitz des

Herrn Prof. Schumann

die Herren:

~~Amersdorffer~~

~~Hentwig~~

~~Seiffert~~

✓ v. Bausznern

✓ Kahn

✓ Pfitzner

✓ Schreker

✓ Schumann

✓ Taubert

✓ Taubmann

✓ Thiel

~~Kaun~~

~~v. Schillings~~

✓ v. Reznicek

✓ Juon

~~Schönberg~~ [?]

Prof. Schumann gedenkt mit warmen Worten des dahingeschiedenen Prof. Koch, seiner Treue und seiner Verdienste um die Akademie. Die Anwesenden erheben sich zu seinen Ehren von ihren Sitzen. [?]

Es wird zur Ersatzwahl eines Senators für den verstorbenen Prof. Koch geschritten (durch Zettelwahl). [?]

Es entfallen 6 St. auf Reznicek

3 auf Juon

1 auf v. Schillings

v. Reznicek nimmt an.

Es folgt die Wahl d. 1. Vorsitzenden der Genossenschaft. [?]

Prof. Schumann wird mit allen Stimmen gewählt. Prof. Schu. nimmt an. [?]

Es folgt die Wahl d. Stellvertreters. [?]

Es entfallen auf Schreker alle Stimmen. Prof. Schreker nimmt an. [?]

—

Schluss d. Sitzung 6 Uhr. [?]

Amersdorffer [illegible]

der [illegible] [illegible] d. 1. Vorsitzende. [?]

Es entfallen auf Schumann 8 Stimmen
eine Stimme auf Schreker
Schumann ernannt [illegible]
Es folgt die Wahl d. Stellvertreters.
Es entfallen auf Schreker 7 St.
1 St. [illegible] Juon
1 ungültige Stimme
1 St. [illegible] (darüber: [illegible])

Es wird beraten über den „Ehrensold."
Der erste [illegible], daß die Herren Taubert u. Taubmann in Frage kommen würden, beide sind verdiente Musiker und leben in [illegible] Dürftigkeit. Die andern eingegangenen Gesuche können nicht in Frage kommen. Prof. [illegible] wird [illegible], nicht nur Akademie-Mitglieder berücksichtigt werden, um öffentlichen Vorwürfen aus dem Wege zu gehen. Der Senat beschließt, zunächst den [illegible] und die oben genannten Herren für d. Ehrensold vorzuschlagen. Sollten die verfügbaren Mittel des Ehrensolds [illegible], so würde der Senat in späterer Zeit Dr. Ertel vorschlagen.

Wird beschlossen, Donnerstag d. 19. II. 6 Uhr Besprechung des [illegible] d. [illegible] u. Geschäftsordnung u. [illegible].

für [illegible] an die [illegible] Stiftung, erhält eine Ansprache über die [illegible] Richtungen d. Akademie.
Es soll angestrebt werden, die musik. Richtungen nach und nach mehr einzubeziehen. Die Beethoven-Feier i. d. Akademie soll doch im Saale d. Akademie stattfinden, [illegible] die Sektion f. bildende Künste den Wunsch ausspricht, die Feier in d. Singakademie oder i. d. Hochschule abzuhalten.
Der Schriftsteller Werfel soll gebeten werden, [illegible] zu sprechen. [illegible] soll [illegible] ~~[illegible]~~ gestaltet werden.
Das Thema d. [illegible] soll in den Senat beantragt werden, daß die Akademie sich ernst mit den Problemen beschäftige. Die [illegible] d. [illegible] zeigt [illegible] auf, daß aus [illegible] Gründen sich die Akademie für die [illegible] entscheiden müsse, [illegible].

Schumann

[illegible]

Anwesenheitsliste

zur Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik am 9. II. 27

Nr.	Titel	Namen
	Prof.	g. z. E. E. Taubert
	"	Robert Kahn
	"	Georg Schumann
	"	Otto Taubmann
		C. Thiel
		[illegible]
		Paul Juon
		Schumann
		E. N. v. Reznicek
		Hans Pfitzner
		[illegible]
12		
13		
14		
15		
16		

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 0124 * 22 JAN 1927

Berlin, den 20. Januar 1927
Beginn der Sitzung: 7 Uhr 30

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schumann

die Herren:

✓ v. Bausznern
✓ Kahn
~~Kaun~~
~~Koch~~
~~Pfitzner~~
~~v. Schillings~~
✓ Schreker
✓ Schumann
✓ v. Reznicek
✓ Taubert
✓ Taubmann
✓ Thiel
~~Juon~~

Es wird zur Tagesordnung geschritten. Von Seiten Berlin vorgeschlagen wird A. Schönberg mit 8 Stimmen (Einstimmig) gewählt.

Es folgt die Wahl der Auswärtigen (Hindemith, Janacek)
Gewählt wird Hindemith mit 5 Stimmen, Janacek (Leoš) mit [illegible] mit 8 Stimmen.

Georg Schumann

Schluss der Sitzung 7 45

v. Bausznern

Abschriften sind zu fertigen für [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

[illegible]

B. [illegible]

KÖNIGLICHE AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

Berlin W. 8 den .... 19....
Pariser Platz 4

Wir bestätigen Ihnen dankend den ordnungsmäßigen Eingang der für die Ausstellung der Akademie angemeldeten Kunstwerke.

Das Bureau

Kat. 417

Wahl neuer Mitglieder 1927

(Hauptwahl)

I. Einheimische

1. Schönberg, Arnold, Berlin.................(6).............

II. Auswärtige

1. Hindemith, Paul, Frankfurt a/M.............(4).............
2. Janacek, Prag..............................(6).............

Berlin, den 20. Januar 1927

73

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik

am Donnerstag, den 20. Januar 1927 abends 6Uhr

Lfd. Nr.	N a m e
1	g. z. Prof. E. E. Taubert
2	g. z. Prof. van Baussnern
3	[illegible]
4	Schumann
5	C. Thiel
6	O. Taub[illegible]
7	Rezniček
8	Robert Kahn
9	
10	
11	
12	
13	

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste Sitzung [redacted] der Genossenschaft, Sektion für Musik.

№ 0121 21. JAN. 1927

Berlin, den 13. Januar 1927
Beginn der Sitzung : 5⁴⁰ Uhr.

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Professor Schumann
die Herren:
v. Bausznern
Kahn
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
Kaun

Es liegen folgende Vorschläge für die Wahl neuer Mitglieder vor:

Für Einheimische:

Schönberg, Tiessen, Trapp.

Für Auswärtige:

Hindemith, Janucek, Kienzl, Reuss, Wetz und Zilcher.

Professor Schreker tritt dafür ein, daß die Genossenschaft bei der Wahl nur solche Persönlichkeiten berücksichtigt, über die ein abschließendes Urteil ihrer Gesamterscheinung möglich ist.

Es wird über Schönberg abgestimmt, er wird mit 6 Stimmen vorgeschlagen. Es folgt die Abstimmung über Tiessen, der abgelehnt wird. Hierauf erfolgt Abstimmung über Trapp, der ebenfalls abgelehnt wird.

Bei der Wahl auswärtiger Mitglieder erhalten von den vorgeschlagenen Kandidaten Hindemith 4, Janucek 6 Stimmen und werden dadurch zur Hauptwahl gestellt.

Ende der Sitzung 6 Uhr 15 Min.

Vorschläge für die Wahl neuer Mitglieder 1927

I. Einheimische

1. Schönberg, Arnold
2. Tiessen, Heinz
3. Trapp, Max

II. Auswärtige

1. Hindemith, Paul, Frankfurt a/M.
2. Janucek, Prag
3. Kienzl, Wilhelm, Wien
4. Reuss, August, München
5. Wetz, Richard, Erfurt
6. Zilcher, Hermann, Würzburg

Berlin, den 13. Januar 1927

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik

am Donnerstag, den 13. Januar 1927 abends 5 1/2 Uhr

d.	N a m e
	~~[illegible]~~ i. V. Prof. Taubert
	~~[illegible]~~ [illegible]
	[illegible]
	Hugo Kaun
	i. V. Prof. v. Baussnern
	Otto Taubmann
	Robert Kahn
10	
11	
12	

78

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste Sitzung des
und der Genossenschaft
Senats, / Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
No 0122 21. JAN. 1927

Anwesend

unter dem Vorsitz des

Herrn Prof. Schreker

die Herren:

Amersdorffer

Schumann

Kaun

Kahn

Taubmann

Taubert

v. Bausznern

Thiel

Schreker

Seiffert

Berlin, den 13. Januar 1927
Beginn der Sitzung: 6^{30} Uhr.

Aussprache über den Ministerialerlaß für Privatmusiklehrer.

Herr Ministerialdirektor Nentwig war zur Sitzung eingeladen, konnte jedoch wegen anderweitiger Verpflichtungen nicht erscheinen. Es handelt sich zunächst darum, welche Stellung die Akademie in dem neuentstandenen Konflikt zwischen gewissen Organisationen und dem Ministerium einzunehmen habe. Von mehrfacher Seite wird betont, daß das Ministerium die Bereitwilligkeit erklärt haben soll, Aenderungen des Erlasses auf Grund neuer Verhandlungen mit den Organisationen vorzunehmen.

Professor Schreker schlägt vor, daß solche Senatsmitglieder, die sachliche Einwände gegen den Erlaß zu machen haben, ihre Bedenken und Vorschläge schriftlich formulieren und diese dem Senat der Musiksektion vorlegen sollen (in ungefähr 3 Wochen).

Es liegt ein Schreiben des Magistrats der Stadt Frankfurt a/M vor, der das Ministerium

sterium um einen Zuschuß für das diesjährige Musikfest der Jnternationalen Gesellschaft für neue Musik, das in Frankfurt a/M. stattfinden soll, bittet. Zugleich beabsichtigt der Magistrat der Stadt Frankfurt a/M. eine Ausstellung " Musik im Leben der Völker " zu veranstalten. Nach allgemeiner Aussprache beschließt der Senat das Gesuch des Magistrats der Stadt Frankfurt a/M. um einen Zuschuß für das Musikfest der Jnternationalen Gesellschaft für neue Musik nicht zu befürworten, da er die bisherige Tätigkeit der Jnternationalen Gesellschaft für neue Musik als nicht produktiv und fördernd anerkennen kann.

Der Schriftsteller Werfel soll eingeladen werden, etwa Ende Februar oder Anfang März einen Vortrag zu halten über " Verdi und die neue Oper". Auch diesem Vortrage soll möglichst eine Diskussion folgen.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

v. Baussnern   Georg Schumann

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik

am Donnerstag, den 13. Januar 1927 abends 6 1/2 Uhr.

Lfd. Nr.	Name
	g. z. Prof. Taubert
	Georg Schumann
	Ertmann
	Hugo Kaun
	g. z. Prof. v. Baussnern
	Amtsrat
	Robert Kahn
	Seiffert
	Thiel
10	g. z. Prof. Dr. Amersdorffer
11	
12	
13	
14	
15	
16	

81

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

№ 0041 3 JAN. 1927

Berlin, den 27. Dezember 1926
Beginn der Sitzung 5 Uhr 15 Min.

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schumann
die Herren:
...mersdorffer
Schöneberg
Seiffert
v. Bausznern
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
v. Recnizek

1. Punkt: Statut des Beethoven-Preises.

Herrn Professor Seiffert erscheint die Bestimmung unter " e " : "Stellvertretung des Ordinarius für Musikwissenschaft an der Berliner Universität" verbesserungsbedürftig, er meint, die Stellvertretung solle auch möglich sein durch eine Persönlichkeit einer anderen preußischen Universität. Der Senat beschließt, hierüber dem Ministerium einen Vorschlag zu unterbreiten. Professor Schreker vertritt den Standpunkt, daß die Wahl des <u>freien</u> Komponisten auch von der Akademie erfolgen müsse(Bestimmung unter " f ") . Auch über diesen Punkt sollen die Wünsche des Senats dem Ministerium mitgeteilt werden. Die betreffenden Bestimmungen im Beethoven-Preis-Statut müßten dann lauten: Die Kuratoriumsmitglieder zu a) und f) . - im Absatz " die Benennung des Mitgliedes (f) müßte gestrichen werden.

Durch

Durch Zettelwahl sollen vier Mitglieder des Senats in das Kuratorium des Beethoven-Preises gewählt werden. Professor Thiel vermißt im Statut die Einbeziehung des Direktors der Akademie für Kirchen- und Schulmusik.

Durch Zettelwahl erhielten Schumann 9, Schönberg 7, Thiel 5 Stimmen. Es wird Stichwahl vorgenommen zwischen Kahn, Pfitzner und Taubmann. Bei der Stichwahl entfallen auf Pfitzner 4, Taubmann 3 und Kahn 2 Stimmen. Folglich ist Pfitzner gewählt. Es folgt die Wahl des Stellvertreters(ebenfalls geheim). Es entfallen auf Taubmann 2, Seiffert 3, Kahn 3 und Bausznern 1 Stimme. Es folgt Stichwahl zwischen Kahn und Seiffert. Seiffert wird mit 6 Stimmen gewählt. Die gewählten Senatoren nehmen die Wahl an. Pfitzner erhält die Nachricht von seiner Wahl schriftlich.

Es erfolgt die Wahl der beiden Genossenschaftsmitglieder. v. Reznicek wird mit 6 Stimmen gewählt. Weiter entfallen 1 Stimme auf Kaun, 2 auf Schillings, 2 auf Taubmann, 2 auf Kahn. Jn der Stichwahl erhalten: Schillings 2, Taubmann 2 und Kahn 3 Stimmen, somit ist Kahn gewählt. Zum Vertreter der Genossenschaft wird Taubmann mit 6 Stimmen gewählt. Eine Stimme fiel auf Juon. Kahn soll schriftlich gefragt werden, ob er bereit sei die Wahl anzunehmen.

Als Eventualvorschlag für einen "freien" Komponisten soll dem Herrn Minister Hindemith genannt werden. Die eventuelle Stellvertretung wird durch Zettelwahl festgestellt. Es entfallen 8 Stimmen auf Tiessen, 2 auf Butting.

Es soll innerhalb der Akademie eine Beethoven-Feier veranstaltet werden, möglichst am 25. März. Herr Professor Seiffert wird einstimmig gebeten, die Festansprache zu halten. Seiffert

ist

ist einverstanden. Vorgesehen sind für die Mitwirkung das Klingler-Quartett(cis-moll) und das Schumann-Trio. Jn dieser Feier soll die Verkündigung der Verleihung des Beethoven-Preises seitens des Präsidenten erfolgen. Für den 20. Januar ist der erste Diskussionsabend mit einem Vortrag von Arnold Schönberg über "Tonalität" in Aussicht genommen. Die Veranstaltung ist als interner Abend der Akademie(ohne Presse) gedacht. Für Anfang Februar wird ein Konzert mit " mechanischen Musikvorträgen" mit anschliessender Diskussion geplant.

Professor Schumann bittet den Senat zu erwägen, von Seiten der Akademie der Stadt den Bau eines neuen Saales für große Aufführungen dringendst zu empfehlen, als Ersatz dafür, daß der Plan eines Beethoven-Monuments fallen gelassen wurde. Schumann ist bereit sich namens der Akademie in dieser Sache mit dem Magistrat in Verbindung zu setzen. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung soll gesetzt werden: Aussprache über den Musiklehrererlaß. Ministerialdirektor Nentwig soll besonders gebeten werden, dieser Genossenschaftssitzung beizuwohnen.

Schluß der Sitzung 7^{20} Uhr.

Georg Schumann   v. Bausznern

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik

am Montag, den 27. Dezember 1926 nachm. 5 Uhr.

- -

Name

- -

Blumner

MvSchillings

Schumann

Taubert.

Otto Taubmann

Schönberg

Seiffert

i. A. Prof. Dr. Amersdorffer

E. N. v. Reznicek

Curt Thiel

Schönb — — — — — — —
Taubmann — —
Schürer. — — — — — — — — —
Pfitzner — — —
Thiel — — — — —
Kahn — — —
Koch — —
Bangsmann — —
Seifert —

Kahn — — | — — —
Pfitzner — — — — |
Taubmann — — — | — —
Seifert | — — — —
Bangsmann | —

Jurow
Kahn
Reznicek
Schillings
Taubert
Koch
Taubmann
Kahn

Taubm — —
Kahn — —
Reznicek — — — — — — —
Schillings — —
Kahn — —

Verhandelt in der Preussischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats,

Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 1131 * 15. DEZ. 19[illegible]

Berlin, den 15. Dezember 1926
Beginn der Sitzung: 5 Uhr 35

Anwesend

[unt]er dem Vorsitz des Herrn Dr. Schreker

die Herren:

[Kaun]rsdorffer
[Ar]twig
[Sch]önberg
[Sch]effert
[v.] Bausznern
[...]n
[...]ch, Friedrich. E.
[Pf]itzner
[Sch]reker
[Sch]umann
[Sch]ubert
[Sta]ubmann
[...]mel

~~Der Rektor eröffnet~~

Zu der Antwort des Ministeriums in Sachen der Genfer Ausstellung berichtet Prof. Schumann über die Zurückhaltung seitens der deutschen Musikverleger. Er bittet [illegible] Geh. R. [illegible] [illegible] GhR. Planck als Delegier[ten] in Vorschlag zu bringen.

[illegible] des Herrn [illegible] Schumann wird [illegible] Prof. [illegible] über den Termin der Rückkehr [illegible] zu verständigen, [illegible] (gebracht hat) [illegible] (wird). Zur [illegible] der [illegible] des 2. [illegible] ~~[illegible]~~ wird Dr. Schreker einen Brief an die H. Prof. [illegible] (richten).

Punkt 2. Akademie-Konzert ist noch nicht spruchreif und wird später behandelt werden.

Schluß der Sitzung: 1/2 8 Uhr

Schreker [illegible]

2.
Abschriften sind [illegible] [illegible] Abt. I u. II [illegible]
[illegible] z. d. Akten
M. 1, M. 17
B. 17.12.26
[illegible]

91
85

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats der Musiksektion am 15. Dezember 1926.

Lfd. Nr.	Namen	Lfd. Nr.	Namen
	Geh. Reg. Prof. E. E. Taubert	8	Geh. Reg. Prof. Dr. Amersdorffer
	Geh. Reg. Prof. v. Baussnern	9	
	[illegible]	10	
	Schreker	11	
	Schumann	12	
	Robert Kahn	13	
	[illegible]	14	

KÖNIGLICHE AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

Berlin W. 8 den .... 19..
Pariser Platz 4

Wir bestätigen Ihnen dankend den ordnungsmäßigen Eingang der für die Ausstellung der Akademie angemeldeten Kunstwerke.

Das Bureau

90
87

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 1031 * 23 DEZ. 1926
Anl.

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats Sektion für Musik.

Berlin, den 22. November 1926
Beginn der Sitzung 7⁰⁵ Uhr

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Schreker i. V.
die Herren
v. Bausznern
Schreker
Seiffert
Schubert
Taubmann
Thiel

v. Bausznern berichtet über die Krankheit von Professor Koch. Der Senat hat einstimmig beschlossen Herrn Professor Schreker mit der Leitung des Senats zu betrauen, bis Herr Professor Koch den Vorsitz wieder aufnehmen kann.

Der Erlaß des Ministeriums vom Januar 1924 in Sachen der Orchester - Ausländerkonkurrenz wird zur Kenntnis genommen.

Die Berechtigung der Beschwerde des Musikerverbandes wird ausdrücklich anerkannt. Es wird beschlossen, das Kultusministerium zu ersuchen, durch Anfrage bei dem zuständigen Landesamt für Arbeitsvermittelung feststellen zu wollen, auf welche Informationen das Landesamt seine Aufenthaltsbewilligung stützt.

Der Einladung des Wiener Komitees für die Beethoven-Feier soll möglichst gefolgt werden. Der Senat hält es für äußerst wünschenswert

schenswert, daß die Akademie einen Vertreter ~~einen~~ nach Wien entsendet.

Professor Schreker stellt den Antrag, die Akademie möge Konzerte veranstalten nicht ausschließlich mit Werken der Mitglieder, sondern sie solle sich verpflichtet halten, die Produktion auch der nicht zur Akademie gehörigen Komponisten zu berücksichtigen. Die Mitglieder des Senats werden gebeten Vorschläge für solche Konzerte baldigst zu unterbreiten.

Professor Schreker schlägt ferner vor, Diskussionsabende zu veranstalten durch Hinzuziehung interessanter Künstler-Persönlichkeiten, mit dem Zweck, wichtige Kunst-Probleme zur Erörterung zu bringen.

Professor Seiffert ergänzt diesen Antrag dahin: es mögen zu diesen Abenden führende Männer der musikalischen Fachpresse geladen werden.

Endlich erscheint es Professor Schreker wichtig, daß sich die Akademie tätig für die Bewegung auf dem Gebiet der <u>mechanischen</u> Musik interessiert. Der Senat nimmt einen Antrag der Maschinenfabrik A. Wagner bezüglich " wahre Reinstimmung" zur Kenntnis.

Es wird in Aussicht genommen, Mittwoch, den 15. Dezember 5 1/2 Uhr die nächste Sitzung abzuhalten.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

Baussnern Schreker

90
89
88

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senates, Sektion für Musik am <u>Montag</u>, den 22.11.26 abends 7 Uhr.

Taubert
Seiffert
Thiel
Schreker
i. V. E. E. Taubert
i. V. v. Baussnern

KÖNIGLICHE AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

Berlin W. 8 den 19
Pariser Platz 4

Wir bestätigen Ihnen dankend den ordnungsmäßigen Eingang der für die Ausstellung der Akademie angemeldeten Kunstwerke.

Das Bureau

90

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats, Sektion für Musik.

[Stamp: Akademie der Künste Berlin — Nr. 0927 — 5 NOV 1926]

Anwesend
unter dem Vorsitz des Herrn ~~(Taubert)~~ Schreker

die Herren:

Amersdorffer
Hentwig
Schönberg
Seiffert ✓
v. Bausznern ✓
Koch, Friedr. E.
Kahn ✓
Pfitzner
Schreker ✓ für die Jugendmusikbewegung
Schumann
Taubert ✓
Taubmann ✓
Thiel

Im Einverständnis mit Prof. Taubert [illegible] Direktor Schreker [illegible], die Leitung der Sitzung zu übernehmen. [illegible] Schreker [illegible]

Beginn: 6,20 Uhr.

Tagesordnung: Beteiligung Deutschlands an der Genfer Internationalen Musik-Ausstellung 1927.

Hr. Taubert berichtet über den Inhalt der Ausstellungseinladung seitens des Komitees, ebenso Hr. Taubmann.

Senat beschließt, dem Herrn Minister anheimzustellen, erwägen zu wollen, ob die Berliner und Kölner Hochschule, sowie die Akademie für Kirchen- und Schulmusik ihr statistisches Material für den Unterrichtsbetrieb zur Ausstellung zu bringen haben.

Wünschenswert wäre es, wenn das Ministerium die Gelegenheit ergreifen würde, die Frage des Normal-A zur internationalen Diskussion zu stellen. Von deutscher Seite wäre Geh. Rat Stumpf als Delegierter zu nominieren sein.

Auch im Hinblick auf die große Beethoven-Feier in Wien (Mai 1927), wo Veranstaltungen mancherlei Art die deutsche Musik repräsentieren werden, glaubt der Senat von einer weiteren staatlichen Beteiligung durch Hergabe von Autographen, alten Instrumenten u. ähnlichen wertvollen Objekten abraten zu sollen.

Die Beteiligung an der Reichsausstellung lehnt der Senat ab.

[illegible marginal notes and initials]

Der Senat hält den Zustand der gegenwärtigen Schulleitung für weiter unhaltbar. Es soll durch Rückfrage festgestellt werden, zu welchem Zeitpunkt es Prof. Kahn möglich sein wird, den Vorsitz auszuüben, ev. zunächst für ein Jahr zu übernehmen.

Schluß 7,5.

Schreker

Seiffert

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats, Sektion für Musik

am Donnerstag, den 28. Oktober 1926 abends 6 1/2 Uhr

Name

H. E. Taubert

Otto Taubmann

Schreker

Seiffert

v. Baussnern

Kahn

10

11

12

13

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Akademie d. Künste-Berlin
Nr. 0[illegible] 5. NOV. 1926
Anl.

Berlin, den 28. Oktober 1926
Beginn der Sitzung: 5,55

Anwesend
unter dem Vorsitz des Herrn ~~Taubert~~ Schreker
die Herren:

Amersdorffer
Hartwig(?)
Schönberg
Seiffert ✓
v. Bauszmern ✓
Kahn ✓
Koch, Friedr. E.
Pfitzner
Schreker ✓
Schumann
Taubert ✓
Taubmann ✓
Thiel
Juon entsch.
Kaun entsch.
v. Reznicek
v. Schillings

Im Einverständnis von Prof. Taubert wird Herr Direktor Schreker gebeten, die Leitung der Sitzung zu übernehmen. Direktor Schreker folgt diesem Wunsche.

Über die Frage der Ausländer-Konkurrenz legen die Herren Taubmann, Taubert und Schumann Berichte vor, die zu dem Vorgehen des Musiker-Verbandes ihre volle Zustimmung äussern.

M.St.

Senat beschliesst, vom Ministerium des Innern Abschrift des Erlasses vom 21/I 26 zu erbitten, um dazu Stellung zu nehmen. Vorgehen ist zu beschleunigen und bei der nächsten Sitzung erneut zu besprechen.

Schluss 6,20 Uhr.

Schreker Seiffert

zu I. 28/12

g.
1. Abschriften sind zu fertigen für den Minister, den 1. St. Sekretär, den 2. St. Sekretär und die Akten. M.St.
2. Zdl.

Berlin, den 20.11.26
Der Präs.
I.A.
[illegible]

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung des Senats und der Genossenschaft,

Sektion für Musik

am Donnerstag, den 28. Oktober 1926 nachm. 5 1/2 Uhr

Lfd. Nr.	N a m e	Lfd. Nr.	N a m e
1	gez. E. E. Taubert	17	
2	[illegible]		
3	Schumann		
4	Seiffert		
5	v. Baussnern		
6	Kahn		
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			

96

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste Sitzung des Senats, Sektion für Musik.

Akademie d. Künste Berlin
No 0923 - 5 NOV. 1926
Anl.

Berlin, den 6. Oktober 1926
Beginn der Sitzung : 6 Uhr 5 Min.

Anwesend

unter dem Vorsitz des Herrn

Pr. Taubert

die Herren:

Amersdorffer
Hentwig
Schönberg
Seiffert
v. Bausznern
Kahn
Koch, Friedr. E.
Pfitzner
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
Thiel

Vor der Tagesordnung giebt Prof. [illegible] die Anregung, daß man in d. Kuratorium der Beethoven-Preisstiftung [illegible] [illegible] der jüngeren Generation [illegible]; [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] der jüngeren Generation [illegible] [illegible] d. Kuratoriums [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] d. [illegible] [illegible] Der Senat stimmt d. Antrag zu.

—

Bezügl. der Ausländer-[illegible]-Frage ([illegible]) wird v. Prof. Schumann die Forderung gestellt, daß die Zeugnisse, die in Senatssitzungen verhandelt werden sollen, [illegible] [illegible] [illegible], damit sich die Senatoren vor der Sitzung über die Angelegenheiten informieren können. Für die Akademie soll [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] über die Frage der [illegible] [illegible] (Ausl.) [illegible], die [illegible] sollen [illegible] bei Prof. Taubert, Schumann, Taubmann. Es wird beschlossen, diese Angelegenheit formell d. [illegible] zur [illegible] [illegible].

Abschrift ist zu [illegible] für [illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]

Einziehung der

Angelegenheit [illegible] [illegible] sollen bei sämtlichen Mitgliedern d. Senats zirkulieren (3 Tage für je einen Herrn)

Desgleichen sollen die Eingänge Reichsverbände zirkulieren

—

Das Ministerium [illegible] [illegible] werden, Prof. Schumann [illegible] ein Freund [illegible] [illegible] zu [illegible].

Frau Clara soll an die [illegible] f. M. verwiesen werden, bzw. Prof. Schumann ist bereit, die Angelegenheit persönlich zu erledigen.

v. Hausegger

Vorsitz
d. Sitzung

f. Schr.

(Gültige Fassung)

Vor der Tagesordnung gibt Direktor Schreker die Anregung, dem von dem Wunsche des Ministeriums zu folgen und in das Kuratorium der Beethoven-Stiftung einen „jungen" Komponisten
11 der jüngeren Generation hineinzuwählen, um eine Gewähr dafür zu schaffen, dass unbedingt auch Werke der jüngeren Generation zur Kenntnis des Kuratoriums gelangen und jede Einseitigkeit in der Zusammensetzung des Kuratoriums vermieden wird.

In der Aussprache über die Frage der Ausländer-Beschäftigung der Orchestermusiker wird von Prof. Schumann die Forderung gestellt, dass die Eingänge, die in den Sitzungen verhandelt werden, rechtzeitig unter den Senatsmitgliedern zirkulieren, damit sich die Senatoren vor den Sitzungen genügend orientieren
12 können. v. Hausegger weist darauf hin, dass entscheidende wichtige Eingänge <u>noch</u> Beginn der akademischen Ferien eintreffen und deren Zirkulation erst Ende September bzw. Anfang Oktober vorgenommen werden könnte. Die Akademie soll bei sämtlichen Organisationen über die Frage des Zustroms ausländischer Orchestermusiker Feststellungen einziehen. Die statistischen Angaben des

Musikantenverbandes sollen unter den Herren Taubert, Schumann u. Taubmann zirkulieren. Es wird beschlossen, für diese Angelegenheit auch die Genossenschaft zur Beratung heranzuziehen.

Die Vorlagen über die Angelegenheit der internationalen Genfer Musik-Ausstellung sollen bei sämtlichen Mitgliedern des Senats zirkulieren, desgl. die Vorlagen über die „Reichskunstwarte".

U 2 Das Ministerium soll gebeten werden, der früher sehr bekannten Klaviervirtuosin u. Schülerin Franz Liszt aus staatlichen Mitteln eine Unterstützung zu gewähren.

Frau Clam, die Gattin des früheren Mitgliedes der ehemaligen Königl. Kapelle, soll an den Deutschen Hilfsbund f. Musiker verwiesen werden. Prof. Schumann ist bereit, die Sache persönlich dort zu erledigen. – Schluss d. Sitzung 7 Uhr.

Hausmann Taubert

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung des Senats, Sektion für Musik
am Mittwoch, den 6. Oktober abends 6 Uhr

N a m e

g. z. Prof. v. Hausmann
Taubert
Schumann
Juon
Thiel
Robert Kahn
Schumann
Max Taubmann

P 3

Verhandelt in der Akademie der Künste Sitzung des Senats,

Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
No 0805 * 30. SEP. 1926

Berlin, den 24. September 1926
Beginn der Sitzung: 6 Uhr

Anwesend

unter dem Vorsitz des Herrn

Prof. Taubert

die Herren:

v. Bausznern
Seiffert
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
Thiel

Wahl des 1. Vorsitzenden.

Prof. Koch wird mit 2/3 Mehrheit wiedergewählt.

Wahl des Stellvertreters.

Prof. Taubert wird durch Akklamation wiedergewählt.

Punkt 1. Beethoven-Feier

Prof. Schreker schlägt vor, je einen Senator für die Ausarbeitungen von bestimmten Vorschlägen für Schul- und öffentliche Feiern zu wählen, diese Vorschläge sollen dann dem Gesamtsenat unterbreitet werden. Die Herren Prof. Thiel und Schumann weisen darauf hin, daß bei öffentlichen Feiern, soweit es sich um den Chorgesang handelt, nur Beethovens Opferlied und " Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre" verwendet werden können. Prof. Schumann wünscht dringend in Vorschlag zu bringen, daß

die

Protokolle Musik

die öffentlichen Vorträge bei der Beethoven-Feier nicht in überwiegendem Maße den Männerchören zugewiesen werden, sondern auch die gemischten Chöre (in Berlin der Reichsverband gemischter Chöre). Prof. Schreker: Den deutschen Städten müßte aus Anlaß der Beethoven-Feiern zum Bewußtsein gebracht werden, daß in der heutigen schweren wirtschaftlichen Zeit dem deutschen Künstler gegenüber in wesentlich höherem Ausmaß Pflichten zu erfüllen sind als es bisher geschieht, namentlich wenn man bedenkt, welche Summen heut zu Tage von den Gemeinden für den Sport ausgegeben werden.

Prof. Schumann will betont wissen, daß sich möglichst alle Gemeinden entschließen sollen und ihnen nahe gelegt werden soll, anläßlich der allgemeinen deutschen Beethoven-Feier Stiftungen für Musiker und Musikvereine ins Leben zu rufen. Für die Schulfeiern sollen nach Möglichkeit junge Musiker herangezogen werden. Die Festprogramme sollen bestehen aus Liedern, Kammermusik und einer Ansprache, die das Leben Beethovens darstellt.

Prof. Thiel empfiehlt, in solchen Ansprachen bedeutungsvolle Briefstellen Beethovens vorzulesen. In weiterer Debatte werden Professor Thiel und Seiffert gebeten, die obenerwähnten näheren Vorschläge auszuarbeiten.

Prof. Schreker schlägt ferner vor, daß Reich möge anläßlich der Beethoven-Feier für den so notwendigen Nachwuchs der Orchestermusiker Mittel bereitstellen, und übereinstimmend ist sich der Senat darüber einig, daß das Lebenswerk der deutschen Klassiker dem Volke eben nur dann erhalten werden kann, wenn für einen gesunden und ausreichenden Fortbestand der deutschen Orchester bei Zeiten gesorgt wird.

Punkt

Punkt 2. Beethoven-Preis.

Der Senat hatte schon vor der Sitzung von den letzten Anregungen des Ministeriums, die sich auf die endgültige Fassung der Statuten beziehen, eingehend Kenntnis genommen. Uebereinstimmend ist der Senat dagegen, Musikschriftsteller oder Persönlichkeiten der musikalischen Fachpresse in das Kuratorium zu wählen: und zwar, weil es bestimmt zu allerlei Unzuträglichkeiten führen würde, aus der übergroßen Zahl von Musikschriftstellern und Kritikern verschiedenster Kunstrichtung einen auszuwählen, und ferner weil es sich dringend empfiehlt, die Zahl der Kuratoriumsmitglieder möglichst zu beschränken, deshalb sollen auch " freie"Komponisten für das Kuratorium nicht weiter in Frage kommen, diese durch die Genossenschaft deutscher Tonsetzer vertreten sind. Dagegen einigt sich der Senat darüber, daß in das Kuratorium der jeweilige Ordinarius für Musikwissenschaft an der Berliner Universität gewählt werden soll.

Die Verleihung des Preises an ein Mitglied des Kuratoriums soll nur durch einstimmigen Beschluß möglich sein, der durch den Herrn Minister bestätigt werden soll. Der Senat einigt sich darüber, daß sich das Gesamtkuratorium seinen Vorsitzenden selbst wählt, 2/3 Mehrheit soll entscheiden. Der Vorsitzende des Kuratoriums soll die Einladungen zu den Sitzungen ergehen lassen. Die Kanzlei der Akademie soll ihm hierfür zur Verfügung stehen.

Freie Bewerbungen sollen ausgeschlossen sein, weil mit Sicherheit vorauszusehen ist, daß ein überwältigendes Maß von unbedeutenden Kompositionen eingeschickt werden würde. Der Preis soll an einen Komponisten in der Regel nur einmal verliehen

liehen

lichen werden. Bezüglich der " Bedürftigkeit " wird der Vorschlag Pfitzners akzeptiert.

Jn der Angelegenheit Kittel erbittet Schumann die Zustimmung des Senates einen Antrag an den Herrn Minister namens der Akademie zu richten und zu bitten dem Kittelschen Chor eine zunächst einmalige Subvention in Höhe von 2- 3000 M zur weiteren Fortführung seiner Konzerte zur Verfügung zu stellen. Der Senat erklärt sich hiermit einverstanden.

Das Gesuch eines Herrn Volkenung, der ein neues Notensystem einreicht, wird abgelehnt, es soll ihm beschieden werden, daß sich schon aus wirtschaftlichen Gründen zurzeit die Einführung eines neuen Notensystems verbiete.

Die Eingänge des Herrn Gesangspädagogen Jakobeit, der vom Ministerium eine wirtschaftliche Unterstützung erbittet, sollen zunächst von einigen Herren Senatoren geprüft werden. Die weiter noch unerledigten Punkte der Tagesordnung sollen wegen vorgerückter Zeit in der nächsten Sitzung am Mittwoch, den 6. Oktober verhandelt werden.

Schluß der Sitzung 7 ^{45} Uhr.

Hausmann Schreker Schumann

102
101

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats, Sektion für Musik
am Freitag, den 24. September 1926 abends 6 Uhr

Lfd. Nr.	Name
	gez. Prof. v. Hausmann
	gez. Prof. E. E. Taubert
	Curt Kickel
	Georg Schumann
	Schreker
	gez. Prof. Dr. Schumann
	Pfitzner
10	
11	
12	
13	

Verhandelt in der **Akademie** der Künste Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 0806 * 30 SEP. 1926
Anl.

Berlin, den 24. September 1926
Beginn der Sitzung : 5^{40} Uhr

Anwesend

[Un]ter dem Vorsitz des Herrn

Prof. Taubert

die Herren:

[v]. Bausznern

[S]chreker

[S]chumann

Taubert

[T]aubmann

[T]hiel

Wahl des 1. Vorsitzenden.

Prof. Koch wird mit 2/3 Mehrheit der 6 Anwesenden wiedergewählt.

Wahl des Stellvertreters.

Die Wahl ergibt für Taubert und Schumann Stimmengleichheit. Nach § 19 der Statuten wird durch das Los entschieden: es fällt auf Professor Schumann.

Schluß der Sitzung 5^{55} Uhr

Bausznern Schreker
Schumann

Protokolle Musik P. 3

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder,
Sektion für Musik
am Freitag, den 24. September 1926 nachm. 5 1/2 Uhr

Lfd. Nr.	Name
1	gez. Professor v. Baussnern.
2	gez. Professor E. E. Taubert.
3	gez. Carl Thiel
4	M. Trapp
5	[illegible]
6	gez. Prof. Dr. Schumann
7	
8	
9	
10	
11	
12	
13	

105

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats, Sektion für Musik .

K. Akademie d. Künste
No 0610 - 8 JUL 1926

Berlin, den 29. Juni 1926
Beginn der Sitzung : 7<u>05</u> Uhr.

Anwesend

unter dem Vorsitz des

Herrn Prof. v. Baussnern

die Herren:

v. Baussnern
Kahn
Pfitzner
Taubmann
Thiel
Seiffert

Da der Vorsitzende und sein Stellvertreter nicht erschienen sind, übernimmt v. Baussnern den Vorsitz und Seiffert die Führung des Protokolls.

v. Baussnern macht Mitteilung von der Bestätigung Professors Liebermann und Professors Schumann als Präsident der Akademie.

1\. Jn Sachen des Antrages der Staatlichen Hochschule für Musik über die Einreichung der Hochschüler als Privatmusiklehrer besteht völliges Einvernehmen darüber, daß die Absolventen der Reifeprüfung als " staatlich geprüft " anzuerkennen sind. Der Senat wird dem Ministerium vorschlagen den Jnhabern von " Abgangsbescheinigungen" von 1922 an, die Eignung und Befähigung zum Privatmusiklehrer anzuerkennen, da anzunehmen ist, daß die strengeren Bedingungen der Aufnahmeprüfungen 2 Jahre nach Eintritt der Herren Schreker und Schünemann wirksam geworden sind.

Frühere

P. 3

Frühere Hochschüler, die durch ein Zeugnis über Abgangsprüfung oder Reifeprüfung ihr ordnungsmäßiges Studium nachzuweisen vermögen, könnten ebenfalls als befähigt erachtet werden.

2. Das Konservatorium in Königsberg unter der Direktion von Kühn, besitzt vorzügliche Hauptlehrer und erzielt offenbar seit Jahren sehr gute Leistungen. Professor Thiel hat vor kurzem Gelegenheit gehabt, den Betrieb und die Leistungen der Anstalt aus eigener Anschauung kennen zu lernen und hat sich über alle Leistungen äußerst anerkennend ausgesprochen. Der Senat beschließt deshalb, dem Ministerium die staatliche Anerkennung des Kühn'schen Konservatoriums zu empfehlen.

3. Der ministerielle Erlaß über Ausdehnung der Sozialversicherung auf musikalische Organisationen ist von der Genossenschaft deutscher Tonsetzer abgelehnt worden. Ebenso sieht auch der Verband der konzertierenden Künstler keine Möglichkeit, der ministeriellen Anregung in seinem Kreise Folge zu geben. Es wird beschlossen, mit der Mitteilung hierüber dem Ministerium die beiden Schreiben der Verbände einzusenden unter besonderem Hinweis auf den Schlußpassus des Schreibens ~~des~~ vom Verbande konzertierender Künstler, der auch dem Senat als gangbarer Weg erscheint, die musikalischen Organisationen eventuell in die Sozialversicherung miteinzubeziehen.

4. Der Antrag betr. Auszeichnung Bruno Kittels ist vom Herrn Minister durch direkte Mitteilung an den Oberpräsidenten in Charlottenburg abgelehnt worden. v. Baussnern wird ermächtigt beim Herrn Ministerialreferenten nachzufragen, welche

Gründe

Gründe bei der Ablehnung maßgebend waren und wird ferner ermächtigt, dem Vorsitzenden des Kittel'schen Chors nahezulegen, das Gesuch mit verstärkter Begründung auf dem Jnstanzenwege beim Oberpräsidenten zu wiederholen.

5. Ein Kapellmeister Stokowski in Philadelphia beabsichtigt, mit seinem Orchester in Deutschland mit Werken deutscher Komponisten jüngerer Generation Konzerte zu veranstalten. Jm Auftrage des Auswärtigen Amtes hat offenbar die Hochschule für Musik hierfür eine Reihe von Namen aufgestellt. St. wünscht für sich und sein Orchester eine offizielle Einladung der Regierung. Nach eingehender Aussprache, da übereinstimmend ein Mißtrauen dem ausländischen Kapellmeister gegenüber zum Ausdruck kommt, beschließt der Senat aus ideellen und finanziellen Gründen es abzulehnen, dem Gedanken irgendwie näherzutreten.

6. Die Gewerkschaft deutscher Geistesarbeiter hat sich bereits vor längerer Zeit über Nichthinzuziehung zu den Beratungen über die Künstlerkammer beschwert. Den anwesenden Senatsmitgliedern ist von der Mitbestimmung dieser Gewerkschaft nichts bekannt.

7. Der Senat hat einstimmig Professor Seiffert mit der urtextlichen Herausgabe Friedemann Bach'scher Werke beauftragt.

8. Professor Schumann befindet sich auf Urlaub und hat noch nachträglich, den Antrag gestellt für eine Ehrung Bruno Kittels einzutreten.

9. Schönberg benachrichtigt den Senat, daß er seinen Unterricht im September oder Oktober dieses Jahres fortsetzen wird.

v. Baussnern

Max Seiffert

Anwesenheitsliste

zu der Sitzung des Senats, Sektion für Musik

am Dienstag, den 29. Juni 1926 abends 7 Uhr

---

1. Name

Prof. Dr. Hans Pfitzner
Carl Thiel
Schreker
Taubmann
Robert Kahn
G. Prof. v. Baussnern

10

11

12

13

Verhandelt in der Akademie der Künste Sitzung des Senats,

Sektion für Musik.

Berlin, den 14. Juni 1926
Beginn der Sitzung: 5⁴⁰ Uhr

Anwesend

ter dem Vorsitz des

rrn Prof. Taubert

die Herren:

v. Baußnern

ahn

Taubert

Taubmann

Seiffert

Als Punkt 1 der Tagesordnung wird über den Antrag der Staatlichen Hochschule für Musik in Sachen der staatlichen Privatmusiklehrer-Prüfung beraten.

Punkt 1 des Hochschulantrages:

> Studierenden mit dem Reifezeugnis der Hochschule das Recht beizulegen, sich als " staatlich geprüft " zu bezeichnen,

wird einstimmig befürwortet.

Bezüglich des 2. Punktes dieses Antrages, nämlich:

> Studierende, die die Reifeprüfung zwar nicht abgelegt haben aber mindestens ein zweijähriges ordnungsmäßiges Studium an der Hochschule nachweisen, zur Erlangung der Befreiung vom Unterrichtserlaubnisschein einen besonderen Ausweis erteilen zu lassen,

wird beschlossen in einer alsbaldigen Sitzung die Herren Thiel und Schreker

(die

(die heute fehlen) zu hören.

Der Senat ist sich darüber einig, daß dem Chordirektor Bruno Kittel anläßlich seines Jubiläums im nächsten Jahre eine offizielle Ehrung auf Grund seiner höchstverdienstlichen Arbeit für das Berliner Musikleben erwiesen werden ~~könnte~~ müßte. Es soll dem Ministerium vorgeschlagen werden Bruno Kittel 1927 entweder den Professor-Titel zu verleihen, oder wenn dies aus gesetzlichen Bestimmungen ganz unmöglich sein sollte, ihm eine einmalige namhafte Geldspende als Ehrengabe zu überweisen.

Antrag Karpilowski: Ueber die Leistungen des Guraneri-Quartetts hat der Senat günstige Urteile gehört. Aus rein künstlerischen Gründen wäre das Gesuch des Herrn Karpilowski zu befürworten.

Antrag Edler: Es soll dem Gesuchsteller empfohlen werden, sich an den Kultusminister und gleichzeitig an die " Nothilfe " (Dr. Stern) zu wenden, da der Akademie keinerlei Mittel für Unterstützungen zur Verfügung stehen.

Schluß der Sitzung 7^{30} Uhr.

I. V. Ernst Eduard Taubert.

v. Baußnern

---

126 110 109

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste,

Sitzung des Senats, Sektion für Musik.

Berlin, den 21. April 1926
Beginn der Sitzung: 6 ½ Uhr

K. Akademie d. Künste Berlin
No 0430 * 10. MAI 1926
Anl.

Anwesend
unter dem Vorsitz des
Herrn Prof. E. E. Taubert
die Herren

v. Baußnern
Kahn
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
Thiel
Schönberg
Seiffert

Professor v. Baußnern berichtet über den bisherigen Verlauf in der Angelegenheit der Urtextausgabe Friedemann Bach'scher Werke. Es soll zunächst abgewartet werden, wie sich das Ministerium zu dem Vertragsvorschlage von Breitkopf und Härtel äussern wird.

Jn der Angelegenheit Bernoulli kommt in der Aussprache einmütig zum Ausdruck, daß der Senat eine Unterstützung seitens des Ministeriums nicht befürworten könne. Die gleiche Ablehnung erfährt auch das Gesuch des Herrn Dr. Sondheimer, dessen Tätigkeit vom streng wissenschaftlichen Standpunkte aus nicht günstig beurteilt werden kann.

Bezüglich der Ausstellung in Genf besteht die Meinung, daß zunächst abgewartet werden müsse, ob eine besondere Einladung an die Akademie erfolgen wird.

Jm Falle Pieper-Krefeld wird beschlossen, die Angelegenheit von den Herren

Prof.

Prof. Thiel und Schumann zwecks Herbeiführung eines Gutachtens prüfen zu lassen.

In Sachen der Normalstimmung soll durch eine schriftliche Umfrage eine neue Stellungnahme mit etwaigen Vorschlägen erreicht werden.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr

I.V. E. E. Taubert.

v. Baußnern

Verhandelt in der Preußischen Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik.

Pr. Akademie d. Künste-Berlin No 0490 * 10 MAI 1926 Anl.

10.V.

Berlin, den 21. April 1926
Beginn der Sitzung 5 3/4 Uhr

Anwesend
unter dem Vorsitz des Herrn
Prof. E. E. Taubert
die Herren

v. Baußnern
Kahn
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
Thiel
Schönberg
Seiffert
Juon

Einziger Verhandlungspunkt Angelegenheit Tonsetzergenossenschaft und Gema.

Professor Schumann berichtet, daß der verstorbene Justizrat Osterrieth konsequent und noch bis wenige Wochen vor seinem Tode den Standpunkt vertreten habe, daß unter allen Umständen versucht werden müsse, eine Einigung der Tonsetzergenossenschaft mit der Gema zustande zu bringen. Der Tod Justizrats Osterrieht machte diesen Bemühungen ein Ende. Die für den 28. März anberaumte Generalversammlung der Tonsetzergenossenschaft mußte verschoben werden. Jn den Kreisen der Tonsetzergenossenschaft entstand das Gerücht, daß die Gema vor dem Entschluß stände, mit den Oesterreichern einen neuen Vertrag zu schließen. Professor Schumann ergriff die Jnitiative, um durch eine schleunige mündliche Aussprache mit Vertretern der Gema den Anschluß an diese

1. Abschriften sind zu fertigen für den Minister, den 1. Bund. Sekretär, den 2. Bund. Sekretär und die Aktion "Gema"
2. ZdA.
Berlin, den 27. Mai 1926
[illegible]

aufrecht

1

aufrecht zu erhalten mit dem gemeinsamen Endziel, die Gründung einer reichsdeutschen Anstalt durchzusetzen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr Behm diesen Vorschlag Schumanns in einer späteren Sitzung der Genossenschaft überhaupt nicht zur Sprache gebracht hat. Dagegen wurde in einer Versammlung des Beirats der Afma betont, die Gema hätte sich unredlich gegen die Tonsetzer verhalten, indem sie bereits heimlich mit den Oesterreichern zu einem neuen längeren Vertragsabschluß gekommen wäre.

Professor Schumann stellt den Mitgliedern des Senats und der Genossenschaft gegenüber in konkreten Angaben fest, daß diese damalige Behauptung falsch war. Unzweifelhaft wäre die Absicht der Gema schon seit Jahresfrist zu einer klaren Stellung den Oesterreichern gegenüber zu kommen ; auch steht fest, daß sie in Sitzungen der Akademie und auch in schriftlicher Form die Gegenpartei wiederholt darauf hingewiesen hat, daß die Tonsetzergenossenschaft mit möglichster Beschleunigung zu einem Anschluß kommen müsse, da sie (die Gema) Klarheit darüber bekommen müsse, ob ihr Vertrag mit den Oesterreichern erneut werden solle oder nicht.

Professor Schumann ist der Meinung, daß Herr Behm in einer Versammlung der Afma unrechtmäßig einen sogenannten " Beschluß " des Vorstandes der Afma vorgelegt habe, der überhaupt nicht gefaßt worden sei.

Aus diesen Mitteilungen Professor Schumanns ergibt sich, daß der im Entwurf vorliegende Anschlußbericht an das Ministerium an <u>einer</u> Stelle geändert werden muß.

Senat und Genossenschaft beschließen, die ganze Angelegenheit mit einem Bericht in die Hände des Ministeriums zurückzulegen.

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr

v. Baußnern I. W. E. E. Taubert.

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Berlin, den 20. März 1926
Beginn der Sitzung: 5 3/4 Uhr

K. Akademie d. Künste
No 0315 * 20. MRZ. 1926

Anwesend
unter dem Vorsitz des Herrn
Prof. Taubert
die Herren:

Amersdorffer
v. Baußnern
Kahn
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann

Herr Prof. Amersdorffer verliest den von ihm verfaßten Entwurf (unter teilweiser Benutzung des Baußnern-Entwurfes) der Bestimmungen für den Beethoven-Preis. Hauptsächlich wird über die Zusammensetzung des Kuratoriums beraten. Der Entwurf wird mit geringen Aenderungen gutgeheißen und soll alsbald dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung übermittelt werden.

Herr Prof. Schreker schlägt vor, die Akademie der Künste möge für solche Schüler, die an der Hochschule für Musik die Reifeprüfung mit Auszeichnung in allen Fächern bestanden haben , eine Auszeichnungsmedaille gründen. Diese Anregung wird allgemein begrüßt, jedoch mit dem Bemerken, daß darüber nur der Gesamtsenat entscheiden könne und bei einem etwaigen Antrag beim Ministerium auf alle Hochschulen Bezug genommen werden

1. Abschriften sind zu fertigen für [illegible], den 1. ständigen Sekretär, den 2. ständ. Sekretär und die Akten „Beethoven-Preis" „[illegible]"
2. z. d. A.
Berlin, den 12. April 1926.
[illegible]

werden müsse.

Es wird der Beschluß gefaßt, im Mai zunächst ein Konzert mit Werken von Schönberg, Braunfels und Keußler zu veranstalten. Vorher ist Prof. v. Baußnern noch einmal auf seine wiederholt vorgebrachte Anregung zurückgekommen, in der Akademie ein Konzert mit Werken jüngerer Tonsetzer zu veranstalten, die **nicht** der Akademie angehören.

Herr Prof. Amersdorffer unterstützt den Antrag, jedoch wurde ein bestimmter Entschluß darüber noch nicht gefaßt.

Schluß der Sitzung 7 Uhr

v. Baussnern I. V. [illegible] Taubert

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion f. Musik
am Sonnabend, den 20. März 1926 nachm. 5 1/2 Uhr

.	Name
	[illegible]
	[illegible]
	v. Baussnern
	i. Prof Taubert
	Rob. Kahn
6	[illegible]
7	gez. Dr. Amersdorffer
8	
9	
10	
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	

126
118
113

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung der Genossen-
schaft, Sektion für Musik.

Berlin, den 20. März 1926
Beginn der Sitzung: 5 1/2 Uhr

K. Akademie d. Künste
№ 0816 * SCHREI...

Anwesend
ter dem Vorsitz des
Herrn Prof. Taubert
die Herren:

. Baußnern ✓
ahn ✓
chreker ✓
chumann ✓
aubert ✓
aubmann ✓

Neuwahl:

Die erforderlichen 6 Mitglieder sind anwesend. Professor Kahn einstimmig als Senator wiedergewählt.

Schluß der Sitzung 5 3/4 Uhr

I. V.
C. E. Taubert

v. Baußnern

1. Abschriften sind zu fertigen für das Ministerium, den 1. ständ. Sekretär, den 2. ständ. Sekretär und den Akten Senator.
2. z. d. A. Berlin, den 11. April 26
Der Präsident
I. A.

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik

am Sonnabend, den 20. März 1926 nach 5 1/4 Uhr

.	Name
	[illegible]
	~~[illegible]~~
5	[illegible]
6	[illegible] Prof. Taubert
	Rob. Kahn
	[illegible]
	~~Prof. Dr. [illegible]~~
10	
11	
12	
13	

Abschr. gef.

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft , Sektion für Musik.

Berlin, den 30. Januar 1926
Beginn der Sitzung: 6 ½ Uhr

K. Akademie d. Künste-Berlin
№ 0161 * -2 FEB. 19..
Anl.

Anwesend
[unt]er dem Vorsitz des Herrn Prof. Schumann
die Herren:

[v]. Baußnern ✓
Juon ✓
Kahn ✓
[v.] Reznicek ✓
[v]. Schillings ✓
Schreker ✓
Schumann ✓
Taubmann ✓
Thiel ✓

Schlußwahl neuer Mitglieder.

Für Berlin vorgeschlagen Trapp. Erhielt von 9 Anwesenden nur 5 Stimmen, ist infolgedessen nicht gewählt. Als auswärtige Mitglieder vorgeschlagen Richard Wetz und Gerhard v. Keussler.

Wetz erhielt nur 3 Stimmen, v. Keussler dagegen 6 Stimmen. Der Letztere ist gewählt mit der ausreichenden Zahl von 6 Stimmen.

1. Abschriften sind zu fertigen für den Minister, 1. Ständ. Vertreter, 2. Ständ. Vertreter und d. Ältesten Mitglieder.

Georg Schumann Humperdinck

Robert Kahn

2. z. d. A.

Berlin, den 12. 2. 26.
Der Präsident.

Georg Schumann

II

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik

am Sonnabend, den 30. Januar 1926 abends 6 Uhr

Lfd. Nr.	Name
1	[illegible]
2	[illegible]
3	Schumann
4	Robert Kahn
5	[illegible]
6	[illegible]
7	Paul Juon
8	E. N. v. Reznicek
9	Schillings
10	
11	
12	
13	

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats,

Sektion für Musik.

Berlin, den 30. Januar 1926
Beginn der Sitzung : 7 Uhr 10 Min.

K. Akademie d. Künste-Berlin
№ 0162 * - 2. FEB. 1926
Anl.

Anwesend
unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Schumann

die Herren:

✓Seiffert
✓Schönberg
✓v. Baußnern
✓Kahn
✓Schreker
✓Schumann
✓Taubmann

II.
1. Abschriften sind zu fertigen f. d. Ministerium, den 1. ständ. Sekretär, den 2. ständ. Sekretär und die Akten
„Musikschule Schönberg"
„Beethoven-Preis"
„Herausgabe klass. Urtexte"
2. z. d. A.
Berlin, den 11. Februar 1926
Der Präsident
[illegible]

Die beiden Vorsitzenden Koch und Taubert sind durch Krankheit verhindert, an der Sitzung teilzunehmen. Prof. Schumann eröffnet die Sitzung durch Begrüssung von Prof. Schönberg, der zum ersten Mal einer Sitzung des Senats beiwohnt.

~~Erster~~ 1. Punkt der Tagesordnung: Erlaß des Ministeriums betr. Beethoven-Preis. v. Baußnern verliest den Erlaß und den ~~[illegible]~~ Entwurf für die Bestimmungen des Beethoven-Preises. Der Entwurf wird im einzelnen besprochen. Es wird beschlossen, in ungefähr 2 Wochen die Beratungen über etwaige Aenderungen und Zusätze des Entwurfs fortzusetzen.

2. Punkt betr. die Herausgabe von Urtexten klassischer Werke.

Prof. Seiffert gibt dem Senat eine Denkschrift zur Kenntnis, deren einzelne Punkte die volle Zustimmung des Senats finden. Es wird beschlossen die Denk-

schrift

Kat. 411

schrift dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu überreichen. Als wesentlichstes ist dabei hervorzuheben, daß es schon aus rein juristischen Gründen unmöglich sein würde, bei etwaiger Herausgabe neuer Urtexte die Firma Breitkopf und Härtel zu übergehen, weil diese für den Titel "Urtextausgabe" den gesetzlichen Schutz erworben hat. F ~~Aus rein praktischen Gründen würde es sich empfehlen, die etwaige Neuausgabe der Klavier- und Violinsonaten von Beethoven unbedingt der Firma Breitkopf zu übergeben, da diese mit Leichtigkeit auf Grund ihrer früheren Gesamtausgabe Beethovenscher Werke die vorliegenden Ergebnisse der Beethovenschen Handschriftenforschung für eine Neuausgabe der Klavier- und Violinsonaten nutzbar machen könnte.~~ Der Senat empfiehlt eingangs ~~im Einverständnis mit Professor Seiffert~~, eine Herausgabe von Urtexten ~~Händelscher Klavierwerke und des Lebenswerkes von Friedemann Bach in Erwägung zu ziehen.~~

F Eine neue Urtext-
Ausgaben der Clavier
u. Violinsonaten von Beethoven
Beethoven erscheint un=
nötig, da eventuelle
Ungenauigkeiten in der Gesamt
~~der~~ Ausgabe Breitkopf u. Härtel
leicht durch Änderungen in den
Platten beseitigt werden können
~~und~~ die genannte Firma zweifellos
auf Anregung die Änderungen selbstän-
dig vornehmen wird.

der Senat ~~in [illegible]~~ empfiehlt
eingangs als eine dringliche
Aufgabe die Herausgabe der

4a1. 4 11

Werke ~~[illegible]~~ Friedemann Bachs, eine Ausgabe, welche verhältnismässig leicht zu lösen ist, da sich diese Manuskripte meist in einigen deutschen Bibliotheken befinden. Die Herausgabe Händelscher Clavierwerke stösst hierin auf grössere Schwierigkeiten, da die betr. Vorlagen sehr zerstreut u. meist in englischen Bibliotheken sich befinden.

Georg Schumann

Kat 4/11

126

127

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats, Sektion für Musik

am Sonnabend, den 30. Januar 1926 nachm. 5 Uhr

Lfd. Nr.	Name
1	[illegible]
2	[illegible]
3	[illegible]
4	[illegible]
5	[illegible]
6	[illegible]
7	Robert Kahn
8	[illegible]
9	
10	
11	

122

brieftelegramm = akademie der kuenste pariserplatz berlin =

Telegramm Nr. 5 DEZ 1925
Aufgenommen den / 192
Uhr Min. vorm. nachm.
von Mchn

Telegraphie des Deutschen Reichs

Berlin, Haupt=Telegraphenamt

Leitung Nr. Mchn Si

Befördert den
um
an Ltg. an
durch

BERLIN -5.12.25.

456/5 muenchen 45 + 6345-25 5/12 5 50 S = um Uhr Min

bedaure der sitzung nicht haben beiwohnen zu koennen umsomehr als vorher aussprache in angelgenheit meines freundes schillings stattfand = pfitzner +

C 187 (9. 21)

123

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 01.55 * 30. JAN. 1926
Anl.

Berlin, den 23. Januar 1926
Beginn der Sitzung: 6 Uhr

Anwesend

unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Taubert

die Herren:

v. Baußnern
Juon
Kahn
Kaun
Koch, Friedr. E.
~~Pfitzner~~
v. Reznicek
v. Schillings
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
Thiel

Zur Schlußwahl Berliner Mitglieder wurde Trapp mit 5 Stimmen, ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ vorgeschlagen. Gruner, Vollerthun und Tiessen erhielten je 1 Stimme.

Zur Schlußwahl auswärtiger Mitglieder wurde v. Keußler mit 6, Wetz mit 7 Stimmen vorgeschlagen.

Schönberg erhielt 2 Stimmen.

Demnach kommt für die Schlußwahl Berliner Mitglieder nur Trapp in Betracht, für die Schlußwahl auswärtiger Mitglieder kommen v. Keußler und Wetz in Betracht.

v. Baußnern
Robert Kahn
G. Thiel

1. Abschriften sind zu fertigen für das Ministerium, den 1. ständ. Sekretär, den 2. ständ. Sekretär und die Akten „Mitglieder"
2. z. Gdt.
Berlin, den 31. März 1926.
Der Geschäftsf.
[illegible]

Vormerkt am 23. I. 26

Ordentliche Mitglieder

Trappe 5 Pf. zur Schießkasse

Brunn
Volleiter } zu 1 Pf. ——
Tiesse

Auswärtige Mitgl.

Reupke ||||||
Weber ||||||| } zur Schießkasse

Schreiber ||

E. E. Taubert
d. [illegible]

[illegible]

Anwesenheitsliste

zu der Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik
am Sonnabend, den 23. Januar 1925 abends 6 Uhr

Lfd. Nr.	Name
1	G Schumann
2	Taubert
3	[illegible]
4	Otto Taubmann
5	[illegible]
6	Robert Kahn
7	P Juon
8	Max Schillings
9	
10	
11	
12	

Verhandelt in der Akademie der Künste Sitzung des Senats und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 0799 * 17. NOV. 1925

Berlin, den 16. November 1925
Beginn der Sitzung: 5 1/4 Uhr

Anwesend

unter dem Vorsitz des

Herrn Prof. Dr. F. Koch

die Herren

Amersdorffer ✓
~~v. Baußnern~~ (vermißt)
Juon ✓
Kahn ✓
Kaun ✓
Koch, Friedr. E. ✓
~~Pfitzner~~
v. Reznicek ✓
~~v. Schillings~~
~~Schreker~~
Seiffert ✓
Schumann ✓
Taubert ✓
Taubmann ✓
~~Thiel~~
~~Schönberg~~

1.) Vorgelegt wird der ~~Lebenslauf~~ Personalbogen des neuen Vereinsmitglieds A. Schönberg nebst [illegible].

2.) Zur Beratung werden die vom Herrn Fehse übermittelten Schriften betr. die Normalstimmung vorgelegt. Dem Antrage des Herrn Fehse, das von der Musiksektion dem Herrn [illegible] erstattete Gutachten [illegible] schriftlich zu überlassen, kann nicht stattgegeben werden. Prof. Dr. F. E. Koch wird den Antragsteller privatschriftlich bescheiden unter Erwähnung der Stellungnahme der Akademie.

3.) ~~Erlaß~~ Antrag des H. Min. f. W. K. u. V. vom 5. Oktob. d. J. betr. U I 1339 [illegible] Meisterschüler für musik. Komposition [illegible]. Die [illegible] soll der [illegible] für diese Schüler [illegible] werden, weil sie [illegible] [illegible] nicht die großen [illegible] haben wie die Schüler der [illegible] (Atelier usw.). Die Zahl der Schüler ist auch sehr gering und die [illegible] sind nicht in der Lage, das [illegible] aufzubringen.

1. Sind Abschriften zu fertigen für die [illegible] [illegible]
Ministerium d. [illegible]
[illegible]

2. ZdA.
Berlin, den 12. Dezember 1925.
Der Präsident
I.V.
[illegible]

4.) Weitere Grundsätze zu Verlagen klassischer Musikwerke (Antrag der Ges. Musikfreunde Wien 1240). Die im Antrag der Ges. Musik. verfaßten Werke können für die Verleger nicht in Betracht kommen, weil sie in Gesamtausgaben schon gut erhältlich sind. Herr Prof. Seiffert steht wegen dieser Angelegenheit noch mit Verlegern in Verhandlung. Der Titel: „Unterste klassische Musikwerke" ist der Firma Breitkopf u. Härtel urheberrechtlich geschützt! Die Angelegenheit wird später weiter verfolgt werden.

5.) Zwei vorliegende Unterstützungsgesuche sollen dem Hilfsfond für deutsche Musikpflege (Hr. Prof. Schumann z. Hd.) überwiesen werden.

6.) Bekanntgegeben werden die letzten Schreiben der Genossenschaft und ein Schreiben der Genoss. deutsch. Tonsetzer vom 5. Nov. d. J. Hr Prof. Schumann berichtet zu letzterem eingehend über die Ergebnisse der Besprechungen mit Vorstand der G.d.T., insbesondere mit Richard Strauss. Der Vorstand d. G.d.T. ist einstimmig der Meinung, daß die Angelegenheit nicht ruhen darf; schon vor der Generalversammlung der G.d.T. im Januar muß etwas geschehen. Die G.d.T. wird schon jetzt ihre Grundsätze, von denen sie unter keinen Umständen abgehen kann, genau festlegen müssen. Zu einer Verständigung muß es kommen. Denn die Genossenschaft, in der jetzt Prof. Rehm Geschäftsführer ist, kann die Geschäfte nicht weiterführen. Die Verleger müssen die Urheberrechte als Eigentum der Autoren absolut anerkennen. Ferner muß ein neuer Verlagsvertrag entworfen werden. Schließlich muß den ~~Autoren~~ mehr Musikhören garantiert werden, daß sie nicht von den Unterhaltungsmusikern (in irgendeiner Gesellschaftsfrage) majorisiert werden. Diese drei Punkte müssen von den Verlegern anerkannt werden, bevor über die Einigung weiter verhandelt wird. Herr Prof. Schumann wird von der Sektion beauftragt, zunächst in diesem Sinne mit Hr. Linnemann zu sprechen und zu suchen, um ihm eine möglichst bindende Erklärung über diese wichtigsten Voraussetzungen weiterer Verhandlungen zu erhalten. Die genaue Formulierung dieser 4 Postulate wird später auf Grund einer Sitzung erfolgen müssen.

~~Die vollste~~ Die Musikerschaft der G.d.T. muß von den Verlegern mitgarantiert werden.

Schluß der Sitzung 6¾ h.

v. g. u.

Fried. E. Koch. [illegible]

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung des Senats und der Genossenschaft,

Sektion für Musik

am Montag, den 16. November 1925 nachm. 5 Uhr

Lfd. Nr.	Name
1	v. z. Prof. Dr. Schumann
2	v. z. Prof. E. E. Taubert
3	v. z. F. E. Koch
4	Paul Juon
5	v. z. Prof. Amersdorffer
6	
7	v. z. Prof. Dr. Tiedemann
8	v. z. H. Kaun
9	Reznicek
10	Robert Kahn
11	
12	
13	
14	
15	
16	

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 0808 * 21. NOV. 19..

Anwesend
unter dem Vorsitz des Herrn

Prof. Koch

die Herren:

Baußnern

on

hn

Reznicek

bert

aubmann

Berlin, den 9. Oktober 1925
Beginn der Sitzung: 6 Uhr

Wahl des 1. Vorsitzenden:

Prof. Koch wird wiedergewählt und nimmt die Wahl an.

Wahl des Stellvertreters:

Prof. Taubert wird mit Majorität wiedergewählt und nimmt die Wahl an.

Weitere Verhandlungen:

Jn der Angelegenheit der G. d. T. und Gema wird das letzte Schreiben der Gema (von Rauh unterschrieben) verlesen. Es wird beschlossen, der Gema die schwere Erkrankung von Hofrat Dr. Rösch mitzuteilen und im übrigen auf den Jnhalt des Schreibens vorläufig nicht einzugehen.

Friedr. E. Koch

Baußnern

V.
Die erforderlichen Abschriften sind gefertigt.
Z.K.
B. 9/2. 26

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste-B...
№ 0809 * 21. NOV. ...

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Koch die Herren:

v. Baußnern
Kahn
Taubert
Taubmann
Seiffert

Berlin, den 9. Oktober 1925
Beginn der Sitzung : 5 1/2 Uhr

Punkt 1: Wahl des 1. Vorsitzenden.

Professor Koch wird einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.

Wahl des Stellvertreters des 1. Vorsitzenden.

Einstimmige Wahl von Professor Taubert. Prof. Taubert nimmt die Wahl an.

Punkt 2 der Tagesordnung: Herausgabe klassischer Urtexte.

Das Schreiben des Ministeriums wird verlesen. Es wird betont, daß die Angaben des Schreibens, die sich auf die Herausgabe der Klavier- und Violinsonaten von Beethoven sowie auf die Klaviersonaten Mozarts beziehen, eine nähere Prüfung erfordern, und zwar dahingehend, ob diese Werke nicht bereits in den Gesamtausgaben von Breitkopf & Härtel als Urtextausgabe anzusehen sind. Herr Professor Seiffert wird beauftragt, zunächst bei Breitkopf & Härtel privatim ein Feststellung darüber herbeizuführen.

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats, Sektion für Musik

am Freitag, den 9. Oktober 1925 , nachm. 5 1/2 Uhr

Lfd. Nr.	Name
1	Friedr. E. Koch
2	[illegible]
3	i. V. Prof. E. E. Taubert
4	Kiffert
5	Taubert
6	Rob. Kahn
7	
8	
9	
10	

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder

Sektion für Musik

am Freitag, den 9. Oktober 1925 . abends 6 Uhr

Lfd. Nr.	Name
	Friedr. E. Koch
	v. Baussnern
	i. V. Prof. E. E. Taubert
	Robert Kahn
5	
6	A. Reznicek
7	Dr Schumann
8	
9	
10	
11	
12	
13	
14	

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats, Sektion für Musik.

Anwesend

unter dem Vorsitz des Herrn Professor Koch

die Herren

mersdorffer

entwig

. Baußnern

ahn

och Friedr. E.

aubmann

eiffert

hiel

Schumann entsch.

Berlin, den 10. Juli 1925
Beginn der Sitzung : 6^{20} Uhr nachm.

K. Akademie d. Künste [illegible]
№0506 * -6. AUG. 19[illegible]
An[illegible]

Auf Ersuchen von Professor Koch bringt Professor Amersdorffer die von der Akademie formulierten Vermittlungsvorschläge zur Verlesung. Auch die Antwort der Ammre (Dr. Bock) wird verlesen. Es wird bedauert, daß Professor Schumann nicht anwesend ist, da zwischen ihm und Herrn Lienau in der Angelegenheit eine Aussprache stattgefunden haben soll. Bezüglich der Antwort der Ammre wird auf die sehr bedauerlichen Aeußerungen hingewiesen, die Urheberrechtsfrage müsse getrennt werden von den mechanischen Rechten.

Es wird beschlossen die G. d. T. und Gema aufzufordern bis 1. September d. Js. die Antwort auf die Vorschläge der Akademie einzusenden.

Das Gesuch Deckow(Geigenbaureformer) soll abgelehnt werden.

Es wird beschlossen Herrn Schwartz dem Ministerium für eine Gesanglehrerstelle am Königsberger Schulgesangseminar zu empfehlen. Daneben soll eine augenblickliche Unter-

stützung

9.
Abschriften sind zu fertigen für das Ministerium, [illegible] [illegible] und für d. Akten „Gema" „[illegible] Musik"
[illegible]
Berlin, den 6. 8. 1925.

stützung aus Staatsmitteln empfohlen werden.

Jn der Angelegenheit Marquardt wird beschloss[en] zunächst die Zentrale für private Fürsorge um Jnformationen über die Lebensverhältnisse zu ersuchen. Die Nach[-]forschungen sollen möglichst diskret vorgenommen werden. Die Akademie wird bezugnehmend auf seine wertvollen und anerkannten Leistungen als Musiktheoretiker eine möglich[st] weitgehende Unterstützung empfehlen.

Fr. E. Koch

v. Hausegger

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senates, Sektion für Musik

am 10. Juli 1925 abends 6 Uhr

Nr.	Name
	v. Hausegger
	Kahn
	Nietzig
	Taubert
	Robert Kahn
	Prof. Fr. E. Koch
10	
11	
12	

135

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats und der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik.

[illegible] Berlin, den 19. Juni 1925 [illegible]

K. Akademie d. Künste-Berlin
No 0409 * 17 JUN 1925
Anl.

Berlin, den 23. Mai 1925
Beginn der Sitzung: ~~5 1/2~~ Uhr 5 50

Anwesend

unter dem Vorsitz des Herrn Prof. (Schumann) Taubert

die Herren:

Amersdorffer
Nentwig
v. Baußnern
Juon
Kahn
Kaun
Koch Friedr. E.
Pfitzner
v. Reznicek
Seiffert
v. Schillings
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann
Thiel

Prof. Schumann teilt der [illegible] mit, [illegible] dass [illegible] bis [illegible] d. 23. Mai [illegible]. Ebenso hat [illegible] Prof. Schumann [illegible] Hentwig, [illegible]. [illegible]
Prof. Amersdorffer teilt [illegible] mit, dass die Akademie [illegible] nicht [illegible].
Prof. Amersdorffer hat einen Entwurf [illegible] mit 2 Vorschlägen.

So wird beschlossen, den Vorschlag d. Akademie (Prof. Amersdorffer) beiden Gruppen zu übermitteln; sollte diese (eine) ein [illegible] [illegible] den Vorschlag d. Akad. ablehnen, so müsste die Akademie die Angelegenheit [illegible] in die Hände d. Ministeriums zurücklegen.

E. E. Taubert.

[illegible signature]

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senates und der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik am Sonnabend, den 23. Mai 1925 abends 5 1/2 Uhr

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	i. A. Prof. Taubert	19	
2	[illegible]	20	
3	i. A. Prof. Dr. Amersdorffer	21	
4	Georg Schumann	22	
5	[illegible signature]	23	
6	Reznicek	24	
7	Robt Kahn	25	
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			
17			
18			

136

137

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste-Berlin
№ 0303 * -7. APR 1925
Anl.

Anwesend

Berlin, den 6. April 1925
Beginn der Sitzung: 6 Uhr

unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Friedr. E. Koch
die Herren

~~v. Baußnern~~
Juon
~~Kahn~~
~~Kaun~~
Koch, Friedr. E.
~~Pfitzner~~
v. Reznicek
~~v. Schillings~~
~~Schreker~~
Schumann
Taubert
Taubmann
Thiel

I.
1. Abschriften sind zu fertigen für den Minister, den 1. ständigen Sekretär, den 2. ständigen Sekretär und die Akten „Senatoren".
2. z. d. A.

Berlin, den 7. April 1925.
Der Präsident.

erledigt.

Der Vorsitzende gibt Kenntnis von einigen Dankschreiben, die aus Anlaß der Ernennung zu Akademiemitgliedern eingegangen sind.
Es folgt die Wahl eines Senators an Stelle des † Professor Scharwenka.
Es erhält Prof. Taubmann 3, Reznicek 2 Stimmen. Ein Wahlzettel ist unbeschrieben. Demnach ist er in der Ergänzungswahl bis Ende Septbr. Prof. Taubmann gewählt.
Es folgt die Wahl eines Senators für 3 Jahre.
Es werden für Taubmann 5 Stimmen, für Reznicek u. ein weißer Zettel abgegeben. Demnach ist Prof. Taubmann auf die Zeit von 3 Jahren beginnend Septbr. d. J. zum Mitglied des Senats gewählt.

Friedr. E. Koch

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder,
Sektion für Musik

am Montag, den 6. April 1925 abends 6 Uhr

Lfd. Nr.	N a m e
1	Taubert
2	G. Thiel
3	Fr. E. Koch
4	Rezniček
5	P. Juon
6	O. Taub[illegible]
7	[illegible]
8	
9	
10	
11	
12	
13	

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste-Berlin
№ 0302 * 7. APR. 1925
Anl.

Anwesend

Berlin W 8, den 27. März 1925
~~Beginn der Sitzung~~: ~~Uhr~~

[unt]er dem Vorsitz des Herrn Prof. Friedr. E. Koch

die Herren

[T]aubert
[F]riedr. E. Koch
[T]aubmann
Thiel
Juon
Kahn

Die für die Neuwahl eines Senators an Stelle des verstorbenen Professors Xaver Scharwenka für den Rest der Wahlperiode bis Ende September d. Js. sowie für die nächste Wahlperiode anberaumte Sitzung war nicht beschlußfähig, da nur 6 Mitglieder erschienen sind und nach § 38 des Statuts zur Vornahme dieser Wahl die Anwesenheit der Hälfte der in Berlin wohnenden Mitglieder erforderlich ist. Die nächste Sitzung für den gleichen Zweck wird am Montag, den 6. April abends 6 Uhr stattfinden .

Friedr. E. Koch
E. E. Taubert.
[illegible] Thiel

V.

1. Abschriften sind zu fertigen für den Minister, den 1. ständigen Sekretär, den 2. ständigen Sekretär und die Akten [illegible].

2. z. d. A.

Berlin, den 7. April 1925
Der Präsident.
[illegible]

[illegible] erteilt.

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik
am Freitag, den 27. März 1925 abends ....Uhr

Lfd. Nr.	Name
1	Taubert
2	Fr. E. Koch
3	Otto Taubmann
	G. Thiel
5	Paul Juon
6	Robt Kahn
7	
8	
9	
10	
11	
12	
13	
14	

Verhandelt im Senat und in der Genossenschaft, Sektionen für Musik unter Zuziehung von Vertretern der Genossenschaft Deutscher Tonsetzer am 19. Februar 1925

~~abends 6 Uhr~~

K. Akademie d. Künste-Berlin
№ 0243 * 14. MRZ. 1925
.... Anl.

Anwesend die Herren:
Gehr. F. Koch als Vorsitzender
v. Baußnern
Juon
Kahn
Taubert
Schumann
Thiel
Seiffert
Nentwig
Amersdorffer

von der G.d.T.:
Herr Hofrat Dr. Rösch
" Professor Behm
" Rasch

W
Abschriften dieses Protokolls zu senden: des Ministerium, Prof. Dr. Amersdorffer, v. Baußnern, Schumann. Abschriften jetzt z. d. Verhandlungen mit der Gema etc.
B. 14/3. 25
[illegible initials]

Herr Koch bittet Herrn Dr. Rösch um Stellungnahme der G.d.T. zu den letzten Vorschlägen der Gema, die der G.d.T. bereits unterm 1. August d. Js. mitgeteilt worden sind und um Gegenvorschläge. Herr Nentwig beklagt es, dass die Verhandlungen bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt haben.

Die letzten Vorschläge der Gema werden aus dem an den Vorstand der G.d.T. gerichteten Schreiben der Akademie vom 1.8.1924 als Grundlage der heutigen Besprechung verlesen.
Herr Rösch gibt zu, dass die Vertreter der Gema mit diesen letzten Vorschlägen von einem Teil ihrer bisherigen Stellungnahme zurückgewichen seien, insofern als sie sich nun bereit erklären schon jetzt eine künftige Regelung auf der mechanischen Rechte zu erörtern. — Die Berufsorganisation der G.d.T. sei außerordentlich wichtig; für ihr Weiterbestehen sei aber die Gema

[illegible]

notwendig, denn von den Mitgliedsbeiträ[gen]
könne eine Vereinigung wie die G.d.T. n[icht]
bestehen. Sie bestehe vielmehr nur durch die A[bgaben]
von 10%, die sie von der Afma erhält. — [Der]
Kampf der Verleger gehe dahin: die Berufsorgani[sa-]
tion dadurch zu zerstören, daß die Afma ver[un-]
glückt wird. Die G.d.T. würde dadurch zu Gru[nde]
gehen und die Komponisten würden schlech[ter]
daran sein als vorher. — Die mechanischen
Rechte von den anderen Aufführungsrechten k[önnten]
keinesfalls getrennt werden, denn sonst würde [nie]
ein vollkommener Frieden zwischen Autoren
und Verlegern zustande kommen, man hätte
Frieden wohl mit dem einen Teil aber lange
noch nicht mit dem anderen. Wie wichtig aber
auch der letztere (mit der Ammre) sei, erl-
läutert der Redner an einem Beispiel ungehörig[er]
Abmachungen (betr. Lieder von H. Hermann). Ein ein-
seitiger Friede würde nach 8 Tagen zu neuem Un-
frieden führen. — Herr Cretin sei bloßgestellt,
nachdem ihm Betrügereien u.a. nachgewiesen [seien.]
Man könne Herrn Cretin wohl wegschicken und
die Ammre Herrn Rauh geben, dann wäre
dieser versorgt. Es frage sich nur, ob Herr Cretin
nicht stärker sei als der deutsche Musikverleger-
verein und ob es den Herren gelingt, den
Vertrag mit der (~~Ammre~~) société zu lösen.
Der Zeitpunkt sei vielleicht günstig, denn man
höre jetzt schon von einem Nachfolger für Cretin.

Er müsse es dennoch als einen Fortschritt
bezeichnen, daß die Gema-Vertreter anerkennen

daß

daß man sich auch über die mechanischen Rechte
verständigen müsse. Die Gema-Vertreter hätten sich
zwar über diesen Punkt noch etwas vage ausge-
drückt, doch könne ihr Vorschlag als Verhandlungsbasis
angenommen werden, aber mit dem Wunsch,
daß zwischen allen Teilen gleichzeitig der Friedens-
schluß erfolgt.

Auch die anderen Vorschläge der Gema-Vertreter
erschienen dem Redner als geeignete Verhandlungs-
basis, wenn die künftigen Verhandlungen sich auf
alle diese Punkte gleichzeitig erstrecken.

Die Vertreter der ~~Gema~~ G.d.T. hätten stets die Notwen-
digkeit der Unabhängigkeit von jeder fremden
Autorengesellschaft betont, die auch durchaus der
Stellungnahme des letzten internationalen Autoren-
kongresses entspräche. Auf diesem sei der Grund-
satz aufgestellt worden: in jedem Lande dürfe
nur die einheimische Gesellschaft bestehen, die
anderen Gesellschaften dürften nicht selbständig
vorgehen, sie könnten lediglich als fremde Ge-
sellschaften ihr Mandat der einheimischen Gesellschaft
übertragen. Dieser Grundsatz sei von allen Nationen,
auch von Frankreich anerkannt worden. Nur
in Deutschland sei er nicht durchgeführt worden.
Auch die Gema sei damals noch von diesem
Gedanken noch durchdrungen gewesen; man
war entschlossen die Österreicher zu einer
Lösung des Vertrages zu bewegen, weil die
Gema das Protokoll der Londoner Konferenz
mitunterzeichnet hat. Angeblich sollte die Gema
1924 frei sein. Jetzt habe sie der Allianz

zugestanden

zugestanden, daß sie bis 1926 gebunden sei!

Keine Lösung sei tragbar, wenn die neue Aufführungsanstalt nicht anders möglich sein sollte, als durch die Hereinziehung irgend einer anderen Gesellschaft. Dies würde zu einer neuen Balkanisierung führen, die anderen Nationen würden bald versuchen in die deutschen Angelegenheiten dreinzureden. Das internationale Kartell würde dadurch bald illusorisch werden. — Ihr Hauptpunkt für die künftigen Verhandlungen müsse daher sein: Ausschluß jeder fremden Autorengesellschaft!

Es sei selbstverständlich, daß dem Ausland gegenüber einheitlich vorgegangen werden müsse. Deshalb sei es auch selbstverständlich, daß die Verträge der Gema u. der Afma zusammengelegt werden müssten, ~~das~~ Ausland dürfe nur mit einer Gesellschaft zu verhandeln haben.

Der Redner resümiert noch die Stellungnahme zu Punkt 2 u. 3 der Gema-Vorschläge:

1. in die deutsche Organisation für das Aufführungsrecht darf das Ausland nicht hereinreden und (was vielleicht in [illegible] ist)
2. wir wollen dem Auslande gegenüber einheitlich auftreten.
3. die Berufsorganisation der Berufsmusiker darf nicht gestört werden.

Der Redner erinnert weiter an die Verhandlungen mit Lienau, Bock u. Rauch von 1922, soweit an die Vorschläge von Dr. Fischer, der damals Punkt 2 angenommen, Punkt 1 (Beibehaltung der mechanischen Rechte) jedoch un-annehmbar gewesen sei.

Die Spannung bezüglich der mechanischen Rechte (Punkt 1 der Gema-Vorschläge) sei jetzt schon gelöst. Die weiteren Vorschläge der Gema seien noch unklar und undeutlich, zumal die Gema bisher verlangt habe, die Afma solle aufgegeben werden. In diesem Punkt sei man also noch weit auseinander.

Er verweist weiter auf den früheren Plan einer Arbeitsgemeinschaft mit einer paritätisch zusammengesetzten Dachorganisation unter der die drei Aufführungsanstalten Afma, Gema u. Ammre zusammenarbeiten sollten. Von diesen Vorschlägen sei die Gema wieder abgewichen, wie überhaupt ~~sein~~ ihr Prinzip sei immer neue Vorschläge zu machen.

Dr. Arnersdorffer weist darauf hin, daß schon bei den Vorschlägen von 1922 bei der Gründung der Afma nicht an die Afma in ihrer jetzigen sondern in einer neuen Gestalt gedacht war und zitiert eine diesbezügliche Äußerung des Herrn Lienau aus der Sitzung vom 21. Februar d. Js. Nur von diesem sehr wesentlichen Gesichtspunkt aus dürften die damaligen Vorschläge betrachtet werden. Auf der einen Seite sollte eine reine Verleger-Gesellschaft, auf der anderen Seite eine reine Autoren-Gesellschaft stehen.

Herr Rösch gibt dies zu und bestätigt, daß ~~die auf der~~ der Austritt der Afma angehörenden Verleger von der Genossenschaft gefordert worden sei. — Eine zeitlang

sei

sei die Forderung aufgestellt worden, daß Herr Rauh Direktor der neuen Aufführungsanstalt werden solle. Diese Forderung habe man dann wieder fallen lassen. 1923 sei man bei den weiteren Verhandlungen zu der völlig klaren Stellungnahme gekommen: es solle eine geschlossene Berufsorganisation der Komponisten und eine geschlossene Berufsorganisation der Verleger bestehen. Die Verhandlungen sollen von Organisation zu Organisation geführt werden, nicht vom Verleger zu Komponisten. Herr Rauh habe die Durchführung dieses Gedankens aber immer zu verschieben verstanden, bis er schließlich die Zerschlagung der Berufsorganisation der Musiker zu erreichen versuchte. — Wäre die geplante Arbeitsgemeinschaft zustande gekommen, so wäre wahrscheinlich nach kurzem Zusammenarbeiten nicht mehr von den Einzelinteressen der Afma, Gema u. Ammre gesprochen worden, sondern von den größeren beide Teile interessierenden Fragen, wie z.B. von dem internationalen Urheberrecht. Die Wichtigkeit der letzteren Frage für die Gegenwart erörtert der Redner an einigen besonderen Fällen (Gesetz in England, demzufolge die Tantiemen auf Reparationskonto vereinnahmt werden). Er verweist ferner auf die Gefährdung des Urheberrechts durch den Rundfunk.

Abschließend bemerkt er, daß jedenfalls ein Vorschlag für ein Zusammengehen, bei dem die Berufsorganisation als solche aufgelöst werden solle, völlig unannehmbar sei.

Herr Koch entgegnet, die Gema wolle die Berufsorganisation gar nicht auflösen, ihre Vertreter hätten deren Bedeutung selbst wiederholt betont.

Herr Reznicek meint, man solle die Vorschläge von 1922 erneuern. — Durch die Zusammenlegung der beiden Anstalten Gema u. Afma würden die Einnahmen der Autoren nicht vergrößert werden, wie manche glauben. Was jetzt getrennt ausgezahlt wird, würde eben zusammen ausgezahlt werden.

Herr Koch fragt, ob das was Herr Rösch ausgeführt habe, als seine persönliche Meinung oder als Meinung der Genossenschaft anzusehen sei.

Herr Rösch erwidert: wen er bisher von der Genossenschaft befragt habe, der sei seiner Meinung gewesen.

v. Baussnern fragt, ob die Angelegenheit in einer Sitzung der G.d.T. besprochen worden sei.

Herr Rösch antwortet: es habe nur sehr wenige, wirklich informierte, in die Materie eingearbeitete Mitglieder. Bei einer Zusammenkunft im Januar d. Js. habe er die Angelegenheit mit einer Reihe gut informierter Mitglieder besprochen. Diese hätten ihm zugestimmt.

Herr Koch

Herr Koch bittet Herrn Rösch um eine kurze schriftliche Formulierung seiner Stellungnahme zu den Gema-Vorschlägen.

Herr Rösch sagt schließlich die Übersendung einer solchen schriftlichen Formulierung zu. — Er führt noch aus, daß die künftige Organisation möglichst einfach sein müsse. Es dürfe nicht je 2 Gesellschaften für die Aufführungsrechte und für die mechanischen Rechte geben, sondern nur je 1, weil sonst kein Frieden bestehen könne. Mit einem großen Gremium sei nicht zu arbeiten, weil es nie zusammen zu bekommen sei. Das Ganze komme dann schließlich doch in die Hand eines geriebenen Geschäftsmannes, bestenfalls in die Hände einiger weniger Leute, die arbeiten. Geistige Arbeiter alle Woche einmal zu einer Sitzung zusammenzubringen, sei ganz unmöglich. Es sei ein reiner Zufall, daß er Zeit habe, die Arbeit für die G.d.T. ehrenamtlich zu leisten. Eine neue Gesellschaft müsse wahrscheinlich einen bezahlten Geschäftsführer und einen Juristen haben.

Herr Nentwig verliest einen an ihn gerichteten Brief des Herrn Lienau, in dem dieser seinen guten Willen zur Herbeiführung einer Einigung betont und auf die Hauptschwierigkeiten, ~~der~~ die mechanischen Rechte und das Verhältnis zur österreichischen Gesellschaft, hinweist. Nur durch

friedliches

friedliches Benehmen mit der Wiener-Gesellschaft können diese Verhältnis gelöst werden. Eine Lösung (ohne weiteres) könne die Verhältnisse sehr verschlechtern; es müsse dann mit der Konkurrenz der Wiener-Gesellschaft gerechnet werden.

Herr Rösch will aus diesem Schreiben entnehmen, daß Herr Lienau im Widerspruch zu den letzten Gema-Vorschlägen die Regelung der mechanischen Rechte wieder ganz beiseite schieben wolle.

Dr. Amersdorffer weist darauf hin, daß die Gema-Vertreter nach ihren letzten Vorschlägen nicht auf eine sofortige gleichzeitige Regelung der mechanischen Rechte festgelegt werden könnten. Sie hätten vielmehr nur erklärt, (wie Herrn Rösch wörtlich mitgeteilt worden ist) daß schon bei den jetzigen Verhandlungen die Gesichtspunkte für eine künftige Regelung der mechanischen Rechte festgestellt werden sollen. Es können also kaum ein Widerspruch zwischen den Gema-Vorschlägen und Herrn Lienaus Brief behauptet werden.

v. Baußnern führt aus, daß die Verleger die Komponisten durchaus nicht rechtlos machen wollen.

Herr Rösch entgegnet: Herr v. Baußnern möge sich das Vertragsschema der Gema zeigen lassen, das unter anderem bestimmt, daß bei dem Ausscheiden des Vertragschließenden dessen Urheberrechte der Gema verfallen.

v. Baußnern erwidert, es gebe auch Verleger,

die

die der G.d.T. nachstehen und deren Verträge zum Himmel schreien. Der Komponist dürfe eben nicht jede Vertragsbestimmung unterschreiben. Jedenfalls sei es unrecht, den ganzen Verlegerstand herabzusetzen. Dadurch wäre eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen worden

Herr Behm wendet ein, daß es natürlich gerade junge Komponisten sind, die dem Verleger in der von Herrn Rösch charakterisierten Weise übervorteilt würden. Wenn sie die Verträge nicht unterschreiben würden, dann würden ihre Werke eben nicht gedruckt.

Herr Rösch: die G.-d.-T. habe durch ihre Bestrebungen jedenfalls erreicht, daß den Komponisten ihre Urheberrechte nicht mehr weggenommen werden können. Ihre Haupttätigkeit bestehe darin, die Komponisten beim Abschluß von Verlagsverträgen zu beraten. Dies sei eine Hauptaufgabe der G.d.T als Berufsgenossenschaft. — Viele Schwierigkeiten seien in der ungünstigen gesetzlichen Regelung des Urheberrechts begründet. Die Akademie müsste evtl. versuchen eine Änderung des Urheberrechts einzuleiten.

Herr Koch

Herr Koch ersucht Herrn Rösch noch einmal um [illegible] schriftliche Formulierung seiner Vorschläge und schließt die Sitzung um 8 1/2 Uhr.

Friedr. E. Koch

[illegible]

[illegible]

Herrn Prof. v. Baussnern 149

Verhandelt im Senat und in der Genossenschaft, Sektionen für Musik unter Zuziehung von Vertretern der Genossenschaft deutscher Tonsetzer am 19. Februar 1925

abends 6 Uhr

Anwesend

die Herren:

Friedr. E. Koch als Vorsitzender
v. Baußnern
Juon
Kaun
Taubert
Taubmann
Thiel
Seiffert
Hentwig
Amersdorffer

———

Von der G. d. T.
Herr Hofrat Dr. Rösch
" Professor Behm
" Rasch

Herr Koch bittet Herrn Dr. Rösch um Stellungnahme der G. d. T. zu den letzten Vorschlägen der Gema, die der G. d. T. bereits unterm 1. August v. Js. mitgeteilt worden sind und um Gegenvorschläge.

Herr Hentwig beklagt es, daß die Verhandlungen bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt haben.

Die letzten Vorschläge der Gema werden aus dem an den Vorstand der G.d.T gerichteten Schreiben der Akademie vom 1. 8. 1924 als Grundlage der heutigen Besprechung verlesen.

Herr Rösch gibt zu, daß die Vertreter der Gema mit diesen letzten Vorschlägen von einem Teil ihrer bisherigen Stellungnahme zurückgewichen seien, insofern als sie sich nun bereit erklären, schon jetzt eine künftige Regelung auch der mechanischen Rechte zu erörtern.- Die Berufsorganisation der G. d. T. sei außerordentlich wichtig; für ihr Wei-

terbestehen

terbestehen sei aber die Afma lebensnotwendig, denn von den Mitgliederbeiträgen allein könne eine Vereinigung wie die G. d. T. nicht bestehen. Sie bestehe vielmehr nur durch die Abgabe von 10 %, die sie von der Afma erhält. - Der Kampf der Verleger gehe dahin: die Berufsorganisation dadurch zu zerstören, daß die Afma von ihr gelöst wird. Die G. d. T. würde dadurch zu Grunde gehen und die Komponisten würden schlechter daran sein als vorher. - Die mechanischen Rechte dürften von den anderen Aufführungsrechten keinesfalls getrennt werden, denn sonst würde nie ein vollkommener Frieden zwischen Autoren und Verlegern zustande kommen, man hätte Frieden wohl mit dem einen Teil aber lange noch nicht mit dem andern. Wie wichtig aber auch das letztere (mit der Ammre) sei, das erläutert der Redner an einem Beispiel ungehöriger Abrechnungen (betr. Lieder von H. Herrmann Ein einseitiger Friede würde nach 8 Tagen zu neuem Unfrieden führen. - Herr Cretin sei bloßgestellt,nachdem ihm Betrügereien u. a. nachgewiesen seien. Man könne Herrn Cretin wohl wegschikken und die Ammre Herrn Rauh geben, dann wäre dieser versorgt. Es frage sich nur, ob Herr Cretin nicht stärker sei als der deutsche Musikverlegerverein und ob es den Herren gelingt, den Vertrag mit der société zu lösen. Der Zeitpunkt sei vielleicht günstig, denn man höre jetzt schon von einem Nachfolger für Cretin.

Er müsse es immerhin als einen Fortschritt bezeichnen, daß die Gema-Vertreter anerkennen, daß man sich auch über die mechanischen Rechte verständigen müsse. Die Gema-Vertreter hätten sich zwar über diesen Punkt noch etwas vage ausgedrückt, doch könne ihr Vorschlag als Verhandlungsbasis angenommen werden aber mit dem Wunsch, daß zwischen <u>allen</u> Teilen <u>gleichzeitig</u> der Friedensschluß erfolgt.

Auch

Auch die anderen Vorschläge der Gema-Vertreter erscheinen dem Redner als geeignete Verhandlungsbasis, wenn die künftigen Verhandlungen sich auf alle diese Punkte gleichzeitig erstrecken.

Die Vertreter der G. d. T. hätten stets die Notwendigkeit der Unabhängigkeit von jeder fremden Autorengesellschaft betont, die auch durchaus der Stellungnahme des letzten internationalen Autorenkongresses entspräche. Auf diesem sei der Grundsatz aufgestellt worden: in jedem Lande dürfe nur die einheimische Gesellschaft herrschen, die anderen Gesellschaften dürften nicht selbständig vorgehen, sie könnten lediglich als fremde Gesellschaften ihr Mandat der einheimischen Gesellschaft übertragen. Dieser Grundsatz sei von allen Nationen, auch von Frankreich anerkannt worden. Nur in Deutschland sei er nicht durchgeführt worden. Auch die Gema sei damals noch von diesem Gedanken noch durchdrungen gewesen; man war entschlossen die Oesterreicher zu einer Lösung des Vertrages zu bewegen, weil die Gema das Protokoll der Londoner Konferenz mit unterzeichnet hat. Angeblich sollte die Gema 1924 frei sein. Jetzt habe sie der Akademie zugestanden , daß sie bis 192<u>6</u> gebunden sei.

Keine Lösung sei tragbar, wenn die neue Aufführungsanstalt nicht anders möglich sein sollte, als durch die Hereinziehung irgend einer anderen Gesellschaft. Dies würde zu einer wahren Balkanisierung führen, die anderen Nationen würden bald versuchen, in die deutschen Angelegenheiten dreinzureden. Das internationale Kartell würde dadurch bald illusorisch werden. - Ein Hauptpunkt für die künftigen Verhandlungen müsse daher sein: <u>Ausschluß jeder fremden Autorengesellschaft</u>!

Es sei selbstverständlich, daß dem Ausland gegenüber einheitlich vorgegangen werden müsse, deshalb sei es auch selbstverständlich, daß die Verträge der Gema und der Afma zusammengelegt werden müßten, das Ausland dürfe nur mit <u>einer</u>

<u>Gesellschaft</u>

Gesellschaft zu verhandeln haben .

Der Redner resümiert noch die Stellungnahme zu Punkt 2 und 3 der Gema-Vorschläge:

1. in die deutsche Organisation für das Aufführungsrecht darf das Ausland nicht hereinreden und (was dasselbe in Umkehrung ist)
2. wir wollen dem Auslande gegenüber einheitlich auftreten.
3. Die Berufsorganisation der Berufsmusiker darf nicht zerstört werden.

Der Redner erinnert weiter an die Verhandlungen mit Lienau, Bock und Rauh von 1922, sowie an die Vorschläge von Dr. Tischer, von denen Punkt 2 anzunehmen, Punkt 1 (Beiseitelassung der mechanischen Rechte) jedoch unannehmbar gewesen sei.

Die Spannung bezüglich der mechanischen Rechte (Punkt 1 der Gema-Vorschläge) sei jetzt etwas gelöst. Die weiteren Vorschläge der Gema seien noch unklar und undeutlich, zumal die Gema bisher verlangt habe, die Afma solle aufgehoben werden. Jn diesem Punkt sei man also noch weit auseinander.

Er verweist weiter auf den früheren Plan einer Arbeitsgemeinschaft mit einer paritätisch zusammengesetzten Dachorganisation unter der die drei Aufführungsanstalten Afma, Gema und Ammre zusammenarbeiten sollten. Von diesen Vorschlägen sei die Gema wieder abgewichen, wie überhaupt ihr Prinzip sei, immer neue Vorschläge zu machen.

<u>Dr. Amersdorffer</u> weist darauf hin, daß schon bei den Vorschlägen von 1922 bei der Erwähnung der Afma nicht an die Afma in ihrer jetzigen, sondern in einer <u>neuen</u> Gestalt gedacht war und zitiert eine diesbezügliche Aeußerung des Herrn Lienau aus der Sitzung vom 21. Februar v. Js. Nur von diesem sehr we-

<u>sentlichen</u>

sentlichen Gesichtspunkt aus dürften die damaligen Vorschläge
betrachtet werden. Auf der einen Seite sollte eine reine Ver-
leger-Gesellschaft, auf der andern Seite eine reine Autoren-
Gesellschaft stehen.

<u>Herr Hösch</u> gibt dies zu und bestätigt, daß der Austritt
der der Afma angehörenden Verleger von der Gegenseite gefordert
worden sei. - Eine zeitlang sei die Forderung aufgestellt wor-
den, daß Herr Rauh Direktor der neuen Aufführungsanstalt werden
solle. Diese Forderung habe man dann wieder fallen lassen. 1923
sei man bei den weiteren Verhandlungen zu der völlig klaren
Stellungnahme gekommen: es solle eine geschlossene Berufsor-
ganisation der Verleger bestehen; die Verhandlungen sollen von
Organisation zu Organisation geführt werden, nicht vom Verleger
zum Komponisten. Herr Rauh habe die Durchführung dieses Gedan-
kens aber immer zu verschieben verstanden, bis er schließlich
die Zerschlagung der Berufsorganisation der Musiker zu errei-
chen versuchte. - Wäre die geplante Arbeitsgemeinschaft zu-
stande gekommen, so wäre wahrscheinlich nach kurzem Zusammen-
arbeiten nicht mehr von den Einzelinteressen der Afma, Gema
und Ammre gesprochen worden, sondern von den größeren beide Tei-
le interessierenden Fragen, wie z. B. von dem internationalen
Urheberrecht. Die Wichtigkeit der letzteren Frage für die Ge-
genwart erörtert der Redner an einigen besonderen Fällen (Ge-
setz in England, demzufolge die Tantiemen auf Reparationskonto
vereinnahmt werden). Er verweist ferner auf die Gefährdung
der Urheberrechte durch den Rundfunk.

Abschließend bemerkt er, daß jedenfalls ein Vorschlag
für ein Zusammengehen, bei dem die Berufsorganisation als sol-
che aufgelöst werden solle, völlig unannehmbar sei.

<u>Herr Koch</u> entgegnet, die Gema wolle die Berufsorganisa-
tion gar nicht auflösen, ihre Vertreter hätten deren Bedeutung

<u>selbst</u>

selbst wiederholt betont.

Herr v. Reznicek meint, man solle die Vorschläge von 1922 erneuern. - Durch die Zusammenlegung der beiden Anstalten Gema und Afma würden die Einnahmen der Autoren nicht vergrößert werden, wie manche glauben. Was jetzt getrennt ausgezahlt wird, würde eben zusammen ausgezahlt werden.

Herr Koch fragt, ob das was Herr Rösch ausgeführt habe als seine persönliche Meinung oder als Meinung der Genossenschaft anzusehen sei.

Herr Rösch erwidert; wen er bisher von der Genossenschaft befragt habe, der sei seiner Meinung gewesen.

V. Bauũnern fragt, ob die Angelegenheit in einer Sitzung der G. d. T. besprochen worden sei.

Herr Rösch antwortet: es gebe nur sehr wenige, wirklich informierte, in die Materie eingearbeitete Mitglieder. Bei einer Zusammenkunft im Januar d. Js. habe er die Angelegenheit mit einer Reihe gut informierter Mitglieder besprochen. Diese hätten ihm zugestimmt.

Herr Koch bittet Herrn Rösch um eine kurze schriftliche Formulierung seiner Stellungnahme zu den Gema-Vorschlägen.

Herr Rösch sagt schließlich die Uebersendung einer solchen schriftlichen Formulierung zu. - Er führt noch aus, daß die künftige Organisation eine möglichst einfache sein müsse. Es dürfe nicht etwa je 2 Gesellschaften für die Aufführungsrechte und für die mechanischen Rechte geben, sondern nur je 1, weil sonst kein Frieden bestehen könne. Mit einem großen Gremium sei nicht zu arbeiten, weil es nie zusammen zu bekommen sei. Das ganze komme dann schließlich doch in die Hand eines geriebenen Geschäftsmannes, besten-falls in die Hände einiger weniger Leute, die arbeiten. Geistige Arbeiter alle Woche einmal zu einer Sitzung zusammenzubringen, sei ganz unmöglich. Es sei ein reiner Zufall, daß er Zeit habe, die Arbeit für die G. d. T. ehrenamtlich zu leisten. Eine neue Gesellschaft müsse wahrscheinlich einen

bezahlten

153

152

bezahlten Geschäftsführer und einen Juristen haben.

Herr Hentwig verliest einen an ihn gerichteten Brief des Herrn Lienau, in dem dieser seinen guten Willen zur Herbeiführung einer Einigung betont und aufdie Hauptschwierigkeiten, die mechanischen Rechte und das Verhältnis zur österreichischen Gesellschaft, hinweist. Nur durch friedliches Benehmen mit der Wiener-Gesellschaft könne dieses Verhältnis gelöst werden. Eine Lösung ohne weiteres könne die Verhältnisse sehr verschlechtern; es müsse dann mit der Konkurrenz der Wiener-Gesellschaft gerechnet werden.

Herr Rösch will aus diesem Schreiben entnehmen, daß Herr Lienau im Widerspruch zu den letzten Gema-Vorschlägen die Regelung der mechanischen Rechte wieder ganz beiseite schieben wolle..

Dr. Amersdorffer weist darauf hin, daß die Gema-Vertreter nach ihren letzten Vorschlägen nicht auf eine sofortige gleichzeitige Regelung der mechanischen Rechte festgelegt werden könnten. Sie hätten vielmehr nur erklärt, (wie HerrnRösch wörtlich mitgeteilt worden ist.) daß schon bei den jetzigen Verhandlungen die Gesichtspunkte für eine künftige Regelung der mechanischen Rechte festgestellt werden sollen. Es könne also kaum ein Widerspruch zwischen den Gema-Vorschlägen und Herrn Lienaus Brief behauptet werden.

V. Bauũnern führt aus, daß die Verleger die Komponisten durchaus nicht rechtlos machen wollen.

Herr Rösch entgegnet: Herr v. Bauũnern möge sich das Vertragsschema der Gema zeigen lassen, das unter anderem bestimmt, daß bei dem Ausscheiden des Vertragschließenden dessen Urheberrechte der Gema verfallen.

V. Bauũnern erwidert, es gebe auch Verleger, die der G. d. T. nahestehen und deren Verträge zum Himmel schreien.

Der

Der Komponist dürfe eben nicht jede Vertragsbestimmung unterschreiben. Jedenfalls sei es unrecht, den ganzen Verlegerstand herabzusetzen. Dadurch wäre eine Atmosphäre des Mißtrauns geschaffen worden.

Herr Behm wendet ein, daß es natürlich gerade junge Komponisten sind, diedem Verleger in der von Herrn Rösch charakterisierten Weise übervorteilt würden. Wenn sie die Verträge nicht unterschreiben würden,dann würden ihre Werke eben nicht gedruckt.

Herr Rösch: Die G. d. T. habe durch ihre Bestrebungen jedenfalls erreicht, daß den Komponisten ihre Urheberrechte nicht mehr weggenommen werden können. Seine Haupttätigkeit bestehe darin, die Komponisten beim Abschluß von Verlagsverträgen zu beraten. Dies sei eine Hauptaufgabe der G. d. T. als Berufsgenossenschaft. -Viele Schwierigkeiten seien in der ungünstigen gesetzlichen Regelung des Urheberrechts begründet. Die Akademie müßte evtl. versuchen eine Aenderung des Urheberrechts einzuleiten.

Herr Koch ersucht Herrn Rösch noch einmal um schriftliche Formulierung seiner Vorschläge und schließt die Sitzung um 8 1/2 Uhr.

gez. Friedr. E. Koch gez. Dr. Amersdorffer

gez. v. Baußnern

153

Anwesenheitsliste

zur Sitzung des Vorstands und der Genossenschaft, Sektion für Musik am 19/II. 25.

Fr. E. Koch

gez. Prof Taubert

Carl Thiel

[illegible]

Dr [illegible]

Hugo [illegible]

Dr Fr. Rösch

Emil Behm

[illegible]

Hugo Rasch

Amersdorffer

[illegible]

gez. Prof v. Baußnern

Verhandelt in der Akademie der Künste Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 0072 * 26. JAN. 1925
Anl.

Berlin, den 22. Januar 1925
Beginn der Sitzung: 6 Uhr

Gegenwärtig
unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Koch
die Herren:

v. Baußnern
Juon
Kahn
Kaun
Koch, Friedr. E.
von Recznicek
Schumann
Taubert

Hauptwahl neuer ordentlicher Mitglieder.

Bei der Vornahme der Wahl hiesiger Mitglieder erhält Professor Thiel 7 Stimmen und ist somit gewählt.

Als auswärtige Mitglieder sind Bittner in Wien und Öthegraven in Bergisch-Gladbach b/Cöln mit je 5 Stimmen gewählt.

Friedr. E. Koch v. Baußnern
Georg Schumann

V.
1. Abschriften sind zu fertigen für den Minister, den st. Ständigen Sekretär und die Akten „Mitglieder".
2. z. d. A.

Berlin, den 26. Januar 1925.
Der Vorsitzende

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik
am Donnerstag, den 22. Januar 1925 abends 6 Uhr

Lfd. Nr.	Name
	i. V. Prof. Taubert
	Hugo Kaun
	Fr. E. Koch
	Paul Juon
	E. N. v. Reznicek
	Schumann
	Rob. Kahn
	v. Hausegger
10	
11	
12	

unleserlich

756

[illegible handwritten note: Abschriften sind … Mitglieder … zu fertigen]

Verhandelt in der Akademie der Künste Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste … № 0044 * 17. JAN. 1925

Berlin, den 15. Januar 1925
Beginn der Sitzung : 3/4 6 Uhr

Gegenwärtig

unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Koch

die Herren:

v. Baußnern
Juon
Kahn
Kaun
Koch, Friedr. E.
Pfitzner
von Reznicek
von Schillings
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann

Nach einer vorhergehenden Aussprache über die Vorschläge erfolgt die Wahl: (Berlin)

Thiel kommt auf die Liste zur Zuwahl

Thiessen " "

Wahl (Auswärtige)

Büttner
von Othegraven } kommen auf die Liste d. Zuwahl

Es wird beschlossen, die Zuwahl Donnerstag d. 22. Januar 6 Uhr vorzunehmen.
Es erfolgt besondere Einladung.

Friedr. E. Koch

v. Baußnern Georg Schumann

Wahl neuer Mitglieder 1925

I. Einheimische

1. Ansorge, Konrad, Berlin
2. Ertel, Paul, Berlin
3. Grabert, Martin, Berlin
4. Kämpf, Karl, Berlin
5. Laurischkus, Max, Berlin
6. Thiel, Karl, Berlin
7. Tiessen, Heinz, Berlin
8. Trapp, Max, Berlin

Wahl neuer Mitglieder 1925

II. Auswärtige

1. Bittner, Julius, Wien
2. Grädener, Hermann, Wien
3. Haas, Josef, München
4. v. Keussler, Gerhard, Hamburg
5. Korngold, Wolfgang, Wien
6. v. Othegraven, August, Bergisch-Gladbach b/Cöln
7. Schönberg, Arnold, Wien
8. Walter, Bruno

Berlin, den 15. Januar 1925

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung der Genossenschaft, Sektion für Musik
am Donnerstag, den 15. Januar 1925 6 1/2 Uhr

Lfd. Nr.	Name
	Otto Taubmann
	Schumann
	g. z. Prof. Taubert
	g. z. Prof. v. Hausegger
	F. E. Koch
	E. N. v. Reznicek
	Hugo Kaun
9	
10	
11	
12	

160

Der Intendant
der
Staatsoper

Berlin, den 10. Januar 1925

Sehr geehrter Herr Professor!

Leider ist es mir nicht möglich, an der Sitzung am 15. d.Mts. teilzunehmen, da ich an diesem Tage auswärts bin.

Jhr ergebener

Schillings

An
Herrn Senator
Professor Friedr. W. Koch,

W.8.

Pariser Platz 4.

Verhandelt in der Akademie der Künste Sitzung des Senats,

Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 0006 * -5. JAN. 1925

Gegenwärtig

Berlin, den 13. Dezember 1924

unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Koch

Beginn der Sitzung : 6 Uhr

die Herren :

v. Baußnern
Koch
Schumann
Taubert
Seiffert

Der Vorsitzende gedenkt des Hinscheidens von Professor Xaver Scharwenka und betont, daß die Akademie sein Andenken als eines immer treuen und lieben Kollegen in Ehren halten wird. Die anwesenden Mitglieder des Senats erheben sich von ihren Sitzen.

Professor Koch bittet Professor Seiffert sich zum ersten Punkt der Tagesordnung :

Vorschläge für die Herausgabe musikalischer Urtexte,

äußern zu wollen.

Professor Seiffert schlägt für die Herausgabe vor : Klavierwerke von Händel, Klaviermusik von Domenico und Alessandro Scarlatti, ferner die Wegbereiter des deutschen Liedes der Berliner Schule des 18. Jahrhunderts und schließlich das Gesamtwerk Friedemann Bachs. Die anwesenden Senatsmitglieder erklären einstimmig, daß in erster Linie die Herausgabe des gesamten Lebenswerkes von Friedemann Bach als die Erfüllung einer Ehrenpflicht der deutschen Nation, in Frage kommen müsse. Professor

Seiffert

Seiffert wird auf Wunsch des Senats ein ausführliches Referat schriftlich zur Verfügung stellen, das dem Bericht an das Ministerium beigefügt werden soll.

Professor Koch berichtet über eine Verhandlung im Ministerium, betr. die Harry Kreissmann-Stiftung. Die Stiftungsbestimmungen werden zur Kenntnis genommen und zu den Akten gegeben .

v. Baußnern bringt seinen früheren Antrag zur Diskussion : einen besonderen Abend für die jüngere Komponistengeneration zu veranstalten. Die Angelegenheit soll in der Musikkommission beraten werden. Der Vorsitzende ist grundsätzlich mit dem Vorschlag einverstanden, unter der Voraussetzung , daß die noch nicht aufgeführten Mitglieder der Akademie ebenfalls bis zu den Sommerferien zu Worte kommen werden.

Fried. E. Koch

v. Baußnern

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung des Senats, Sektion für Musik

am Sonnabend, den 13. Dezember 1924 abends 6 Uhr

Lfd. Nr.	Namen
	Schreker
	Taubert.
	Fr. E. Koch
	Schumann
	[illegible]

Verhandelt in der Akademie der Künste Sitzung des Senats, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste-Berlin
№ 0007 * - 5. JAN. 1925

Gegenwärtig	Berlin, den 9. Oktober 1924
unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Koch	Beginn der Sitzung: 6 Uhr

die Herren :

Kahn
Koch , Friedr. E.
Scharwenka
Schumann
Seiffert
Taubert
v. Baußnern

Die Wahl wird auf 6 1/4 Uhr verschoben.

Zunächst berichtet Professor Koch über seine Besuche bei Strauß, Hausegger und Rösch. Rösch hat für Mitte Oktober eine klare Formulierung seiner Vorschläge (als Antwort auf die Mitteilungen und Vorschläge der Akademie der Künste von Ende Juli) zugesagt.

Professor Schumann schlägt vor, inoffiziell mit einigen Vertretern der beiden Gruppen Gema und G. D. T. ohne Rösch und Rauh zu einer Beratung zusammenzutreten. Diese Besprechung soll nur privaten Charakter haben .

Die von mehreren Seiten in Aussicht genommene Busoni-Gedächtnisfeier soll auf Antrag von Herrn Professor Koch zwischen dem 28. Oktober und 4. November abgehalten werden. Die Programme sollen künftig den Vermerk tragen: " Veranstaltung der Musiksektion " (dieser Antrag ist im Laufe des Oktober zurückgenommen worden). ~~Das Wahl~~

Das Wahlergebnis lautet:

1.

1. Vorsitzender einstimmig Professor Koch

2. Vorsitzender mit 6 Stimmen Professor Taubert.

Prof. Dr. E. Koch. [signature]

Anwesenheitsliste zur Sitzung des Senates der Musiksektion am 9. Oktober 1924.

Lfd. Nr.	Titel	Namen
1	Prof.	Koch
2	"	Kahn
3	"	Scharwenka
4	"	Schumann
5	"	Seiffert
6	"	Taubert
7	"	v. Hausegger

KÖNIGLICHE AKADEMIE DER KÜNSTE IN BERLIN

BERLIN, den ......ten 190
N.W., Universitätsstrasse 6.

Es wird hiermit bescheinigt, dass die Königliche Akademie der Künste für die in ihren Sälen Unter den Linden 38 zu Ehren des Herrn Professors

veranstaltete Ausstellung von

....

leihweise erhalten hat:

.... Werth: .... Mk.

.... " .... "

.... " .... "

Die Königliche Akademie der Künste erklärt durch diesen Schein, dass d genannte Kunstwerk dem angegebenen Werthe entsprechend gegen jeden Brandschaden, der .... während .... Entfernung aus dem Hause des Besitzers etwa betrifft, versichert .... und übernimmt sämmtliche aus dem Hin- und Rücktransport d Kunstwerk erwachsenden Kosten.

Der Präsident. Der Erste Ständige Sekretär.

H. Ende.

I No. 235.

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektionen für Musik.

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Koch die Herren

Berlin, den 11. Juli 1924
Beginn der Sitzung 5,40 Uhr

Amersdorffer
von Baußnern
Juon
Kahn
Koch Friedr. E.
Schumann
Seiffert
Wentwig

Göhler
Lienau
Rauh

Zunächst wird durch Herrn Professor Koch festgestellt, daß Vertreter der G.D.T. verhindert sind, zu erscheinen. Es wird ein Entschuldigungsschreiben von Hofrat Rösch verlesen, ferner die 3 Punkte, die in der letzten Sitzung des Senates und der Genossenschaft von Professor Schumann als Vorschläge aufgestellt wurden.

Herr Schumann: Es sei der allgemeine Wunsch der Tonsetzer, zu einer Einigung zu kommen, dies könne natürlich nie geschehen durch das Nachgeben beider Gruppen. Es müsse ein Ausgleich zwischen kapitalistischer und idealistischer Macht gefunden werden.

Verlesen werden die Vorschläge des Herrn Tischer und die Stellungnahme des Hofrats Rösch in seinem Schreiben vom 16. Mai.

Es wird festgestellt, daß formelle Gegenvorschläge der G. D. T. auf die Vorschläge der Gema hin nicht gemacht worden sind.

Herr Rauh: Die Vertreter der Gema müssen Herrn Tischer als unberufenen Vermittler ablehnen

ablehnen und können seine Vorschläge nur als Privatunterhandlungen zwischen Herrn Tischer, Schumann und Rösch ansehen.

Herr S c h u m a n n : Als Verhandlungsbasis sollen auch nur die von der Akademie aufgestellten 3 Punkte als von der Akademie ausgehender Vorschlag dienen.

Herr R a u h fragt, ob diese Vorschläge eine Vereinigung zwischen der G. D. T. und der Gema direkt herbeiführen sollen, oder ob ihr Zweck lediglich der sei, dem Ministerium durch die Akademie auf Grund dieser neuen Gesichtspunkte Vorschläge zu machen. Letzteres hätte, von der Akademie ausgehend, sicher großes Gewicht.

Herr K o c h erwidert: Es sei beides denkbar, das Anstreben einer Einigung und Vorschläge an das Ministerium; vielleicht aber ergebe sich aus den weiteren Verhandlungen eine Einigung. - Er bedauere, daß die eine Partei, die G. D. T. nicht vertreten sei. Eine Fortsetzung der Verhandlungen mit beiden Parteien würde wohl frühestens im September möglich sein.

Auf eine Anfrage des Herrn Lienau wird ausdrücklich festgestellt, daß die heute zur Beratung stehenden 3 Punkte einen von der Akademie ausgehenden Vorschlag darstellen.

Herr L i e n a u führt aus: Durch diese neuen Vorschläge würden wohl die letzten Vorschläge der Gema beseitigt. Einiges stimme wohl mit diesen überein, andere Punkte streben wieder auseinander; besonders: die Gema verlangt eine vollständig von der G. D. T. unabhängige Gesellschaft der Aufführungsrechte. Ferner, die mechanischen Rechte dürften nicht hereingezogen werden, weil die Ammre jetzt unmöglich aufgelöst werden könne. Herr Rösch verlange die Hereinziehung der mechanischen Rechte, weil er ganz genau

weiß,

168

weiß, daß daran die Vereinigung scheitern würde.

Herr R a u h wünscht, die Akademie soll gewisse Sätze aufstellen, die sie für maßgebend hält. Direkte Verhandlungen zwischen der G. D. T. und der Gema würden zu gar nichts führen. Jetzt müsse eine mit Autorität bekleidete Behörde wie die Akademie Vorschläge machen. Wenn der andere Teil da nicht entgegenkomme, so trägt er die Verantwortung dafür, daß wieder einmal eine Einigung nicht zustande komme.- Bezüglich der Ammre müsse man abwarten. Auf diesem Gebiete werde die Zeit sicher Rat bringen. Die G. D. T. habe fast gar nichts mit der Ammre zu tun, die Gema sehr viel.

Herr S c h u m a n n entgegnet: Auch die Vertreter der ernsten Musik hätten manches mit den mechanischen Rechten zu tun. (Mechanisches Klavier !)- Wenn der Streitpunkt bezüglich der mechanischen Rechte nicht ebenfalls beseitigt würde, dann würde dadurch in späterer Zeit ein neuer Streit entstehen. Es müßten deshalb wenigstens die Gesichtspunkte für eine Einigung auch auf diesem Gebiete aufgestellt werden.

Herr R a u h erwidert, daß auch nach seiner Ansicht natürlich einerein deutsche Gesellschaft besser sei, als die deutsch-französische Ammre. Diese gemeinsame Gesellschaft sei aber gegründet worden, weil die französischen Verleger schon vorher auf dem Plan waren. Man vereinigte sich mit ihnen, weil man lieber Frieden als Streit haben wollte. Hoffentlich erstarkt die deutsche Gesellschaft aber so, daß sie selbständig werden könne.

Herr J u o n hebt hervor, daß dies schon ein Gesichtspunkt für später sei.

Auch Herr Lienau gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Gesellschaft später eine rein deutsche würde. Der zweite Streitpunkt sei aber die Verteilung der Einkünfte.

Herr R a u h setzt hinzu, daß zuzugeben sei, daß die Art der Verteilung

teilung

teilung bei der Ammre die Rechte der Komponisten nicht genügend schütze. Auch er würde eine andere Verteilung für besser und richtiger halten .

Herr S c h u m a n n stellt fest, daß die beiden eben erwähnten Punkte die Hauptgesichtspunkte bezüglich der Ammre wären und für die Zukunft im Auge behalten werden müßten, wozu Herr Rauh bemerkt, daß es aber unmöglich sei einen Zeitpunkt festzustellen, wann die Ammre zu einer deutschen Gesellschaft werden könne.

Herr G ö h l e r wünscht festzustellen, daß die Gema ihren Mitgliedern nicht verbietet auch Mitglieder der Ammre zu werden, wie dies die G. D. T. tut.

Herr R a u h betont, daß man immer die Gema mit den Verlegern verwechsle. Dies sei ganz falsch, denn es gehören sehr viele Komponisten der Gema an . Es handelt sich nur um 2 Aufführungsanstalten: Die Afma und die Gema und um eine Vereinigung dieser beiden Anstalten. Die Gema gehöre da absolut nicht hinein. - Die Verleger seien durchaus nicht alle nur Vertreter des Kapitals, sondern auch Jdealisten und Schützer der Kunst.

Herr S c h u m a n n entgegnet, daß dies nicht bestritten werden soll. Der Komponist schafft, dies sei eine reine ideelle Aufgabe. Der Verleger vertreibt die Werke, dies sei aber doch mehr eine geschäftliche Aufgabe.

Herr v. B a u ß n e r n weist darauf hin, daß der Komponist ein Jnteresse daran habe, seine Werke in die Oeffentlichkeit zu bringen und daß auch er letzten Endes damit etwas verdienen will.

Herr R a u h : Die G. D. T. werde immer der Gema gegenübergestellt. Dies sei ganz falsch, der G. D. T. stehe nur der Verleger-verein gegenüber. Nur Afma und Gema könne man einander ge-

genüberstellen.

genüberstellen.

Herr N e n t w i g meint dazu : Es dürfe da aber die enge Verbindung der Afma mit der G.D. T. nicht verkannt werden.

Herr L i e n a u legt dar, daß die Verleger im Grunde genommen selbst für später ein Zusammengehen mit der Ammre wünschen. Die jetzt bestehenden Schwierigkeiten liegen aber an deren Form, sie ist eine Aktiengesellschaft. Die Organisation der Ammre werde auch von den Verlegern bemängelt, ebenso die Verteilung der Anteile.

Herr R a u h fügt hinzu, daß er selbst nicht Mitglied der Ammre sei, weil er diese beiden Punkte nicht billige.

Herr K o c h wünscht, daß in der heutigen Beratung doch möglichst schon die Gesichtspunkte festgestellt werden, die für eine Vereinigung der Ammre aufgestellt werden können, da doch jetzt festgestellt sei, daß auch die Gema den Wunsch habe, später mit der Ammre zusammenzugehen.

Herr R a u h erwidert, dies werde kaum möglich sein, doch könne man schon jetzt etwa folgende Punkte fixieren :

1. Sobald als möglich, soll die Regelung der mechanischen Rechte auf eine nationale Basis gestellt werden.
2. Erwünscht ist eine gemeinsame Gesellschaft für mechanische Rechte, die den vollen Reingewinn ausschüttet und keine Dividende verteilt.
3. Gewünscht wird die Aufstellung allgemeiner Grundsätze üb über die Verteilung der Einkünfte unabhängig mit den Vertretern und den Komponisten .

Es wird alsdann zu der Beratung des 2. Punktes der Vorschläge der Akademie übergegangen.

Herr R a u h fragt, wie die Akademie zu der Zumutung komme, daß die eine Gesellschaft die G. D. T. beansprucht ebensoviel Stimmen zu haben, wie die beiden anderen Gesellschaften zusammen.

Herr

Herr S c h u m a n n erwidert: Damit sie nicht überstimmt werden kann.

Herr R a u h entgegnet: An der Wahl des Leiters werde die ganze Sache schon scheitern, weil darin jeder Partei sei.

Herr Rösch gehe davon aus, daß die Gema mit der österreichischen Gesellschaft immer gegen die G. D. T. sei.- Die Schwierigkeiten der österreichischen Gesellschaft beständen aber darin, daß nur 2 Leiter vorhanden seien. Wenn die G. D. T. als dritte Partei hinzukomme, so wäre es doch so natürlich, daß die beiden deutschen Gesellschaften sich selbst näherkommen, als die der Oesterreicher.- Der Vertrag mit den Oesterreichern läuft 1926 ab.

Herr S c h u m a n n stellt fest, daß also auch in diesem Punkte die Möglichkeit bestände, (zu mindestens schon 1926) sich näherzukommen .

Herr R a u h erwidert: Die Möglichkeit des Näherkommens bestehe natürlich . Die G. D. T. kenne aber nur Kampf.

Herr S c h u m a n n widerspricht dem : Herr Rauh meine wohl nur die Persönlichkeit des Herrn Rösch .

Herr R a u h gibt dies zu und bemerkt, daß er nicht die G. D. T. im allgemeinen mit dieser Aeußerung treffen wolle.

Gegenüber einer Bemerkung des Herrn Schumann, daß die G. D. T. alle ernsten Komponisten umfasse, weist Herr Rauh darauf hin, daß dies nicht richtig sei. So sei Weingärtner zu den Oesterreichern übergegangen, Herr Göhler sei bei der Gema.- Leider habe die ernste Musik für die Aufführungsanstalt weit weniger Bedeutung, als die Unterhaltungsmusik.

Herr S c h u m a n n entgegnet: Dann hätten die ernsten Musiker ja gar nichts in einer Aufführungsanstalt zu suchen.

Herr R a u h widerspricht dem : Die ernsten Musiker würden in der Gema sehr viel in musikalischen Fragen mitzusprechen haben . Freilich arbeitet eine Aufführungsanstalt hauptsächlich mit der Unterhaltungsmusik, mit dem Repertoir. Ein pekuniäres

Jnteresse

170

Jnteresse an der Vereinigung bestehe für die Gema also nicht, wohl aber ein sehr großes ideelles.

Herr S c h u m a n n : Auch für die G. D. T. bestehen ideelle Gründe für die Vereinigung. Die Musikpflege in Deutschland dürfte nicht länger unter dem Zwiespalt leiden.

Herr R a u h stimmt dem lebhaft bei .- Auf Befragen erklärt er, daß der österreichische Vertreter, der eine der beiden Direktoren immer in Deutschland weile.

Herr K o c h fragt, ob dieser eine österreichische Vertreter nicht seine Rechte auf den Leiter der Gema übertragen würde.

Herr R a u h erwidert: Dies wäre sehr schön, es sei vielleicht auch nicht unmöglich, dies später einmal zu erreichen. Jedenfalls müsse aber ein Kampf mit den Oesterreichern vermieden werden, weil diese hauptsächlich das Repertoir hätten.- Er kommt dann zurück auf die Forderung der Gema, daß Afma von der G. D. T. getrennt wird.

Herr S c h u m a n n weist, wie schon in der vorigen Sitzung darauf hin, daß von der G. D. T. dann kaum mehr etwas übrig bleiben würde. Sie habe keine Aufgaben mehr.

Herr R a u h entgegnet: Sie könne eine reine Komponisten-Gesellschaft zum Zwecke der Vertretung der Jnteressen der Komponisten bleiben .

Herr S c h u m a n n erwidert: Die G. D. T. sei wohl eine Komponisten-Gesellschaft aber begründet zum Zwecke der Vertretung der Aufführungsrechte ! Eigentlich verwerte diese nicht die Afma, sondern die G. D. T.

Herr K o c h weist darauf hin, daß in anderen Ländern z. B. in Holland die ernsten Komponisten gar keinen Anteil an den Aufführungsgenossenschaften nehmen, weil sie nichts darin zu sagen haben . Ebenso sei es in Paris.

Herr R a u h bestreitet dieses für Holland. - Die G. D. T. soll eine Gesellschaft lediglich zur Vertretung der Jnteressen der Komponisten sein. Dies könne der allgemeine deutsche Musikerverein, da er nicht bloß aus Komponisten bestehe . -

Von

Von der Beteiligung der Trennung der G. D. T. von der Afma könne die Gema nicht abgehen. Die G. D. T. als Komponisten-Gesellschaft könne die Aufführungsrechte nicht vertreten. Die gegenwärtige Geschäftsführung der G. D. T. habe die größten Fehler gemacht.

Herr Schumann antwortet: Vermittlungsversuche würden ganz aussichtslos sein, wenn alles von der Personenfrage abhängig gemacht werden würde. Man kann nicht verlangen, daß Rösch einfach abgesetzt werde.

Herr Rauh erwidert: Eine neue Gesellschaft oder die österreichische Gesellschaft würde sich nicht solche Möglichkeit aussuchen, wie sie der Braunschweiger Prozeß ergeben habe. Seitens des Herrn Rösch sei durch Aenderung eines Datums damals ein Betrug begangen worden, wie das gerichtliche Urteil ergab.

Herr Juon meint, solche Sachen seien vielleicht auch auf der Gegenseite vorgekommen.

Herr Rauh verwahrt sich entschieden dagegen und verlangt Beweise für eine solche Behauptung. Er habe von dem Braunschweiger Prozeß gesprochen, damit Herr Ministerialdirektor Nentwig erfahre, weshalb die Vertreter der Gema sich mit Herrn Rösch nicht mehr an dem Beratungstisch zusammensetzen können. Er sei bereit, das Ausgeführte schriftlich zu wiederholen um Herrn Rösch Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern .

Herr Schumann entgegnet: Die Akademie könne sich von der Gema nicht Vorschriften machen lassen, sie soll die Forderung stellen, daß die G. D. T. Herrn Rösch fallen lasse.

Herr Koch schlägt vor, es soll nur ein Direktor für die 3 Gesellschaften gewählt werden und zwar von den Mitgliedern mit gleichem Stimmrecht .

Herr

171

Herr Rauh meint, damit wäre er sehr einverstanden. Bedeutung für die Vereinigung bleibt, was er auch wiederholt betonen müsse, die Trennung von G. D. T. und Afma oder die Beseitigung von deren geschäftlicher Führung. Wenn Rösch beseitigt werden würde, dann wäre vielleicht sogar eine Trennung von G. D. T. und Afma nicht nötig.

Herr Schumann weist darauf hin, daß Rösch noch eine sehr starke Gefolgschaft habe. Er werde sagen, die G. D. T. soll gezwungen werden, sich unter die Macht der Verleger zu begeben. Einer solchen Möglichkeit gegenüber möchte er heute wiederholt darauf hinweisen, daß man die Waffen der Gegner nicht schärfen dürfe.

Herr Göhler bemerkt, daß er auch als Komponist nicht für eine Einigung eintreten könne, wenn eine Persönlichkeit wie Herr Rösch in die jetzt sehr gute Leitung der Gema hineinkommen würde. Die Gema wolle nicht Unfrieden in ihr eigenes Haus tragen. Die Gema bestehe aus Komponisten und Verlegern. In ihr würde nicht einer die Komponisten gegen die Verleger ausspielen. Es wäre viel besser, beide Gesellschaften würden weiter nebeneinander bestehen, als eine Vereinigung, in der eine Persönlichkeit eintreten würde, die immer wieder Anlaß zu neuem Unfrieden geben würde. Für eine Einigung sei auch die Verbindung der Afma mit der G. D. T. undenkbar, denn beide Gesellschaften müßten vollkommen frei und unabhängig sein , sonst würden immer wieder Dissonanzen entstehen.

Herr Schumann entgegnet: Die G. D. T. und Afma könnten ja eine einheitliche Gesellschaft sein .

Herr Rauh erwidert: Entweder werde die G. D. T. von der Afma getrennt, oder die G. D. T. wird selbst eine reine Aufführungsgesellschaft.

Herr Schumann antwortet: Daß dies vielleicht möglich sei .

Man

Man dürfe aber nicht verkennen, daß ein gewaltiger Unterschied zwischen den Aufgaben der G. D. T. und der Gema bestehe.

Herr von Baußnern meint, man könne vielleicht aus der G. D. T. und Afma eine Aufführungs-Gesellschaft machen mit einem Gremium von Komponisten zur künstlerischen Aufsicht und Wahrung der Sozial- und Ehrenrechte der Komponisten .

Herr Rauh wünscht nochmal klar zu betonen, daß eine Verständigung nur zwischen zwei reinen Aufführungsgesellschaften möglich sei .

Herr Schumann entgegnet, daß dieser Standpunkt den Weg zur Verständigung ungemein erschwere, da er die Auflösung der G. D. T. voraussehe.

Herr Rauh widerspricht dem, da die Gema juristische Person zu werden braucht. Die G. D. T. könne bestehen bleiben. Auch die Verleger hätten ein lebhaftes Jnteresse daran, daß eine Komponistenvertretung bestehe.

Herr Koch verliest den 3. Punkt der Vorschläge , worauf Herr Rauh fragt, ob sich diese auch auf die Oesterreicher beziehen.

Herr Lienau weist darauf hin, daß ähnliches schon in den letzten Vorschlägen der Gema enthalten sei. Die Anwesenden sind sich einig, daß der dritte Punkt keine besonderen Schwierigkeiten bereiten wird.

Herr Schumann bittet noch einmal im allgemeinen die Vertreter der Gema um möglichstes Entgegenkommen .

Herr Rauh antwortet: Die Gema würde aber jedenfalls nicht davon abgehen, keinen Unfrieden in die Gema tragen zu lassen .

Rösch habe, wie Herr Schumann selbst sagte, noch eine große Gefolgschaft. Diese Leute um Rösch sehen in den Verlegern immer die Feinde der Komponisten. - Er könne sich nichts davon versprechen, wenn die Vertreter der Gema noch einmal mit der Gegenpartei in einer Beratung zusammengebracht werden würden . - Zunächst muß ermittelt werden,

was

172

was die Gegenparteien zu dem Ergebnis der heutigen Aussprache sagen. Dann könnten evtl. dem Ministerium Vorschläge gemacht werden .

Herr Nentwig führt aus, daß der Herr Minister als Preußischer Minister in dieser Angelegenheit nichts veranlassen könne.

Herr Rauh erwidert: Dies wäre aber doch wohl möglich, wenn beide Teile das Ministerium als Schlichtungsausschuß anerkennen würden .

Herr Nentwig gibt dies zu. Er fügt ferner hinzu, daß die Vertreter der Gema darin Recht hätten, daß man sich schwer eine Konstruktion denken könne, wenn das Verhältnis von G. D. T. und Afma so bleibe wie jetzt.

Die Fortsetzung der Beratung wird voraussichtlich erst im frühen Herbst möglich sein. Bis dahin soll die Stellungnahme der G. D. T. zu dem Ergebnis der heutigen Beratung ermittelt werden .

AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

W 8, PARISER PLATZ 4.

Zunächst wird durch Herrn Reg. Rost festgestellt,
[da]ß Vertreter d. G. D. T. verhindert sind, zu erscheinen.
[Es] wird ein [illegible] von Josef Rösch
[ver]lesen, ferner die 3 Punkte, die in der letzten
[Sitz]ung d. Vorst. u. d. Genossenschaft von Prof. Schumann
[als] Vorschläge aufgestellt wurden.

[Pr]of. Schumann: es sei der allgemeine Wunsch
[der] Tonsetzer, zu einer Einigung zu kommen, die
[e]inen erheblich [illegible] durch das Vorgehen
[der] Gruppen. Es müsse ein Ausgleich zwischen
[mater]ialistischer und idealistischer Macht gefunden werden.

—

[Au]s dem Schreiben von Josef Rösch vom
[1]6. Mai [illegible] festgestellt, daß es keine
Gegenvorschläge enthalte. F

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektionen für Musik.

Berlin, den 11. Juli 1924
Beginn der Sitzung 5,40 Uhr

...wesend unter
Vorsitz des Herrn Prof. Koch
die Herren :
...ersdorffer
...r Baußnern
...usoni
...uon
...ahn
...aun
...och Friedrich E.
...fitzner
...on Reznicek
...charwenka
...chrecker
...chumann
...on Schillings
...eiffert
...aubert
...aubmann
...hiel
...entwig

...öhler
...ienau
...auh

Verlesen werden die Vorschläge des Herrn T i s c h e r und die Stellungnahme des Hofrats R ö s c h in seinem Schreiben vom [illegible]

Es wird festgestellt, daß formelle Gegenvorschläge der G. D. T. auf die Vorschläge der Gema hin nicht gemacht worden sind.

Herr R a u h : Die Vertreter der Gema müssen Herrn Tischer als unberufenen Vermittler ablehnen und können seine Vorschläge nur als Privatunterhandlungen zwischen Herrn Tischer, Schumann und Rösch ansehen .

Herr S c h u m a n n : Als Verhandlungsbasis sollen auch nur die von der Akademie aufgestellten 3 Punkte als von der Akademie ausgehender Vorschlag dienen.

Herr R a u h fragt, ob diese Vorschläge eine Vereinigung zwischen der G. D. T. und der Gema direkt herbeiführen sollen, oder ob ihr Zweck lediglich der sei, dem Ministerium durch die Akademie auf Grund dieser neuen Gesichtspunkte Vorschläge zu machen. Letzteres hätte, von der Akademie ausgehend, sicher großes Gewicht.

Herr

Herr K o c h erwidert: Es sei beides denkbar, das Anstreben ein Einigung und Vorschläge an das Ministerium ; vielleicht aber ergebe sich aus den weiteren Verhandlungen eine Einigung . - Er bedauere, daß die eine Partei, die G. D. nicht vertreten sei. Eine Fortsetzung der Verhandlungen mit beiden Parteien würde wohl frühestens im September möglich sein.

Auf eine Anfrage des Herrn Lienau wird ausdrücklich festgestellt, daß die heute zur Beratung stehenden 3 Punkte einen von der Akademie ausgehenden Vorschlag darstellen .

Herr L i e n a u führt aus: Durch diese neuen Vorschläge würden wohl die letzten Vorschläge der Gema beseitigt. Einiges stimme wohl mit diesen überein, andere Punkte streben wieder auseinander; besonders : die Gema verlangt eine vollständig von der G. D. T. unabhängige ~~Verwertungs~~ Gesellschaft f. Aufführ Ferner, die mechanischen Rechte dürften nicht hereingezogen werden , weil die Ammre jetzt unmöglich aufgelöst werden könne. Herr Rösch verlange die Hereinziehung der mechanischen Rechte, weil er ganz genau weiß, daß daran die Vereinigung scheitern würde.

Herr R a u h wünscht, die Akademie soll gewisse Sätze aufstellen, die sie für maßgebend hält. Direkte Verhandlungen zwischen der G. D. T. und der Gema würden zu gar nichts führen . Jetzt müsse eine mit Autorität bekleidete Behörde wie die Akademie Vorschläge machen. Wenn der andere Teil da nicht entgegenkomme, so trägt er die Verantwortung dafür, daß wieder einmal eine Einigung nicht zustande komme.- Bezüglich der Ammre müsse man abwarten. Auf diesem Gebiete werde die Zeit sicher Rat bringen. - Die G. D. T. habe fast gar nichts mit der Ammre zu tun, die Gema sehr viel.

Herr

 175

Herr S c h u m a n n entgegnet: Auch die Vertreter der ernsten Musik hätten manches mit den mechanischen Rechten zu tun. (Mechanisches Klavier!) - Wenn der Streitpunkt bezüglich der mechanischen Rechte nicht ebenfalls beseitigt würde, dann würde dadurch in späterer Zeit ein neuer Streit entstehen. Es müßten deshalb wenigstens die Gesichtspunkte für eine Einigung auch auf diesem Gebiete aufgestellt werden .

Herr R a u h erwidert, daß auch nach seiner Ansicht natürlich eine rein deutsche Gesellschaft besser sei, als die deutsch-französische Ammre. Diese gemeinsame Gesellschaft sei aber gegründet worden, weil die französischen Verleger schon vorher auf dem Plan waren. Man vereinigte sich mit ihnen, weil man lieber Frieden als Streit haben wollte. Hoffentlich erstarkt die deutsche Gesellschaft aber so, daß sie selbständig werden könne.

Herr J u o n hebt hervor, daß dies schon ein Gesichtspunkt für später sei.

Auch Herr Lienau gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Gesellschaft später eine rein deutsche würde. Der zweite Streitpunkt sei aber die Verteilung der Einkünfte.

Herr R a u h setzt hinzu, daß zuzugeben sei, daß die Art der Verteilung bei der Ammre die Rechte der Komponisten nicht genügend schütze. Auch er würde eine andere Verteilung für besser und richtiger halten .

Herr S c h u m a n n stellt fest, daß die beiden eben erwähnten Punkte die Hauptgesichtspunkte bezüglich der Ammre wären und für die Zukunft im Auge behalten werden müßten, wozu Herr Rauh bemerkt, daß es aber unmöglich sei einen Zeitpunkt festzustellen, wann die Ammre zu einer deutschen Gesellschaft werden könne .

Herr

Herr G ö h l e r wünscht festzustellen, daß die Gema ihren Mitgliedern nicht verbietet auch Mitglieder der Ammre zu werden, wie dies die G. D. T. tut.

Herr R a u h betont, daß man immer die Gema mit den Verlegern verwechsle. Dies sei ganz falsch, denn es gehörten sehr viele Komponisten der Gema an. Es handelt sich nur um 2 Aufführungsanstalten: Die Afma und die Gema und um eine Vereinigung dieser beiden Anstalten. Die Gema gehöre da absolut nicht hinein. - Die Verleger seien durchaus nicht alle nur Vertreter des Kapitals, sondern auch Jdealisten und Schützer der Kunst.

Herr S c h u m a n n entgegnet, daß dies nicht bestritten werden soll. Der Komponist schafft, dies sei eine reine ideelle Aufgabe. Der Verleger vertreibt die Werke, dies sei aber doch mehr eine geschäftliche Aufgabe.

Herr v. B a u ß n e r n weist darauf hin, daß der Komponist ein Jnteresse daran habe, seine Werke in die Oeffentlichkeit zu bringen und daß auch er letzten Endes damit etwas verdienen will.

Herr R a u h: Die G. D. T. werde immer der Gema gegenübergestellt. Dies sei ganz falsch, der G. D. T. stehe nur der Verlegerverein gegenüber. Nur Afma und Gema könne man einander gegenüberstellen.

Herr N e n t w i g meint dazu: Es dürfe da aber die enge Verbindung der Afma mit der G. D. T. nicht verkannt werden.

Herr L i e n a u legt dar, daß die Verleger im Grunde genommen selbst für später ein Zusammengehen mit der Ammre wünschen. Die jetzt bestehenden Schwierigkeiten liegen aber an deren Form, sie ist eine Aktiengesellschaft. Die Organisation der Ammre werde auch von den Verlegern bemängelt, ebenso die Verteilung der Anteile.

Herr

176

Herr R a u h fügt hinzu, daß er selbst nicht Mitglied der Ammre sei, weil er diese beiden Punkte nicht billige.

Herr K o c h wünscht, daß in der heutigen Beratung doch möglichst schon die Gesichtspunkte festgestellt werden, die für eine Vereinigung der Ammre aufgestellt werden können, da doch jetzt festgestellt sei, daß auch die Gema den Wunsch habe, später mit der Ammre zusammenzugehen.

Herr S c h u m a n n: Die G. D. T. habe den Wunsch, möglichst sofort mit der Ammre zusammenzugehen.

Herr R a u h erwidert, dies werde kaum möglich sein, doch könne man schon jetzt etwa folgende Punkte fixieren:

1. Sobald als möglich, soll die Regelung der mechanischen Rechte auf eine nationale Basis gestellt werden.
2. Erwünscht ist eine gemeinsame Gesellschaft für mechanische Rechte, die den vollen Reingewinn ausschüttet und keine Dividende verteilt.
3. Gewünscht wird die Aufstellung allgemeiner Grundsätze über die Verteilung der Einkünfte unabhängig mit den Vertretern und den Komponisten.

Es wird alsdann zu der Beratung des 2. Punktes der Vorschläge der Akademie übergegangen.

Herr R a u h fragt, wie die Akademie zu der Zumutung komme, daß die eine Gesellschaft die G. D. T. beansprucht ebensoviel Stimmen zu haben, wie die beiden anderen Gesellschaften zusammen.

Herr S c h u m a n n erwidert: Damit sie nicht überstimmt werden kann.

Herr R a u h entgegnet: An der Wahl des Leiters werde die ganze Sache schon scheitern, weil darin jeder Partei sei.

Herr Roesch gehe davon aus, daß die Gema mit der österreichischen Gesellschaft immer gegen die G. D. T. sei. - Die Schwierigkeiten der österreichischen Gesellschaft

beständen

beständen aber darin, daß nur 2 Leiter vorhanden seien. Wenn die G. D. T. als dritte Partei hinzukomme, so wäre es doch so natürlich, daß die beiden deutschen Gesellschaften sich selbst näherkommen, als die der Oesterreicher. - Der Vertrag mit den Oesterreichern läuft 1926 ab.

Herr Schumann stellt fest, daß also auch in diesem Punkte die Möglichkeit bestände, (zu mindestens schon 1926) sich näherzukommen.

Herr Rauh erwidert: Die Möglichkeit des Näherkommens bestehe natürlich. Die G. D. T. kenne aber nur Kampf.

Herr Schumann widerspricht dem : Herr Rauh meine wohl nur die Persönlichkeit des Herrn Rösch.

Herr Rauh gibt dies zu und bemerkt, daß er nicht die G. D. T. im allgemeinen mit dieser Aeußerung treffen wolle.

Gegenüber einer Bemerkung des Herrn Schumann, daß die G. D. T. alle ernsten Komponisten umfasse, weist Herr Rauh darauf hin, daß dies nicht richtig sei. So sei Weingärtner zu den Oesterreichern übergegangen, Herr Göhler sei bei der Gema. - Leider habe die ernste Musik für die Aufführungsanstalt weit weniger Bedeutung, als die Unterhaltungsmusik.

Herr Schumann entgegnet: Dann hätten die ernsten Musiker ja gar nichts in einer Aufführungsanstalt zu suchen.

Herr Rauh widerspricht dem : Die ernsten Musiker würden in der Gema sehr viel in musikalischen Fragen mitzusprechen haben. Freilich arbeitet eine Aufführungsanstalt hauptsächlich mit der Unterhaltungsmusik, mit dem Repertoir. Ein pekuniäres Jnteresse an der Vereinigung bestehe für die Gema also nicht, wohl aber ein sehr großes ideelles.

Herr Schumann : Auch für die G. D. T. bestehen ideelle

Gründe

Gründe für die Vereinigung. Die Musikpflege in Deutschland dürfte nicht länger unter dem Zwiespalt leiden.

Herr Rauh stimmt dem lebhaft bei. - Auf Befragen erklärt er, daß der österreichische Vertreter, der eine der beiden Direktoren immer in Deutschland weile.

Herr Koch fragt, ob dieser eine österreichische Vertreter nicht seine Rechte auf den Leiter der Gema übertragen würde.

Herr Rauh erwidert: Dies wäre sehr schön, es sei vielleicht auch nicht unmöglich, dies später einmal zu erreichen. Jedenfalls müsse aber ein Kampf mit den Oesterreichern vermieden werden, weil diese hauptsächlich das Repertoir hätten. - Er kommt dann zurück auf die Forderung der Gema, daß Afma von der G. D. T. getrennt wird.

Herr Schumann weist, wie schon in der vorigen Sitzung darauf hin, daß von der G. D. T. dann kaum mehr etwas übrig bleiben würde. Sie habe keine Aufgaben mehr.

Herr Rauh entgegnet: Sie könne eine reine Komponisten-Gesellschaft zum Zwecke der Vertretung der Jnteressen der Komponisten bleiben.

Herr Schumann erwidert: Die G. D. T. sei wohl eine Komponisten-Gesellschaft aber begründet zum Zwecke der Vertretung der Aufführungsrechte! Eigentlich verwerte diese nicht die Afma, sondern die G. D. T.

Herr Koch weist darauf hin, daß in anderen Ländern z. B. in Holland die ernsten Komponisten gar keinen Anteil an den Aufführungsgenossenschaften nehmen, weil sie nichts darin zu sagen haben. Ebenso sei es in Paris.

Herr Rauh bestreitet dieses für Holland. - Die G. D. T. soll eine Gesellschaft lediglich zur Vertretung der Jnteressen der Komponisten sein. Dies könne der allgemeine deutsche Musikerverein, da er nicht bloß aus Komponisten bestehe.-

Von

Von der Beteiligung der Trennung der G. D. T. von der Afma könne die Gema nicht abgehen. Die G. D. T. als Komponisten-Gesellschaft könne die Aufführungsrechte nicht vertreten. Die gegenwärtige Geschäftsführung der G. D. T. habe die größten Fehler gemacht.

Herr S c h u m a n n antwortet: Vermittlungsversuche würden ganz aussichtslos sein, wenn alles von der Personenfrage abhängig gemacht werden würde. Man kann nicht verlangen, daß Rösch einfach abgesetzt werde.

Herr R a u h erwidert: Eine neue Gesellschaft oder die österreichische Gesellschaft würde sich nicht solche Möglichkeit aussuchen, wie sie der Braunschweiger Prozeß ergeben habe. Seitens des Herrn Rösch sei durch Aenderung eines Datums damals ein Betrug begangen worden, wie das gerichtliche Urteil ergab.

Herr J u o n meint, solche Sachen seien vielleicht auch auf der Gegenseite vorgekommen.

Herr R a u h verwahrt sich entschieden dagegen und verlangt Beweise für eine solche Behauptung. Er habe von dem Braunschweiger Prozeß gesprochen, damit Herr Ministerialdirektor N e n t w i g erfahre, weshalb die Vertreter der Gema sich mit Herrn Rösch nicht mehr an dem Beratungstisch zusammensetzen können. Er sei bereit, das Ausgeführte schriftlich zu wiederholen um Herrn Rösch Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern.

Herr S c h u m a n n entgegnet: Die Akademie könne sich von der Gema nicht Vorschriften machen lassen, sie soll die Forderung stellen, daß die G. D. T. Herrn Rösch fallen lasse.

Herr K o c h schlägt vor, es soll nur ein Direktor für die 3 Gesellschaften gewählt werden und zwar von den Mitgliedern mit gleichem Stimmrecht.

Herr

178

Herr R a u h meint, damit wäre er sehr einverstanden. Bedeutung für die Vereinigung bleibt, was er auch wiederholt betonen müsse, die Trennung von G. D. T. und Afma oder die Beseitigung von deren geschäftlicher Führung, Wenn Rösch beseitigt werden würde, dann wäre vielleicht sogar eine Trennung von G. D. T. und Afma nicht nötig.

Herr S c h u m a n n weist darauf hin , daß Rösch noch eine sehr starke Gefolgschaft habe. Er werde sagen, die G. D. T. soll gezwungen werden, sich unter die Macht der Verleger zu begeben. Einer solchen Möglichkeit gegenüber möchte er heute wiederholt darauf hinweisen, daß man die Waffen der Gegner nicht schärfen dürfe.

Herr G ö h l e r bemerkt, daß er auch als Komponist nicht für eine Einigung eintreten könne, wenn eine Persönlichkeit wie Herr Rösch in die jetzt sehr gute Leitung der Gema hineinkommen würde. Die Gema wolle nicht Unfrieden in ihr eigenes Haus tragen. Die Gema bestehe aus Komponisten und Verlegern. Jn ihr würde nicht einer die Komponisten gegen die Verleger ausspielen. Es wäre viel besser, beide Gesellschaften würden weiter nebeneinander bestehen, als eine Vereinigung , in der eine Persönlichkeit eintreten würde, die immer wieder Anlaß zu neuem Unfrieden geben würde. Für eine Einigung sei auch die Verbindung der Afma mit der G. D. T. undenkbar, denn beide Gesellschaften müßten vollkommen frei und unabhängig sein, sonst würden immer wieder Dissonanzen entstehen .

Herr S c h u m a n n entgegnet: Die G. D. T. und Afma könnten ja eine einheitliche Gesellschaft sein .

Herr R a u h erwidert: Entweder werde die G. D. T. von der Afma getrennt, oder die G. D. T. wird selbst eine reine Aufführungsgesellschaft.

Herr S c h u m a n n antwortete: Daß dies vielleicht möglich sei.

Man

Man dürfe aber nicht verkennen, daß ein gewaltiger Unterschied zwischen den Aufgaben der G. D. T. und der Gema bestehe.

Herr von B a u ß n e r n meint, man könne vielleicht aus der G. D. T. und Afma eine Aufführungs-Gesellschaft machen mit einem Gremium von Komponisten zur künstlerischen Aufsicht und Wahrung der Sozial- und Ehrenrechte der Komponisten .

Herr R a u h wünscht nochmal klar zu betonen, daß eine Verständigung nur zwischen zwei reinen Aufführungsgesellschaften möglich sei .

Herr S c h u m a n n entgegnet, daß dieser Standpunkt den Weg zur Verständigung ungemein erschwere, da er die Auflösung der G. D. T. voraussehe.

Herr R a u h widerspricht dem, da die Gema juristische Person zu werden braucht. Die G. D. T. könne bestehen bleiben. Auch die Verleger hätten ein lebhaftes Jnteresse daran, daß eine Komponistenvertretung bestehe.

Herr K o c h verliest den 3. Punkt der Vorschläge, worauf Herr Rauh fragt, ob sich diese auch auf die Oesterreicher beziehen.

Herr L i e n a u weist darauf hin, daß ähnliches schon in den letzten Vorschlägen der Gema enthalten sei. Die Anwesenden sind sich einig, daß der dritte Punkt keine besonderen Schwierigkeiten bereiten wird.

Herr S c h u m a n n bittet noch einmal im allgemeinen die Vertreter der Gema um möglichstes Entgegenkommen.

Herr R a u h antwortet: Die Gema würde aber jedenfalls nicht davon abgehen, keinen Unfrieden in die Gema tragen zu lassen . Rösch habe, wie Herr Schumann selbst sagte, noch eine große Gefolgschaft. Diese Leute um Rösch sehen in den Verlegern immer die Feinde der Komponisten. - Er könne sich nichts davon versprechen, wenn die Vertreter der Gema noch einmal mit der Gegenpartei in einer Be-

ratung

179

ratung zusammengebracht werden würden . - Zunächst muß ermittelt werden, was die Gegenpartei(en) zu dem Ergebnis der heutigen Aussprache sagen . Dann könnten evtl. dem Ministerium Vorschläge gemacht werden .

Herr N e n t w i g führt aus, daß der Herr Minister als Preußischer Minister in dieser Angelegenheit nichts veranlassen könne.

Herr R a u h erwidert : Dies wäre aber doch wohl möglich, wenn beide Teile das Ministerium als Schlichtungsausschuß anerkennen würden.

Herr N e n t w i g gibt dies zu. Er fügt ferner hinzu, daß die Vertreter der Gema darin Recht hätten, daß man sich schwer eine Konstruktion denken könne, wenn das Verhältnis von G. D. T. und Afma so bleibe wie jetzt .

Die Fortsetzung der Beratung wird voraussichtlich erst im frühen Herbst möglich sein. Bis dahin soll die Stellungnahme der G. D. T. zu dem Ergebnis der heutigen Beratung ermittelt werden .

Prot. [illegible]

Anwesenheitsliste

zur Sitzung des Senats und der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik am Freitag den 11. Juli 1924 nachm. 5 1/2 Uhr.

Fr. E. Koch

Paul Juon

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

R. Lienau

[illegible]

Georg Schumann

Robert Kahn

i. V. Prof. Dr. [illegible]

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik .

Anwesend unter
dem Vorsitz des Herrn Prof. Koch
die Herren :
Schumann
Friedr. E. Koch
Taubmann
v. Baußnern
Seiffert
Kahn
Juon

Berlin, den 30. Juni 1924
Beginn der Sitzung: 6 Uhr

Die Anwesenden der G. D. T. sehen vorläufig davon ab, eine Generalversammlung der G. D. T. zu beantragen.

Herr S c h u m a n n beantragt evtl. die Grundsätze von Dr. T i s c h e r als eine Verhandlungsbasis zwischen G. D. T. und der Gema zu benutzen.

Herr Schumann berichtet ferner, daß er von R ö s c h keinerlei Aeußerungen über die Stellungnahme der G. D. T. erhalten habe.

Herr K o c h verliest einen Brief des Herrn B e h m , in diesem versucht Behm festzustellen, daß sich Hofrat R ö s c h keiner Verzögerung in den Verhandlungen schuldig gemacht habe.

Herr S c h u m a n n erklärt ausdrücklich, daß er zu keiner Zeit von R ö s c h einen Auftrag erhalten habe (ebenso nicht von der G. D. T.) Aeußerungen über die Vorschläge von Dr. T i s c h e r an die Akademie weiterzugeben. Jm Gegenteil, er habe mit R ö s c h klipp und klar verabredet, daß R ö s c h ihm bestimmte Mitteilungen über

die

I No. 236.

Es wird hiermit bescheinigt, dass die Königliche Akademie der Künste für die in ihren Sälen Unter den Linden 38 zu Ehren des Herrn Professors
veranstaltete Ausstellung von
leihweise erhalten hat:

Werth: Mk.
" "
" "

Die Königliche Akademie der Künste erklärt durch diesen Schein, dass d genannte Kunstwerk dem angegebenen Werthe entsprechend gegen jeden Brandschaden, der während Entfernung aus dem Hause des Besitzers etwa betrifft, versichert und übernimmt sämmtliche aus dem Hin- und Rücktransport d Kunstwerk erwachsenden Kosten.

Der Präsident. Der Erste Ständige Sekretär.

BERLIN, den ten 190 .
N.W., Universitätsstrasse 6.

die Stellungnahme der G. D. T. mitteilen soll, zur sofortigen Weitergabe an die Akademie. Jn Abständen von 4 Wochen habe er den Hofrat R ö s c h brieflich gebeten, ihm diese Mitteilungen zukommen zu lassen, er wäre jedoch bis heute ohne Antwort geblieben.

Herr S c h u m a n n formuliert 3 Punkte die möglichst als vorläufige Verhandlungsbasis betrachtet werden mögen :

1. Es sollen die Gesichtspunkte über die Regelung der mechanischen Rechte gleich von Anfang an mit den anderen Verhandlungspunkten festgestellt werden.
2. Die Verleger sollen mit den Oesterreichern zusammen eine geschlossene Gruppe bilden , die nur zur Vertretung eines einzigen Vertreters berechtigt sein soll.
3. Die so geschaffene Einheit mit der G. D. T. soll geschlossen dem Ausland gegenüber als Verhandlungskörper aufgestellt werden .

Die Akademie wird beauftragt für die zweite Juliwoche eine Sitzung beider Gruppem einzuberufen, in welcher die 3 genannten Punkte zur Diskussion gestellt werden sollen .

Den Antrag des Musikers Herrn P r ü m e r s kann die Akademie nicht befürworten, da er ~~zuviel~~ unrichtige Angaben enthält, die eine Gesetzesänderung notwendig machen würden .

[signature] [signature]

182

A n w e s e n h e i t s l i s t e

zu einer Sitzung des Senates und der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik am 30. Juni 1924 abends 6 Uhr.

1 g. z. Prof. Dr. Schumann

2 – " – Fr. E. Koch

3 Taubmann

4 g. z. Prof. v. Baußnern

5 Seiffert

6 Kahn

7 Schreker

8

9

10

11

12

13

14

15

KÖNIGLICHE AKADEMIE DER KÜNSTE IN BERLIN

BERLIN, den ....ten 190
N.W., Universitätsstrasse 6.

Es wird hiermit bescheinigt, dass die Königliche Akademie der Künste für die in ihren Sälen Unter den Linden 38 zu Ehren des Herrn Professors

veranstaltete Ausstellung von

....

leihweise erhalten hat:

.... Werth: .... Mk.

.... „ .... „

.... „ .... „

Die Königliche Akademie der Künste erklärt durch diesen Schein, dass d genannte Kunstwerk dem angegebenen Werthe entsprechend gegen jeden Brandschaden, der .... während .... Entfernung aus dem Hause des Besitzers etwa betrifft, versichert .... und übernimmt sämmtliche aus dem Hin- und Rücktransport d Kunstwerk erwachsenden Kosten.

Der Präsident. Der Erste Ständige Sekretär.

H. Eck.

I No. 235.

138

Verhandelt in der Akademie der Künste, Genossenschaft und im Senat, Sektion für Musik, - Aussprache über die Angelegenheit der Verhandlungen mit der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und der Gema.

Berlin, den 28. Mai 1924.
Beginn der Sitzung 6 1/4 Uhr.

K. Akademie d. Künste-Berlin
№ 0203 * -5. JUN. 1924
Anl.

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Professors Koch die Herren:

Amersdorffer
von Baußnern
Juon
Kahn
Koch Friedr. E.
Rezniceck
Scharwenka
Schumann
Nentwig
Seiffert

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende des verstorbenen Geheimrats Kretzschmar, der Bedeutung seiner Lebensarbeit und seiner innigen Beziehungen zur Akademie. Die Anwesenden erheben sich zu Kretzschmars Gedächtnis von ihren Sitzen. Professor Koch bittet zunächst Herrn Professor Amersdorffer über den Verlauf der Verhandlungen mit der G. D. T. zu berichten. Professor Amersdorffer verliest die Korrespondenz, aus der hervorgeht, daß die Akademie wiederholt die G. D. T. ernstlich ~~gewarnt~~ gemahnt hat, ihre Stellungnahme zu den letzten Vorschlägen der Gema bekanntzugeben. Herr Professor Amersdorffer verliest weiterhin ein Schreiben von Dr. Tischer an Professor Schumann, das Vorschläge für einen Einigungsversuch enthält. Professor Schumann berichtet, daß auf Tischers Brief von ihm eine Besprechung angeregt worden sei. Jn dieser versprach Rösch eine Vorstandssitzung der G. D. T. anzuberaumen, und Schumann sollte den Bericht über diese an die Akademie weitergeben. Trotz wiederholter Versuche Schumanns ist von Seiten Röschs keine Jnformation gekommen, ebenso ist nicht festzustellen, ob eine Vorstandssitzung der G. D. T. stattgefunden hat.

Herr

Herr Professor Amersdorffer weist ausdrücklich darauf hin, daß die schriftlichen Aeußerungen von Rösch nicht ein Resultat der Beschlüsse des G. D. T.-Vorstandes darstellen, sondern nur die persönliche Meinung von Rösch selbst.

Durch einen Hinweis von Professor Reznicek wird erkenntlich, daß das Vorgehen von Rösch in der Frage der mechanischen Rechte eine ganz besondere Schwierigkeit in den Verhandlungsfragen herbeigeführt hat.

Professor Schumann stellt fest, daß die Verträge der Gema einen unverhältnismäßig größeren Gewinn aufweisen, als diejenigen der G. D. T.

von Baußnern macht folgende Vorschläge: Die anwesenden Mitglieder des Senats, die zugleich Mitglieder der G. D. T. sind, mögen ihren sofortigen Austritt aus der G. D. T. erklären, die Akademie möge beschließen, dieses der G. D. T. zur Kenntnis zu geben. Rösch hätte, wie erwartet werden konnte, die ganze Angelegenheit verschleppt und in die Richtung einer persönlichen Machtfrage gebracht, deshalb müsse jetzt die Konsequenz gezogen werden, aus einem Schreiben der Mitglieder der G. D. T.(s. Zt. in der Akademie formuliert), in welchem Rösch ganz unzweideutig vor eine Alternative gestellt worden sei.

Die anwesenden Mitglieder können sich den Ausführungen von Baußnern' nicht anschließen.

Herr Ministerialdirektor Nentwig schlägt vor, die Schriftstücke in dieser Angelegenheit allen Vorstandsmitgliedern der G. D. T. zur Kenntnis zu geben(Strauß, Rösch, Schumann, Reznicek und Behn).

Reznicek wirft die Frage auf, ob die sogenannte Generalvollmacht von Rösch, die Sachen der G. D. T. allein zu entscheiden, nicht etwa wieder umgestoßen werden könne, und ob diese Generalvollmacht juristisch überhaupt unantastbar sei.

Professor Koch schlägt vor, daß evtl. die Akademie an das Kultusministerium herantreten möge, mit dem dringenden Ersuchen, in der Frage des Urheberrechts insofern einzugreifen, als das Kultusministerium bei der Reichsgesetzgebung vorstellig werden möge, die Frage des Urheberrechts endgültig zugunsten der schaffenden Künstler zu regeln.

Herr Ministerialdirektor Nentwig erwidert, daß dies nur durch sehr langwierige Verhandlungen in Gang gebracht werden könne, da alle maßgeblichen Ministerien noch auf lange Zeit hinaus mit gesetzgeberischen Aufgaben beschäftigt seien und außerdem zu erwarten sei, daß bei einem Vorgehen der Komponisten auch die Vertreter der anderen Künste die gleichen Forderungen erheben würden.

Von anwesenden Mitgliedern der G. D. T. wird beschlossen, in der Generalversammlung der G. D. T. energisch auf eine Entscheidung über die Stellungnahme der G. D. T. in der ganzen Konfliktsangelegenheit hinzuarbeiten.

Professor Schumann verliest ein Schreiben, enthaltend die Aeußerungen der Gema über die Vorschläge von Dr. Tischer. Es wird angestrebt, baldigst durch eine genügende Anzahl von Berliner Mitgliedern der G. D. T. den Antrag zu stellen, daß möglichst noch im Juni eine Generalversammlung der G. D. T. stattfinden kann.

[Signatures: illegible] Friedr. E. Koch

Verhandelt in der Akademie der Künste, Genossenschaft und im Senat, Sektion für Musik. - Aussprache über die Angelegenheit der Verhandlungen mit der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und der Gema.

Berlin, den 28. Mai 1924.
Beginn der Sitzung 6 1/4 Uhr.

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Professors Koch die Herren :

Amersdorffer
von Baußnern
Juon
Kahn
Koch Friedr. E.
Reznicek
Scharwenka
Schumann
Nentwig
Seiffert

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende des verstorbenen Geheimrats Kretzschmar, der Bedeutung seiner Lebensarbeit und seiner innigen Beziehungen zur Akademie. Die Anwesenden erheben sich zu Kretzschmars Gedächtnis von ihren Sitzen.

Professor Koch bittet zunächst Herrn Professor Amersdorffer über den Verlauf der Verhandlungen mit der G. D. T. zu berichten.

Professor Amersdorffer verliest die Korrespondenz, aus der hervorgeht, daß die Akademie wiederholt die G. D. T. ernstlich gemahnt hat, ihre Stellungnahme zu den letzten Vorschlägen der Gema bekanntzugeben. Herr Professor Amersdorffer verliest weiterhin ein Schreiben von Dr. Tischer an Professor Schumann, das Vorschläge für einen Einigungsversuch enthält.

Professor Schumann berichtet, daß auf Tischers Brief von ihm eine Besprechung angeregt worden sei. Jn dieser versprach Rösch eine Vorstandssitzung der G. D. T. anzuberaumen, und Schumann sollte den Bericht über die-

-22

se an die Akademie weitergegeben. Trotz wiederholter Versuche Schumanns ist von Seiten Röschs keine Jnformation gekommen, ebenso ist nicht festzustellen, ob eine Vorstandssitzung der G. D. T. stattgefunden hat.

Herr Professor A m e r s d o r f f e r weist ausdrücklich darauf hin, daß die schriftlichen Aeußerungen von Rösch nicht ein Resultat der Beschlüsse des G. D. T.-Vorstandes darstellen, sondern nur die persönliche Meinung von Rösch selbst.

Durch einen Hinweis von Professor Reznicek wird erkenntlich, daß das Vorgehen von Rösch in der Frage der mechanischen Rechte eine ganz besondere Schwierigkeit in den Verhandlungsfragen herbeigeführt hat.

Professor S c h u m a n n stellt fest, daß die Verträge der Gema einen unverhältnismäßig größeren Gewinn aufweisen, als diejenigen der G. D. T.

von B a u ß n e r n macht folgende Vorschläge: Die anwesenden Mitglieder des Senats, die zugleich Mitglieder der G. D. T. sind, mögen ihren sofortigen Austritt aus der G. D. T. erklären, die Akademie möge beschließen, dieses der G. D. T. zur Kenntnis zu geben. Rösch hätte, wie erwartet werden konnte, die ganze Angelegenheit verschleppt und in die Richtung einer persönlichen Machtfrage gebracht, deshalb müsse jetzt die Konsequenz gezogen werden aus einem Schreiben der Mitglieder der G. D. T. (s. Zt. in der Akademie formuliert), in welchem Rösch ganz unzweideutig vor eine Alternative gestellt worden sei.

Die anwesenden Mitglieder können sich den Ausführungen von Baußnerns nicht anschließen.

Herr Ministerialdirektor N e n t w i g schlägt vor, die Schriftstücke in dieser Angelegenheit allen Vorstandsmitgliedern der G. D. T. zur Kenntnis zu geben (Strauß, Rösch, Schumann, Reznicek und Behn).

Reznicek

Reznicek wirft die Frage auf, ob die sogenannte Generalvollmacht von Rösch, die Sachen der G. D. T. allein zu entscheiden, nicht etwa wieder umgestoßen werden könne, und ob diese Generalvollmacht juristisch überhaupt unantastbar sei.

Professor K o c h schlägt vor, daß evtl. die Akademie an das Kultusministerium herantreten möge, mit dem dringenden Ersuchen, in der Frage des Urheberrechts insofern einzugreifen, als das Kultusministerium bei der Reichsgesetzgebung vorstellig werden möge, die Frage des Urheberrechts endgültig zugunsten der schaffenden Künstler zu regeln.

Herr Ministerialdirektor N e n t w i g erwidert, dass dies nur durch sehr langwierige Verhandlungen in Gang gebracht werden könne, da alle maßgeblichen Ministerien noch auf lange Zeit hinaus mit gesetzgeberischen Aufgaben beschäftigt seien und außerdem zu erwarten sei, daß bei einem Vorgehen der Komponisten auch die Vertreter der anderen Künste die gleichen Forderungen erheben würden.

Von anwesenden Mitgliedern der G. D. T. wird beschlossen, in der Generalversammlung der G. D. T. energisch auf eine Entscheidung über die Stellungnahme der G. D. T. in dem ganzen Konfliktsangelegenheit hinzuarbeiten.

Professor S c h u m a n n verliest ein Schreiben, enthaltend die Aeußerungen der Gema über die Vorschläge von Dr. Tischer. Es wird angestrebt, baldigst durch eine genügende Anzahl von Berliner Mitgliedern der G. D. T. den Antrag zu stellen, daß möglichst noch im Juni eine Generalversammlung der G.D.T. stattfinden kann.

gez. v. Baußnern. gez. Fried. E. Koch.

Verhandelt in der Akademie der Künste, Genossenschaft und im Senat, Sektion für Musik. - Aussprache über die Angelegenheit der Verhandlungen mit der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und der Gema.

Berlin, den 28. Mai 1924.
Beginn der Sitzung 6 1/4 Uhr.

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Professors Koch die Herren :

Amersdorffer
von Baußnern
Juon
Kahn
Koch Friedr. E.
Reznicek
Scharwenka
Schumann
Wentwig
Seiffert

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende des verstorbenen Geheimrats Kretzschmar, der Bedeutung seiner Lebensarbeit und seiner innigen Beziehungen zur Akademie. Die Anwesenden erheben sich zu Kretzschmars Gedächtnis von ihren Sitzen.

Professor K o c h bittet zunächst Herrn Professor Amersdorffer über den Verlauf der Verhandlungen mit der G. D. T. zu berichten.

Professor A m e r s d o r f f e r verliest die Korrespondenz, aus der hervorgeht, daß die Akademie wiederholt die G. D. T. ernstlich gemahnt hat, ihre Stellungnahme zu den letzten Vorschlägen der Gema bekanntzugeben. Herr Professor Amersdorffer verliest weiterhin ein Schreiben von Dr. Tischer an Professor Schumann, das Vorschläge für einen Einigungsversuch enthält.

Professor S c h u m a n n berichtet, daß auf Tischers Brief von ihm eine Besprechung angeregt worden sei. Jn dieser versprach Rösch eine Vorstandssitzung der G. D. T. anzuberaumen, und Schumann sollte den Bericht über die-

-22

se an die Akademie weitergegeben. Trotz wiederholter Versuche Schumanns ist von Seiten Röschs keine Jnformation gekommen, ebenso ist nicht festzustellen, ob eine Vorstandssitzung der G. D. T. stattgefunden hat.

Herr Professor Amersdorffer weist ausdrücklich darauf hin, daß die schriftlichen Aeußerungen von Rösch nicht ein Resultat der Beschlüsse des G. D. T.-Vorstandes darstellen, sondern nur die persönliche Meinung von Rösch selbst.

Durch einen Hinweis von Professor Reznicek wird erkenntlich, daß das Vorgehen von Rösch in der Frage der mechanischen Rechte eine ganz besondere Schwierigkeit in den Verhandlungsfragen herbeigeführt hat.

Professor Schumann stellt fest, daß die Verträge der Gema einen unverhältnismäßig größeren Gewinn aufweisen, als diejenigen der G. D. T.

von Baußnern macht folgende Vorschläge: Die anwesenden Mitglieder des Senats, die zugleich Mitglieder der G. D. T. sind, mögen ihren sofortigen Austritt aus der G. D. T. erklären, die Akademie möge beschließen, dieses der G. D. T. zur Kenntnis zu geben. Rösch hätte, wie erwartet werden konnte, die ganze Angelegenheit verschleppt und in die Richtung einer persönlichen Machtfrage gebracht, deshalb müsse jetzt die Konsequenz gezogen werden aus einem Schreiben der Mitglieder der G. D. T. (s. Zt. in der Akademie formuliert), in welchem Rösch ganz unzweideutig vor eine Alternative gestellt worden sei.

Die anwesenden Mitglieder können sich den Ausführungen von Baußnerns nicht anschließen.

Herr Ministerialdirektor Nentwig schlägt vor, die Schriftstücke in dieser Angelegenheit allen Vorstandsmitgliedern der G. D. T. zur Kenntnis zu geben (Strauß, Rösch, Schumann, Reznicek und Behn).

Reznicek

Reznicek wirft die Frage auf, ob die sogenannte Generalvollmacht von Rösch, die Sachen der G. D. T. allein zu entscheiden, nicht etwa wieder umgestoßen werden könne, und ob diese Generalvollmacht juristisch überhaupt unantastbar sei.

Professor Koch schlägt vor, daß evtl. die Akademie an das Kultusministerium herantreten möge, mit dem dringenden Ersuchen, in der Frage des Urheberrechts insofern einzugreifen, als das Kultusministerium bei der Reichsgesetzgebung vorstellig werden möge, die Frage des Urheberrechts endgültig zugunsten der schaffenden Künstler zu regeln.

Herr Ministerialdirektor Nentwig erwidert, dass dies nur durch sehr langwierige Verhandlungen in Gang gebracht werden könne, da alle maßgeblichen Ministerien noch auf lange Zeit hinaus mit gesetzgeberischen Aufgaben beschäftigt seien und außerdem zu erwarten sei, daß bei einem Vorgehen der Komponisten auch die Vertreter der anderen Künste die gleichen Forderungen erheben würden.

Von anwesenden Mitgliedern der G. D. T. wird beschlossen, in der Generalversammlung der G. D. T. energisch auf eine Entscheidung über die Stellungnahme der G. D. T. in der ganzen Konfliktsangelegenheit hinzuarbeiten.

Professor Schumann verliest ein Schreiben, enthaltend die Aeußerungen der Gema über die Vorschläge von Dr. Tischer. Es wird angestrebt, baldigst durch eine genügende Anzahl von Berliner Mitgliedern der G. D. T. den Antrag zu stellen, daß möglichst noch im Juni eine Generalversammlung der G.D.T. stattfinden kann.

gez. v. Baußnern. gez. Fried. E. Koch.

Anwesenheitsliste

zur Aussprache in der Genossenschaft und im Senat, Sektion für Musik über die Angelegenheit der Verhandlungen mit der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und der Gema; abends 8 Uhr am 28./II.24.

Nr.	Namen	Lfd. Nr.	Namen
1	[illegible]	14	
2	E. N. v. Reznicek	15	
3	Paul Juon	16	
4	Scharwenka.	17	
5	Robt Kahn	18	
6	Friedr. Koch	19	
7	[illegible]	20	
8	[illegible]	21	
9	[illegible]	22	
10		23	
11		24	
12		25	
13		26	

KÖNIGLICHE AKADEMIE DER KÜNSTE IN BERLIN

BERLIN, den ...... ten ...... 190 ..
N.W., Universitätsstrasse 6.

Es wird hiermit bescheinigt, dass die Königliche Akademie der Künste für die in ihren Sälen Unter den Linden 38 zu Ehren des Herrn Professors

veranstaltete Ausstellung von

leihweise erhalten hat:

.... Werth: .... Mk.

.... " .... "

.... " .... "

Die Königliche Akademie der Künste erklärt durch diesen Schein, dass d genannte Kunstwerk dem angegebenen Werthe entsprechend gegen jeden Brandschaden, der .... während .... Entfernung aus dem Hause des Besitzers etwa betrifft, versichert .... und übernimmt sämmtliche aus dem Hin- und Rücktransport d Kunstwerk erwachsenden Kosten.

Der Präsident. Der Erste Ständige Sekretär.

H. Ende.

I No. 235.

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik.

K. Akademie d. Künste-Berlin
№ 0209 * - 5. JUN. 1924

Berlin, den 28. Mai 1924.
Beginn der Sitzung 5 1/3 Uhr.

Anwesend unter
dem Vorsitz des Herrn Koch
die Herren :

von Baußnern
Busoni
Juon
Kahn
Kaun
Koch Friedr. E.
Pfitzner
Rezniceck
~~Scharwenka~~
von Schillings
Schreker
Schumann
Taubert
Taubmann

1. Wahl des Vorsitzenden u. Stellvertreters der Genossenschaft.

Wiedergewählt wurden von 7 anwesenden Mitgliedern die Herren Koch: I. Vorsitzender, Taubert als Stellvertreter.

2. Wahl v. Senatsmitgliedern

Wiedergewählt wurden von 7 anwesenden Mitgliedern Herren Koch u. Taubert.

Friedr. E. Koch
[illegible]

Anwesenheitsliste

zur Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik am 28.IV.24 5½ Uhr

1 Schumann
2 Scharwenka
3 E. N. v. Reznicek
4 [illegible]
5 Rob. Kahn
6 g. z. Prof. Taubert
7 Fr. E. Koch
8 [illegible]
9
10
11
12
13
14

KÖNIGLICHE AKADEMIE DER KÜNSTE IN BERLIN

BERLIN, den ....ten.... 190 .
N.W., Universitätsstrasse 6.

Es wird hiermit bescheinigt, dass die Königliche Akademie der Künste für die in ihren Sälen Unter den Linden 38 zu Ehren des Herrn Professors

veranstaltete Ausstellung von

leihweise erhalten hat:

.... Werth: .... Mk.
.... " .... "
.... " .... "

Die Königliche Akademie der Künste erklärt durch diesen Schein, dass d genannte Kunstwerk dem angegebenen Werthe entsprechend gegen jeden Brandschaden, der .... während .... Entfernung aus dem Hause des Besitzers etwa betrifft, versichert .... und übernimmt sämmtliche aus dem Hin- und Rücktransport d Kunstwerk erwachsenden Kosten.

Der Präsident. Der Erste Ständige Sekretär.

H. Ende.

I No. 235.

173

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik.

Berlin, den 28. Mai 1924
Beginn der Sitzung 5 3/4 Uhr.

Anwesend unter dem Vorsitz des Herrn K o c h die Herren :

von Baußnern
Juon
Kahn
Koch Friedr. E.
Reznicek
Schumann
Taubert

1. Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreters der Genossenschaft.

Wiedergewählt wurden von 7 anwesenden Mitgliedern die Herren K o c h I. Vorsitzender
T a u b e r t als Stellvertreter.

2. Wahl von Senatsmitgliedern .

Wiedergewählt wurden von 7 anwesenden Mitgliedern
Herren K o c h und T a u b e r t .

gez. Friedrich E. K o c h gez. von B a u ß n e r n

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der Genossenschaft, Sektion für Musik, unter Zuziehung von Vertretern der Gema,

K. Akademie d. Künste Berlin
№ 0111 * 17 MRZ 1924
Anl.

Berlin, den 21. Februar 1924
Beginn der Sitzung 5 1/4 Uhr

Anwesend
unter dem Vorsitz des Herrn Koch
die Herren

Amersdorffer
v. Baußnern
Kahn
Koch
Nentwig
Scharwenka
Schumann
Seiffert
Taubert
Juon
Kaun
v. Reznicek

der Gema: Lienau
Dr. Gähler
Rauh

Nachdem Herr Koch die Sitzung eröffnet hat, bemerkt Herr L i e n a u, dass die Vertreter der Gema die in der vorigen Besprechung vorgelegten Vorschläge nochmal überprüft und Aenderungen an ihnen angebracht haben.

Herr N e n t w i g referiert über die Ergebnisse der Besprechung mit den Vertretern der G. d. T. Diese hätten, falls die Afma aufgelöst wird, vor allem das Bedenken, dass die Vertreter der ernsten Musik in den Hintergrund treten gegenüber der Unterhaltungsmusik, deshalb wünschen die Vertreter der G. d. T. auf die Vorschläge des Herrn Lienau von 1922 zurückzukommen.

Herr L i e n a u bemerkt hierzu, dass der Kopf der von Herrn Rösch überreichten Niederschrift nicht stimme. Es handele sich nicht um Vorschläge, die er gemacht habe, sondern um Ergebnisse einer Unterredung mit Justizrat Osterrieth, die möglicherweise als eine Grundlage für eine Neu-Ordnung in Betracht kommen sollten. ~~Der Unterschied zwischen den damaligen Besprechungen zu den jetzigen Vorschlägen sei der~~ Zu beachten sei für diese Niederschrift besonders: die Afma sei

in

2.)

in ~~den ersteren~~ [ihr] wohl genannt, gemeint war aber nich
die Afma in der alten Form, sondern in einer neuen G
stalt.

Herr N e n t w i g erwidert, dass Herr Liena
auf dieses von Herrn Rösch überreichte Schriftstück
keineswegs festgelegt werden solle.

Herr L i e n a u betont nochmal, dass es sich
damals nur um allgemeine Richtlinien gehandelt habe.

Herr N e n t w i g fügt hinzu: Das wesentli
war für die G. d. T. in den damaligen Vorschlägen vo
die Dachorganisation durch die ein richtiges Zusamme
arbeiten gewährleistet werden sollte. Die Interessen d
ernsten Musik können dadurch gesichert werden, dass e
ne Anzahl von Mitgliedern der G. d. T. in die Leitung
gewählt wird, um die Autoren der ernsten Musik gegen
die überwältigende Majorität der Unterhaltungsmusik z
sichern.

[Anlage] Herr R a u h überreicht die neuen Vorschläge d
Gema schriftlich und bemerkt dazu: Die Vertreter der
Gema hätten in der vorigen Besprechung den Eindruck g
habt, dass eine besondere Schwierigkeit bestehe und
überlegt, wie diese beseitigt werden könne: Die Afma
sollte nach dem vorigen Vorschlag aufgelöst werden, d
Gema nicht. Die Mitglieder der Afma sollten in die Ge
eintreten. Die Gegenseite glaube vielleicht, dass ihr
hierdurch ein Gang durch das kaudinische Joch zugemute
werden solle. Die Gema möchte alles vermeiden, was de
Eindruck erwecken könne, als wollte sie eine herrsche
de Stellung einnehmen. Wenn die Identität der Gema ni
gewahrt würde, dann würden nach juristischem Urteil ih
Verträge verloren gehen. Auch eine Uebertragung der
Verträge an eine neue Gesellschaft sei bedenklich, weil

nach

196

Vorschläge für eine Vereinigung von GEMA und AFMA .

I. Uebergangsstadium .

§ 1.

GEMA bleibt wie bisher dem organisierten deutschen Musikverlag gegenüber völlig unabhängig. Mitglieder der GEMA, welche an der Verwaltung der Organisation des Musikverlages beteiligt sind, bedürfen zur Beteiligung an der Verwaltung der GEMA der Zustimmung der AFMA .

§ 2.

Die Mitglieder der AFMA organisieren sich ~~unabhängig von der G.D.T.~~ als Aufführungsrechtsgesellschaft, welcher die Aufführungsrechte ihrer Mitglieder übertragen werden und welche die Rechte einer juristischen Person erwirbt. Mitglieder der AFMA, welche an der Verwaltung der Organisation der Tonsetzer beteiligt sind, dürfen nur mit Zustimmung der GEMA an der Verwaltung der verselbständigten AFMA beteiligt sein .

§ 3.

GEMA verpflichtet sich, die Rechte der Bezugsberechtigten der AFMA im Auslande zu den gleichen Bedingungen verwerten zu lassen, wie die Rechte der GEMA-Mitglieder.

GEMA verpflichtet sich ferner, den vollen Ertrag aus der Auslandsverwertung der AFMA-Rechte der AFMA zu überweisen .

Verträge zwischen GEMA und ausländischen Gesellschaften bedürfen der Genehmigung durch den Vorstand der AFMA .

§ 4.

GEMA, AFMA und A K M (österreichische Aufführungsrechtsgesellschaft) gründen analog dem gegenwärtig bestehenden " Verbande zum Schutze musikalischer Aufführungsrechte für Deutschland " einen neuen Verband. Dieser Verband verwaltet die Rechte der drei Gesellschaften gegenüber den Konzertunternehmern in Deutschland ~~[illegible] von zwei Direktoren.~~ Die Oberleitung dieses Verbandes liegt paritätisch in den Händen des Vorstandes der drei Gesellschaften. ~~Der eine der Direktoren wird von der GEMA, der andere von der A.K.M. vorgeschlagen.~~ Ueber die Ernennung der Direktoren entscheiden die drei Vorstände mit gleichem Stimmrecht.

Die Bestimmungen über Verteilung des von dem Verbande erzielten Reingewinnes werden in dem Vertrage zwischen den beiden deutschen und der österreichischen Gesellschaft festgesetzt .

§ 5.

II. Endgiltige Verschmelzung .

§ 5.

Die Bestimmungen der §§ 1 bis 4 sind nur als Uebergangsbestimmungen bis zur endgiltigen Verschmelzung der beiden Gesellschaften gitig. Die Fusion zwischen GEMA und AFMA hat spätestens bei Ablauf des am längsten laufenden gegenwärtigen Auslands-Vertrages der GEMA (d.h. am 1. Januar stattzufinden.

Bei Erneuerung der gegenwärtig laufenden und bei Abschluss neu Auslands-Verträge verpflichtet sich die GEMA, dafür Sorge zu tragen, da die erneuten bezw. neuen Verträge die Bedingung enthalten, dass mit dem Tage der Fusion Rechte und Pflichten der GEMA aus diesem Verträgen an d Gesellschaft übergehen, welche durch die Fusion begründet wird. Der Abschluss neuer und die Erneuerung bestehender Auslands-Verträge darf nur Genehmigung der AFMA erfolgen.

§ 6.

In der Satzung der fusionierten Gesellschaften sollen folgende Grundsätze zum Ausdruck gelangen:

1.) Unabhängigkeit von Fach-Organisationen der Autoren, oder Verleger,

2.) In der Verwaltung paritätische Vertretung der Tonse und Verleger unter angemessener Beteiligung der Tex dichter.

3.) Wahlen für die Verwaltung durch die General-Versam lung mit gleichem Stimmrecht für alle Mitglieder d Gesellschaft. Für die Verwaltung werden die Tonset durch die anwesenden Tonsetzer, die Verleger durch anwesenden Verleger, die Textdichter durch die anw den Textdichter gewählt.

4.) Beschlüsse über Anträge, bei denen die Interessen d Autoren und Verleger auseinandergehen, werden von d beiden Interessengruppen getrennt gefasst und sind dann giltig, wenn sie von beiden Gruppen die Mehrh der Stimmen erhalten haben.

5.) Die Verteilung der Gewinne erfolgt nach den Grundsä die in der AFMA und der GEMA bisher übereinstimmend giltig gewesen sind.

---

nach Auffassung der Gema zunächst ein Vacuum eintreten würde, niemand da sei, der durch diese Verträge gebunden sei. Nur die Leitung der Gema kann diese Gefahr richtig beurteilen, z. B. würden die Franzosen versuchen, ein solches Uebergangsstadium zu benutzen, um möglichst viel Mitglieder der Gema abspenstig zu machen und ihrer eigenen Gesellschaft zuzuführen. Grund zu grösster Vorsicht sei deshalb vorhanden.- Die Gema habe deshalb gesucht, einen anderen Weg zu finden, der in den schriftlich überreichten Vorschlägen skizziert sei. Diese neuen Vorschläge gehen auf eine Idee zurück, die in dem Schriftstück vom Oktober 1922 bereits enthalten ist: Es soll nämlich ein Uebergangszustand geschaffen werden, in dem Afma und Gema für sich weiter bestehen. Im weiteren Verlauf der Entwickelung sollen dann beide Gesellschaften gleichzeitig von der Bildfläche verschwinden.- Die Vorschläge sollen zur Beratung stehen und können natürlich eventuell noch geändert werden. Er hoffe aber, dass mit diesem neuen Vorschlag die berührte Schwierigkeit, die ungleiche Behandlung von Afma und Gema, vermieden sei.

Herr Nentwig dankt für diese Ausführungen. Die Akademie werde diese Vorschläge als ehrlicher Makler der G. d. T. übermitteln. Im einzelnen könne augenblicklich natürlich noch nicht dazu Stellung ~~genommen~~ genommen werden. Dies werde die weitere Besprechung ergeben. In § 1 sei die Unabhängigkeit der Gema von der Afma, in § 2 die Unabhängigkeit der Afma von der Gema vorgesehen. § 2 würde aber einen Umbau der Afma bedeuten, die jetzt ein Teil der G. d. T. ist. Die Verwertungsanstalt der Ged.T. müsse also ihre Identität aufgeben. Ferner könne es vielleicht bei der Afma Anstoss erregen, dass in § 3 der oesterreichischen Gesellschaft

das

4)

das Recht zugebilligt werden soll, ihrerseits ein
Direktor vorzuschlagen, der Afma nicht.

Herr R a u h: Durch die österreichische Gese
schaft sei bisher ein sehr erheblicher Teil des R
gewinne erzielt worden (durch die Unterhaltungsmus
Die Oesterreicher haben in allen Lokalen durch Kar
eine Besteuerung der Unterhaltungsmusik eingeführt
enorme Gewinne abgeworfen hat. In Deutschland sei
nicht möglich, eine gleiche Massregel durchzuführe
weil langfristige Verträge bestehen. Wenn ein neue
Verband begründet wird, so sei es vielleicht mögli
neue Verträge auf neuer Basis abzuschliessen. Es w
dann auch in Deutschland vielmehr aus der Unterhal
musik gewonnen werden und dies wird der ernsten Mu
zugute kommen. Dieses und noch andere Momente lass
eine Auflösung des jetzigen Verbandes erwünscht er
scheinen, die Vorbedingung ist aber natürlich, dass
eine Einigung mit der österreichischen Gesellschaf
zustande kommt.- Wir müssen Gewicht auf die Ansicht
der Oesterreicher legen und uns mit ihnen verständi
gen, ähnlich liegt das Verhältnis in der Schweiz.
wurde eine rein nationale Gesellschaft gegründet.
Franzosen wünschen ihre Rechte dabei weiter zu wah
was garnicht zu umgehen sein wird. Die Schweizer Ge
sellschaft hat den Franzosen die Erklärung abgegeb
dass ihre Rechte nicht beeinträchtigt werden solle
Aehnlich liegt es mit den Oesterreichern. Wir müssen uns
ihnen verständigen oder zwei Gesellschaften neben e
ander weiter arbeiten lassen. Die Oesterreicher hab
sich nun einmal in Deutschland festgesetzt und sch
lich ist es ja auch deutsche Musik, die in Oesterr
mitvertreten wird.

Herr S c h u m a n n bemerkt zu § 2: Dieser

bedeutet

bedeutet eigentlich eine Auflösung der Afma. Sie hängt eng mit der G. d. T. zusammen und die G. d. T. ist nur begründet worden zur Verwertung der Aufführungsrechte. Die Unabhängigkeit der Afma von der G. d. T. bedeutet nur ein Preisgeben der Afma. Ein solches könne man der G. d. T. nicht zumuten. Es ist auch nicht einzusehen, warum eine Auflösung der Afma verlangt wird. Die G. d. T. würde dann nichts mehr bedeuten, niemand würde sich dann mehr veranlasst sehen, der G. d. T. beizutreten.

Herr N e n t w i g bemerkt hierzu: Die G. d. T. würde zwar nicht ihre einzige, aber sicher ihre Hauptaufgabe aufgeben, da neben der Verwertung der Aufführungsrechte nur noch die Vertretung von Standes-und Berufsinteressen, die an Bedeutung natürlich sehr zurücktreten, ihre Aufgabe bilden.

Herr S c h u m a n n fügt hinzu: Die Einnahmen der G. d. T. stammen nur aus der Afma, die Mitgliederbeiträge sind bedeutungslos.

Herr R a u h erwidert: Die Auffassung des Herrn Schumann sei ihm neu und nicht recht verständlich. Die G.d.T. bleibe doch eine Vertreterin der Interessen der Komponisten. Eine solche Vertretung habe enorme Aufgaben, besonders heute. Sie könne auch nicht entbehrt werden, denn sonst müssen die Streitigkeiten immer von Person zu Person ausgefochten werden, anstatt von Organisation zu Organisation. Es sei nicht zu leugnen, dass es einzelne Verleger gebe, die mit ihrer Kapitalsmacht Komponisten ausnützen. Die Verleger empfänden dies selbst als sehr bitter und die bestehenden Organisationen seien dazu da, solche üblen Auswüchse einzudämmen. Der Weg zum Frieden sei gerade darin zu sehen,

dass

6.)

dass auch weiterhin eine freie Interessen-Vereinigung der Komponisten bestehen bleibe.

Herr N e n t w i g entgegnet: Auch Herr Rösch sei dafür, dass nicht die einzelnen Komponisten mit den Verlegern zu tun haben.- Was die Aufgaben der Interessen-Verbände angehe, so haben die Verleger noch viele andere Aufgaben (Tarifverträge usw.). Solche Aufgaben hat die Vertretung der Tonsetzer nicht. Trotzdem brauche die G. d. T. kein reiner Klub zu werden, wie Herr Schumann befürchtet. Allerdings sei nicht zu verhehlen, dass mit die Hauptaufgabe der G. d. T. die Verwertung der Aufführungsrechte sei.

Herr R a u h weist darauf hin, dass doch auch in anderen Staaten freie Vereinigungen der Tonsetzer bestehen. Dort sei die Vertretung der Aufführungsrechte lediglich Sache der Verleger. Es sei sogar etwas Unnatürliches, dass eine Vertretung einer bestimmten Berufsgruppe sich mit einem geschäftlichen Unternehmen befasst und dieses meistern will. Es kommt dabei nur das eine heraus: dass bei der mangelnden Geschäftsführung die Komponisten-Organisation unterliegen muss! Die Afma hat alle Auslandsverträge verloren. Die Verleger sind fast alle ausgetreten. Alle Vertreter der Unterhaltungsmusik sind ausgetreten. Die Einnahmen der Afma sind zusammengeschmolzen, während die Gema wenigstens Einnahmen aus ihren Auslandsverträgen gehabt habe. Sie konnte etwas an ihre Mitglieder verteilen, die G. d. T. konnte dies nicht. Dem Schweizerischen Tonkünstlerverein fällt es z. B. garnicht ein, solche Politik wie die G. d. T. zu treiben. Die Einwände des Herrn Schumann seien sachlich nicht stichhaltig. Was hat das bisherige Verhältnis schon für üble Folgen gehabt! Es habe

habe den ganzen Konflikt herauf beschworen, aus dem wir herauskommen müssen und den ein Herr in der vorigen Besprechung mit Recht eine Schande für Deutschland genannt habe.- Der Eintritt der Afma in die Gema wird jetzt der ersteren ja nicht mehr zugemutet. Sie soll sich lediglich von der G. d. T. loslösen und selbständig bleiben, dann wird eine gemeinsame Arbeit anzustreben sein, die hoffentlich zu einem Zusammenschluss führen wird.

Auf eine Zwischenbemerkung des Herrn N e n t w i g bezüglich des § 3 bemerkt Herr R a u h: Dieser ergebe sich aus den Interessen der Afma, es sei selbstverständlich, dass der eine für den anderen eintritt. Die vorgeschlagene Regelung schliesse jede Benachteiligung der Afma, also der ernsten Musik aus. Die Vorteile liegen lediglich auf der Seite der Afma.

Herr N e n t w i g bringt ein weiteres Bedenken der G. d. T. zur Sprache, das sich aus dem bisherigen Abschätzungsverfahren ergibt, das die Werke der ernsten Musik offenbar zu niedrig bewertet.

Herr R a u h erwidert, dass ~~dieses~~ das gemeinsame gemeinsat Abschätzungsverfahren bei der französischen Gesellschaft eingeführt sei. Mit dieser Gesellschaft habe die Gema jetzt aber nichts mehr zu tun. Künftighin wird die Einschätzung der ernsten Musik ~~nur~~ in der Uebergangszeit lediglich von der Afma erfolgen. Das Bedenken der G. d. T. sei also völlig unnötig.

Zu § 4 erheben die Herren N e n t w i g und S c h u m a n n das Bedenken, dass bei Bestehen von drei Gesellschaften neben einander nur zwei Direktoren vorgesehen sind.

Herr R a u h bemerkt dazu: Von diesen sei eigentlich schon einer zuviel. Bisher seien zwei Direktoren

8.)

ren vorhanden gewesen, damit die Gesellschaft nicht
ter einen oesterreichischen Direktor kommt.- In die
sen Fragen entscheide nicht das Recht, sondern die
Macht. Die Oesterreicher haben aber nun einmal die
Macht, ihre Mitwirkung in der Leitung zu erzwingen.

Herr Schumann: Die G. d. T. sei unzweifelhaft ebenfalls eine sehr star
Vertretung, die Oesterreicher müssten sich darein fi
den, dass sie von der Gema und Afma mitvertreten wü
den. Drei Direktoren wären natürlich zuviel. Die Fo
ge des Vorschlages von § 4 wird sein, dass die Afma
im Direktorium nicht vertreten sein würde. Dieser Vo
schlag sieht so aus, als sei es darauf angelegt, Rö
aus der Vertretung der Afma und aus der Direktion ~~zu~~
~~beseitigen~~ auszuschließen.

Herr Rauh: "Ja, dies ist die Absicht!"

Herr von Reznicek spricht den Wunsch aus, man so
le der Entwickelung nicht vorgreifen. Es sei garnic
so sicher, dass Herr Rösch gewählt werden würde. Her
Schumann tritt dieser Ausführung bei.

Herr von Baußnern bittet, die persönlichen Mo-
mente auszuschalten, damit die Atmosphäre der Verhan
lungen rein bleibt. An eine Terrorisierung von der G
genseite sei sicher gar nicht zu denken. Die Hauptsa
sei eine gute gesunde Einigung.

Herr S c h u m a n n betont ebenfalls, dass
die jetzige Fassung des § 4 die Lage zu verschärfen
geeignet sei. Es würde der Afma dadurch so-gar eine
Waffe in die Hand gegeben werden .

Herr K o c h schlägt anstatt der Bezeichnung
Direktor "Geschäftsführer" vor. Er meint, dass einst
weilen Geschäftsführer die Verwaltung übernehmen kön
ten, später vielleicht ein Direktor.

Herr R a u h entgegnet: Dies ginge nicht we
gen der österreichischen Gesellschaft.

Herr

Herr K o c h entgegnet: Die Oesterreicher könn-
ten neben dem Direktor der Gesellschaft vielleicht ih-
ren eigenen Geschäftsführer haben. Für das Uebergangs-
stadium schlägt er vor: Ein Geschäftsführer für Gema
und die Oesterreicher, einen für die Afma.

Herr R a u h erwidert: Es könnte natürlich über
die Vorschläge des § 4 noch verhandelt werden. Die
Oesterreicher werden aber auf eine Neugestaltung nicht
eingehen, wenn sie nicht einen eigenen Geschäftsleiter
dabei haben. Frühere Versuche nach dieser Richtung hin
seien misslungen. Das Zusammengehen mit den Oester-
reichern biete sehr viele Vorteile, die die Gema nicht
missen könne. Eine Zusammenarbeit sei also unumgäng-
lich nötig, solange der österreichische Geschäftsfüh-
rer eine solche nicht unmöglich mache. Ueber die end-
gültige Regelung sei ohne die Oesterreicher gar nicht
zu entscheiden.

Auf Vorschlag aus der Versammlung erklären sich
die Vertreter der Gema damit einverstanden, dass die
Worte "unter der Geschäftsführung von zwei Direktoren"
und der Satz "Der eine der Direktoren wird von der Ge-
ma, der andere von der AKM vorgeschlagen" aus § 4 der
neuen Vorschläge gestrichen wird.

Die Herren S c h u m a n n und v. R e z n i-
c e k meinen, die Afma würde wohl aus der Leitung aus-
scheiden, weil sie zwei Gesellschaften der Gema und
AKM, die schon lange verbunden sind, gegenüberstehe.

Herr R a u h erwidert: In dieser Vermutung lie-
ge ein Grad von Misstrauen gegen die Gema, das er nicht
erwartet habe.

Herr S c h u m a n n entgegnet: Es soll damit
kein Misstrauen ausgesprochen werden, aber die vorge-
sehene Zweizahl von Direktoren mache den Eindruck, dass

die

10.)

die ~~Gema~~ Afma ausgeschaltet werden solle.

Herr R a u h: Drei Direktoren seien zuviel, wei sie zu hohe Kosten verursachen würden, ein Direktor aber sei unmöglich, weil die Oesterreicher dies nicht zugeben würden. Es könne allerdings versucht werden, dies den Oesterreichern gegenüber durchzusetzen.

Herr J u o n meint: Die Macht der Oesterreich die jetzt nur einer deutschen Gesellschaft gegenübersteht, würde doch geringer werden, wenn sie zwei Gesellschaften gegenüber stehe.

Herr R a u h weist darauf hin, dass die Oesterreicher jedenfalls stark genug wären, um uns in Deutschland eine erhebliche Konkurrenz zu machen, denn die Oesterreicher haben die Operetten und sehr viel andere Unterhaltungsmusik, sie haben Brückner, Mahler, Korngold und viele Werke von Richard Strauß!

Herr R a u h führt ferner aus, dass bei der G. d.T. leider die feste Ueberzeugung bestehe, dass die Komponisten von den Verlegern immer benachteiligt würden. Dieses Misstrauen müsse beseitigt werden. Von einzelnen Fällen abgesehen, in denen die Komponisten von den Verlegern geschädigt worden sind, kann man sicher sagen, dass viele Komponisten mit ihren Verlegern doch recht zufrieden sind.

Herr S c h u m a n n fügt hinzu, dass vielfach die Autoren selbst an der Benachteilung Schuld wären weil sie sich aus Trägheit oder Unklugheit zu wenig mi ihren eigenen Interessen befassen.

Herr R a uh: Bedauerlicherweise sei es aber doch in Deutschland allgemeine Meinung, dass die Verleger die Komponisten schädigen und besonders in der Geschäf leitung der G. d. T. wird diese Meinung gepflegt. Er weist auf den Krämer-Spiegel von Richard Strauß hin

der

der Herrn Rösch gewidmet ist und in dessen illustrierter Ausgabe die Verleger als Schweine und Affen abgebildet sind. -

Herr S c h u m a n n bittet, auf den Krämer-Spiegel, der eine rein persönliche Angelegenheit von Richard Strauß und Rösch sei, hier nicht zurückzukommen.

Herr R a u h betont, dass unter allen Umständen ein Arrangement getroffen werden müsse, bei dem jeder Einfluss desHerrn Rösch ausgeschaltet ist. Rösch gehe nur darauf aus, auch die gegenwärtigen Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Schon im vorigen Jahre sei man einer Einigung nahe gewesen, Rösch habe daraufhin, um sie zu verhindern, eimen Streit vom Zaun gebrochen. Es sei völlig zwecklos, mit Herrn Rösch zu verhandeln, eine Verständigung müsse aber erreicht werden, und die Vertreter der Gema seien bereit, in allen möglichen Punkten nachzugeben, aber in diesem einen Punkt müssten sie fest bleiben: Herr Rösch darf die Sache nicht wieder verderben.- Durch die Forderung der Vereinigung der Autorenrechte mit den mechanischen Rechten, die bei dem jetzigen Zustand ganz unmöglich sei, wolle Herr Rösch die jetzt angebahnten Verhandlungen zu nichte machen. Es sei wohl zu verstehen, dass der Mann, der sein Leben und sein Vermögen an die Idee gesetzt hat, die ernste deutsche Musik zu fördern, jetzt, wo er seine Pläne scheitern sieht, alles versucht, seine Gedanken durchzusetzen.

Herr von R e z n i c e k führt aus: Herr Rauh habe Gefühlsmomente angeführt, die vollständig begreiflich seien. Es habe aber gar keinen Sinn immer wieder an die alten Geschehnisse zu erinnern, Es müsse positive Arbeit geleistet werden. Die Frage Rösch müsse

man

man der Entwickelung überlassen und diese Entwickelung wird sich in der G. d. T. von selbst vollziehen.

Herr S c h u m a n n tritt dem durchaus bei und bestätigt, dass die Sache Rösch durchaus der G.d. T. überlassen werden müsse.

Herr K o c h setzt hinzu, dass die scharfe Ablehnung --- direkter Verhandlungen mit Herrn Rösch seitens der Vertreter der Gema unbegründet wären, da beide Parteien jetzt mit der neutralen Stelle, der Akademie, verhandeln.

Herr R a u h hebt noch hervor, dass das, was er vorgetragen habe, nicht seine Privatmeinung sei, sondern die Ansicht des ganzen Aufsichtsrates der Gema. Herr Rösch habe keineswegs Gegenvorschläge gemacht, sondern habe auf eine gar nicht offizielle Grundlage zurückgegriffen, die auf Gedanken bei einer früheren Besprechung beruhen. Vorschläge wollen die Vertreter der Gema gern entgegennehmen, aber sie wünschen keine Debatte von Person zu Person mit Herrn Rösch.

Herr S c h u m a n n meint ebenfalls: Es sei nicht richtig von Herrn Rauh, wenn er von vornherein erklärt, dass er auch an dieser neutralen Stelle, der Akademie, mit Herrn Rösch nicht debattieren wolle.

Herr Dr. G ö h l e r führt aus: Er habe sich eingehend mit der Frage der Aufführungsrechte beschäftigt und sei völlig unabhängig und neutral geblieben; erst vor einigen Jahren sei er der Gema beigetreten. Es sei ganz falsch immer Komponisten und Verleger gegen einander auszuspielen. Beide seien auf einander angewiesen, deshalb müsse jede Differenz ausgeschaltet werden, wenn man zu einer gesunden Regelung kommen

wolle

wolle. Es könne aber nichts dabei herauskommen, wenn zwei Vertreter so ganz entgegengesetzter Meinung mit einander konferieren. Deshalb habe Herr von Reznicek ganz recht: Zuerst müsse die G. d. T. entscheiden, ob sie die neue Aufführungsanstalt ----- gründen wolle. Die Begründung einer Aufführungsgesellschaft sei ein rein geschäftsmässiges Unternehmen und je geschäftstüchtiger die Sache gemacht wird, desto mehr Vorteile werden die Komponisten und die Verleger von ihr haben. Auch die Afma müsse ganz geschäftsmässig umgewandelt werden und dürfe mit der G. d. T. dann ebenso wenig zu tun haben wie die Gema. Die Entscheidung hierüber muss aber erst fallen; so lange sei seines Erachtens jede weitere Auseinandersetzung zu sistieren. Jetzt stehe eine rein geschäftliche Vereinigung einer anderen Vereinigung, die nur zum Teil kaufmännisch organisiert, im übrigen der G. d. T. eng verbunden ist, gegenüber. Die Afma müsse erst eine von den Tonsetzern völlig unabhängige rein kaufmännische Aufführungs-Gesellschaft werden.- Dies alles rein sachlich bemerkt ohne Spitze gegen Herrn Rösch. Wenn diese Entscheidung von der G. d. T. herbeigeführt werden würde, dann könne sicher sehr rasch eine Einigung erzielt werden. Zunächst sei zu prüfen, ob der Einfluss des Herrn Rösch dies zu hindern vermag oder nicht.

Herr S c h u m a n n: Die G. d. T. ist in der Hauptsache eine Vertretung der deutschen Komponisten zum Zwecke der Verwertung ihrer materiellen Interessen!

Herr G ö h l e r erklärt, dass er dieser Auffassung nicht beitreten könne. Wenn die G. d. T. auch jetzt zum Teil kaufmännische Interessen habe, so

müsste

14

müsste sie in Zukunft eine rein künstlerische Ver-
einigung werden. Wenn die G. d. T. nur durch die
Afma existiert, dann sei sie nicht wert, dass sie wei
besteht. Er sei aber überzeugt, dass die G. d. T.
auch durch die Abtrennung der Afma nicht fallen w

Herr Schumann entgegnet, dass bei
der Gründung der G. d. T. als Hauptzweck dieser V
einigung die Verwertung der Urheberrechte massgebe
war, dazu kämen dann noch in zweiter Linie die ideellen Interessen.

Herr Dr. Göhler erwidert darauf, dass
dann ja genügt hätte, wenn sich die Mitglieder der
G. d. T. nur in der Afma zusammengeschlossen hätt

Herr Rauh wünscht die Frage, ob die G. d.
in einer organischen Verbindung mit der Afma bleib
soll, weiter zu erörtern. Wenn Herr Schumann diese
Verbindung nicht aufgeben wolle, dann seien die Aus
einandersetzungen ganz umsonst. Dies sei aber für
ihn das Grundprinzip: Die Schaffung einer Aufführu
gesellschaft unabhängig von der Standesvertretung.
Ohne Annahme dieses Grundprinzips sei eine Verstän
gung seines Erachtens ausgeschlossen. Für Herrn Sc
mann sei, nachdem, was er ausgeführt habe, der § 2
der neuen Vorschläge wohl nicht annehmbar.

Herr Schumann betont, dass er mit se
nen Ausführungen nur seine private Meinung kundgeg
habe. Er wollte nur die Schwierigkeit berühren, di
vorauszusehen sei. Die Entscheidung müsse der G. d
überlassen bleiben. Er bitte aber darum, dem § 2 m
lichst eine andere Fassung zu geben, da nicht einzu
sehen sei, weshalb die Afma unbedingt aus ihrem Zu

sammenh

hang mit der G. d. T. gelöst werden solle.

Herr Dr. Göhler: Bei der Zusammenarbeit müs-
se vollkommene Gleichberechtigung herrschen, es müssen
alle zum Arbeiten die volle Bewegungsfreiheit haben,
unmöglich sei ein Zustand, bei dem die eine Seite eine
Hemmung habe (dass nämlich die Afma eventuell an Be-
stimmungen der G. d. T. gebunden sei), während die an-
dere völlig unabhängig ist. Herr Schumann erwidert,
die Afma sei nicht in diesem Sinne abhängig von der
G. d. T., sie habe ihre eigene Geschäftsordnung.

Herr Rauh: Aber dieselbe Grundordnung, sie
ist also durchaus abhängig von der G. d. T.

Zu § 5 führt Herr Rauh dann noch aus, dass
die Fusion sobald als möglich stattfinden solle. Wenn
die Rechte der Afma und der Gema mitverwaltet werden,
dann könne die Gesellschaft als Einheit dem Auslan-
de gegenüber auftreten. Wenn es irgend möglich sein
sollte, dass die Fusion ohne Abtrennung der Afma von
der G.d.T. durchführbar sei, dann wolle er dies gern
tun und sage nochmalige Ueberlegung nach dieser Rich-
tung hin zu.

Herr Schumann bittet dringend darum,
dies ernstlich zu erwägen.

Die Anwesenden einigen sich darüber, im § 2 der
neuen Vorschläge die Worte "unabhängig von der G.d.T."
zu streichen.

Herr Rauh bemerkt nochmal zusammenfassend:
Zunächst solle der Vorstand der G. d. T. entscheiden,
ob er § 1 und § 2 annehmen will. Sei dies nicht der
Fall, dann soll die G. d. T. selbst ein positives Pro-
gramm aufstellen und einen anderen Weg zeigen.

Es

16.)

Es wird beschlossen, der G. d. T. die neuen Vorschläge in der heute abgeänderten Form vorzulegen und sie zu veranlassen, in einer General-Versammlung dazu Stellung zu nehmen.

Die neu festgestellte Fassung der Vorschläge wird verlesen.

Schluss der Sitzung 8 1/4 Uhr

Friedr. E. Koch. [illegible]

R. Amersdorffer

204

Anwesenheitsliste

zu einer Sitzung der Musiksektion am Donnerstag den 21. Februar 1924.

Prof. Dr. Amersdorffer

[illegible]

Scharwenka

R. Lienau

Neitzel

E. N. v. Reznicek

Friedr. E. Koch

Meyer-Kann

Taubert

Robert Kahn

[illegible]

Rauch

Georg Schumann

Prof. von Baussnern

[illegible]

KÖNIGLICHE AKADEMIE DER KÜNSTE IN BERLIN

BERLIN, den .... ten ....
N.W., Universitätsstrasse 6.

Es wird hiermit bescheinigt, dass die Königliche Akademie der Künste für die in ihren Sälen Unter den Linden 38 .... veranstaltete Ausstellung von

....

leihweise erhalten hat:

.... Werth: .... Mk.
.... „ .... „
.... „ .... „

Die Königliche Akademie der Künste erklärt durch diesen Schein, dass d genannte Kunstwerk dem angegebenen Werthe entsprechend gegen jeden Schaden, der .... während .... Entfernung aus dem Hause des Besitzers etwa betrifft, versichert .... und übernimmt sämmtliche aus dem Hin- und Rücktransport d Kunstwerk erwachsenden Kosten.

Der Präsident. **Der Erste Ständige Sekretär.**

I No. ....

Otto v. Holten, Berlin C.

Braunlage Harz
Sanatorium Dr. Barner
d. 20. 2. 24.

Hochgeehrter Herr Präsident.

Die Einladung zur [Sitzung] der [Sektion für] Musik auf den 21. 2. 24. wurde mir hierher nachgesandt, wo ich [zur] Wiederherstellung meiner Gesund[heit] auf 8 Tage gereist war. Mein [Arzt] empfiehlt mir nun dringend [illegible]

mindestens in ganzen 14 Tagen hinzuzubringen. Ich bedauere daher sehr morgen der Sitzung nicht beiwohnen zu können und bitte mich freundlich zu entschuldigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichne ich ergebenst

Dr. Gustav Bock

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der Genossenschaft, Sektion für Musik unter Zuziehung von Vertretern der Genossenschaft deutscher Tonsetzer (G.d.T.)

Berlin, den 31. Januar 1924
Beginn der Sitzung 5 ½ Uhr

Anwesend
unter dem Vorsitz des Herrn Koch
die Herren

Amersdorffer
Taubert
Taubmann
Seiffert
Kaun
Kahn
Nentwig
v. Reznicek
Koch
Juon

zugezogen
von der G. d. T.: Rösch
Rasch
Behm

Herr R ö s c h nimmt zu dem Vorschlag der Gema Stellung, indem er an die Bemerkung des Herrn N e n t w i g in der vorigen Sitzung anknüpft, in der dieser ausführt, dass ~~sich~~ eine Einigung ~~erzielen lassen~~ möglich eine müsse, da in den Statuten der G.d.T. wie der Gema die gleichen Ziele angestrebt würden.- Die Gema verfolgt lediglich wirtschaftliche Zwecke, dagegen sei die Anstalt der G.d.T. ein rein gemeinnütziges Unternehmen, das nach § 2 Nr.1 der Grundordnung zwar die Interessen der Tonsetzer wahrnehmen wolle, nach Nr.2 aber auch die deutsche Musikpflege zum Ziele habe. Es sei keine Erwerbsgesellschaft (sonst hätte sie auch keine Rechtsfähigkeit erhalten können).- Für die Organisation der G. d. T. habe er bei ihrer Begründung die Organisation der Société des auteurs eingehend studiert. Träger des Urheberrechts sei allein der Komponist.- Die seriösen Tonkünstler wollen nicht den Komponisten leichter Unterhaltungsmusik und den solche pflegenden Verlegern gegenüber in die Minderheit und damit in Abhängigkeit von diesen geraten.

Herr N e n t w i g wirft ein, dass auch die Musiker mehr auf ihre wirtschaftlichen Interessen bedacht sein müssten.

Herr R ö s c h: Wenn die Afma aufgelöst wird, dann bleibt von der G. d. T. nicht mehr als ein geselliger Klub, denn die Verwertung der Aufführungsrechte ist der Hauptzweck der G. d. T. Die Afma kann

sich

sich nicht auflösen und sich unter die Direktion der Gem[a]
stellen, das bedeutet: unter ~~die Direktion der Tingel-Tan-gel-Komponisten~~ den entschidenden Einfluss d[er] Vertreter leichter Musik. Wenn eine neue Gesellschaft nach den Gr[und]sätzen, die Herr L i e n a u vorgeschlagen hat, gegründet würde, dann würde es eine Gesellschaft mit einem ~~Tingel-Tangel~~ leichter Musik-Verleger/ an der Spitze werden. Auch in der Pariser Société ist weder im Vorstand, noch im Syndikat, noch in den Prüfungsausschüssen ein seriöser Verleger oder ein se-riöser Komponist vertreten; die Schundkomponisten und die Verleger wie deren Musik sind in der Majorität. Wenn die Afma hinübergehen würde in die Gema, dann würden sofort die Herren Kollo und Genossen weitaus überwiegen, wie auch in der Pariser Société die Komponisten von Couplets, Kaffe-hausmusik usw. weitaus das Uebergewicht haben. Man müsse doch einen Unterschied machen zwischen Brahms und Paul Lin-ke. Zunächst würde in einer Anstandsfrist vielleicht ein Unterschied zwischen den seriösen Komponisten und den Schundkomponisten gemacht werden, dann würden aber sicher die Operetten-und Tingel-Tangel-Komponisten im Laufe der Zeit überwiegen.-Die G. d. T. verfügt bereits über Erfah-rungen, da einige Zeit ein Kartell zwischen Afma und So-ciété bestand. Diese Erfahrungen waren besonders merkwürdi-ger Art bei den Abrechnungen: Die Pariser Einschätzungs-kommission stellt offenbar eine Brahms'sche Sinfonie und eine Polka ganz gleich. So muss es schliesslich kommen, wen[n] in einer Gesellschaft die seriösen Komponisten spärlich neben unzähligen Tingel-Tangel-Komponisten vertreten sind.

Die ersten Verhandlungen über eine Einigung zwischen G. d. T. und Gema seien von ihm selbst ausgegangen. Das wesent-liche dieser ersten Beratungen war: Die G. d. T. muss beste-hen bleiben! Das Zusammengehen könnte in der Weise erfolgen, dass zwei neben einander bestehende Gesellschaften vorhan-den sind und über beiden eine Dachorganisation gebildet wir[d].

Die

Die Aufführungsrechte müssten in den Händen der Komponisten liegen, die mechanischen in den Händen der Verleger. Die se-riösen Komponisten dürfen nicht wehrlos der Majorität ausge-liefert werden. Wenn man Jahre lang in einer solchen Organi-sation, wie sie 1915 bereits von ihm vorgeschlagen wurden sei, zusammengearbeitet habe, dann könne man sich vielleicht nach und nach näherkommen. Jedenfalls müssten die Komponi-sten aber ihre Urheberrechte selbst in der Hand behalten. Zwei neben einander bestehende Gesellschaften, die eine un-ter der Hand der Komponisten, die andere unter der der Ver-leger, sei auch jetzt noch das allein Richtige, darüber eine gemeinsame Organisation zur Kontrolle dafür, dass in den bei-den Gesellschaften richtig vorgegangen wird. Eine ernste Ar-beitsgemeinschaft sei es, die angestrebt werden müsse.-Ver-änderungen unter den leitenden Persönlichkeiten würden viel-leicht die Folge einer solchen neuen Organisation sein. Herr R a u h, der jetzt bezahlter Geschäftsführer ist, fürchte wohl dabei zu fallen. Er selbst aber ~~wollte~~ habe Herrn Rauh hal-ten wollen (gegen den Herrn Crétin).

Ein Zwischenstadium in den Verhandlungen trat ein: beide Anstalten sollten von der Genossenschaft und der Ver-legergesellschaft gegründet werden. Die Gegenpartei wollte aber nicht eine Gründung von der Gesamtheit der Komponisten und der Gesamtheit der Verleger, ~~[illegible]~~ - Die Komponisten, die sich an den geschäftlichen Verhandlungen wenig beteiligen würden, würden bald in die Hände der ge-schäftstüchtigen Verleger kommen.

Im Oktober 1922 machte Herr L i e n a u neue Vorschlä-ge: An der Spitze der von der G.d. T. und dem Verleger-verein (also Gema) zu gründenden Arbeitsgemeinschaft sollten 5 Tonsetzer und 5 Verleger stehen. Der Zweck sei: Zusammen-gehen auf allen Gebieten der Verwertung von Aufführungsrech-

ten

ten(also auch der mechanischen!). Ferner: Bildung einer D organisation zur Beaufsichtigung der beiden in der Arbeit gemeinschaft vereinigten Gesellschaften. Die Verwaltung d Aufführungsrechte solle der <u>Afma</u> übertragen werden, die d mechanischen der <u>Ammre</u>. Die Richtlinien für die gesamte Arbeit sollten von der Arbeitsgemeinschaft aufgestellt werd Die Verhandlungen wurden aber noch abhängig gemacht von d Stellung zu der Wiener Gesellschaft (Nebenbei gibt Herr Rö eine Stelle aus einem holländischen Brief bekannt, aus der hervorgeht, dass zu den Bedingungen der Einigung zw schen Holland und Gema die Lösung von der G.d.T. gehören solle! Dieses Moment wurde von Herrn Rauh verschwiegen!)

Herr L i e n a u verlangt jetzt keine Fusion, sonde eine Kapitulation. Im Interesse der seriösen Musikpflege, di völlig preisgegeben würde, dürfe aber die Aufführungsanstalt der G. d. T. nicht aufgegeben werden. Wenn die seriösen Tonsetzer nicht in einer Organisation einen festen Bund bilden, dann ~~sind~~ seien sie völlig ausgeliefert.

Herr R ö s c h führt Beispiele aus dem Verfahren der Pariser Société an: Für zwei Aufführungen von Richard Strauss' "~~Die~~ Sinfonia domestica" wurden von der Société 2 Centimes abgeliefert. Die Werke, die nicht auf der Einschätzungsliste stehen, werden nämlich mit der niedrigsten Quote bedacht. Der seriöse Komponist kann natürlich seine Partitur nicht zur Registrierung und Einschätzung nach Paris, London usw. verschicken, wie dies der Polka-Komponist leicht tun kann. So kann es kommen, dass ein grosses seriöses Werk nicht registriert ist und bei einer Aufführung mit einem Centime bewertet wird. Die leitenden Persönlichkeiten der Gema (Herr Rauh ist nur Kaufmann) seien auch garnicht in der Lage, ein musikalisches Werk fachmännisch zu werten. (Von der G. d. T. wird jedes Werk gewissenhaft eingeschätzt

<u>nach</u>

nach der Aufführungsdauer.- Ganz oberflächlich ist die Einschätzung nach einzelnen Kategorien, so schätzt die Wiener Gesellschaft z. B. nach drei Kategorien ein.

Fünf Jahre dauert bereits der wirtschaftliche Kampf mit den Verlegern. Bis 1907 war die G. d. T. ganz unter sich und hatte grossen Erfolg, während die Anstalt der Verleger liquidieren musste (Sie hatte damals vier Mark Einnahme, während die G.d.T. 65.000 M eingenommen hatte.)

Auch in der Afma seien Verleger vertreten, sie benutzten dort aber ihre Stellung dazu die Genossenschaft zu unterhöhlen. Die Afma wurde gegründet, um die seriöse Musik zu pflegen und sie hat sich von Anfang an dagegen gesichert, dass die populären Komponisten das Uebergewicht bekommen könnten.

Die Gegenpartei sage jetzt, der Gegensatz sei dadurch entstanden, dass die Tonsetzer selbst den Vertrieb mit in die Hand genommen habe. Es müsse eine scharfe Scheidung eintreten. Zum ersten Mal seit 10 Jahren verlange die Gegenpartei jetzt die Auflösung der Afma. Sie will nicht, dass die seriösen Komponisten eine geschlossene Berufsgruppe haben. Das ist der springende Punkt! Sie will den Gegner einfach ausschalten.

Die Gegenpartei hat verlangt, dass ein paar Jahre auf die Einnahmen aus der seriösen Musik verzichtet wird (nach der Analogie der populären Musik, die erst etwas einbringt, wenn Geld hereingesteckt worden ist). ~~Man verlangen also einen solchen Verzicht auf Einnahmen um die Erwerbungen den anderen zuzuführen~~

In dem neuen Vorschlag wird jetzt ganz offen ausgesprochen: Der tiefste Grund der Streitigkeiten ist die Verbindung der G. d. T. mit der Afma, d. h. der Umstand, dass eine Berufsorganisation einen festen Kreis von Aufführungsrechten in der Hand hat. Im Gegensatz zur Gema ist die Afma kein Erwerbs-Institut und keine Anstalt, die den einzelnen Musiker vertritt. Ihre Aufhebung würde den Ruin

<u>der</u>

der ernsten Musikpflege bedeuten. Die Einsichtigen werde[n] sich nicht in das Schlepptau der Verleger und der ~~Tingel-~~ leichter Musik ~~Tangel~~-Komponisten/nehmen lassen und sich energisch dage[gen] wehren. Aus der Vereinigung der Gema dürfe nichts werden, wenn die ernste Musikpflege dadurch irgendwie erschüttert werden würde. Wenn die Genossenschaft die Rechte der ernsten Musik wahren und keine Spaltung in dieser hervorrufe[n] wolle, so könne dies nur dadurch geschehen, dass sie ihre Anstalt behält. Die Berufsorganisation würde sonst zerstört und der einzelne rettungslos ausgeliefert werden.-

Die Gema habe garkeine selbständige Anstalt zur Verwertung von Aufführungsrechten, sie sei kein selbständiger Be[-] trieb, sondern nur ein Teil einer gemeinsamen Organisatio[n] mit der Wiener Gesellschaft. Der Direktor ist der Wiener, Rauh ist nur der Geschäftsführer. Nach ihrem letzten Abschluss hat die Gema (nach Angaben des Herrn Rauh) versch[win-] dend wenig, das meiste die Wiener Autoren-Gesellschaft ei[n-] genommen. Deshalb sei zu betonen: Wir müssen unabhängig v[on] jeder ausländischen Gesellschaft werden.

Herr R ö s c h fasst als besonders wesentlich noch folgende Punkte zusammen:

1. Sollte die Afma gemäss dem Lienauschen Vorschlag aufgelöst werden, so müsste auch die Gema aufgelöst werden.
2. Eine neue Organisation müsste unabhängig von jeder ausländischen Gesellschaft sein.
3. Auch dem Auslande gegenüber müsste sie als einige Vertretung auftreten.

Es sei ganz unerfindlich, womit Herr Rauh es motivier[en] wolle, dass ihm die ganze Sache (auch die Vertretung der er[n-] sten Musikpflege) anvertraut werden solle. Ein solcher Zusta[nd] wäre ganz unerträglich und unmöglich.

Die Genossenschaft habe 1923 10 Millionen eingenommen, die Gema nicht einmal eine Million.- Die Genossenschaft hab[e]

12.000

12.000 Verträge abgeschlossen; wenn sie diese an die Gema abtreten würde, würde sie niemehr etwas davon sehen und sie später neu zu schliessen, sei unmöglich.- Es darf unter keinen Umständen so kommen, dass die Berufsorganisation der seriösen Musiker zerstört wird. In der Gema würde sie im Chaos eine Null sein. Die Gema will nur die Geschlossenheit der ernsten Musiker brechen, um mit dem einzelnen dann leicht fertig zu werden.

Herr Ko c h weist auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse für die G. d. T. hin.

Herr R ö s c h erwidert: Die Verhältnisse seien bei den Gegnern ja viel schlechter. Herr Rauh erwähne stets die Verträge mit dem Ausland und weise darauf hin, dass die Gema von dort Einnahmen beziehe, die Afma nicht. Aber auch die Afma hatte Einnahmen aus dem Auslande; die Einnahmen waren aber sehr gering, sie musste zusetzen. Die Gema muss also sicher sehr viel mehr zusetzen von ihrem kargen Verdienst. Also steht die Afma sicher wirtschaftlich viel besser da. Die wirtschaftliche Not ist überallgleich, die Afma ist aber besser daran, weil sie nicht einen Pfennig an das Ausland abgeben muss.

Man darf die ernste Musik nicht einer Organisation ausliefern, in der der einzelne Komponist nicht geschützt ist durch eine starke Berufsorganisation.

Herr von R e z n i c e k fragt, welche eventuellen praktischen Vorteile sich aus einer Einigung mit den Verlegern nach Ansicht des Herrn Rösch ergeben würden.

Herr R ö s c h erwidert: Finanziell würden sich unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Vorteile ergeben. Auch aus dem Auslande würde (seit der Stabilisierung der Mark) nichts zu erwarten sein. Das Ausland hätte schon im Frieden keine Rolle für die Einnahmen gespielt, jetzt könne dies garnicht der Fall sein. Auch ideell würde für die deutsche Musikpflege nichts von dem Zusammengehen zu erwarten sein. Ein

Vorteil

Vorteil würde sich aus einer völligen Einigung insofern er-
ben, als wir dann eine Einheit im Inlande und eine Einhei
dem Auslande gegenüber darstellen würden. Nur dieses eine
ideelle Moment spreche für die Einigung. Ferner könne im
Falle einer Einigung ein Teil der Kosten erspart werden .
Andererseits würde er, der bisher ohne jede Entschädigung
tig ist, wohl nicht mehr mitarbeiten; dadurch würden die
Kosten also wieder erhöht werden.

Herr R ö s c h bespricht dann noch die bisher übli
Fassung der Verleger-Verträge, die gegen die guten Sitten v
stossen.

Herr von R e z n i c e k bemerkt: Der ideelle Standp
wird bei Verleger-Verträgen niemals ganz durchgeführt werde
können.- Man müsse um weiter zu kommen, wohl auch einen Mod
vivendi für die Gegenpartei finden.

Herr R ö s c h hält das letztere nicht für möglich,
weil die Verleger wollen, dass sie wieder nur mit den einze
nen Komponisten zu tun haben, d. h. dass dieser ihnen ausge-
liefert ist. Dieser von ihnen so gepriesene Zustand bestehe
in den anderen Ländern. Die Zustände, die dort herrschten,
seien ihm aus Vorstellungen, die ihm fremde Komponisten ge-
macht haben, wohl bekannt.

Herr K o c h fasst zusammen, dass nach den Ausführung
des Herrn Rösch die G. d. T. also darauf bestehe, dass sie u
angetastet mit der Afma weiter bestehen bleibt, als Berufsge-
nossenschaft, die die ernsten Komponisten in ihrer Gesamtheit
schützt. Dies sei das Wesentliche.

Herr N e n t w i g kommt auf die von Herrn Rösch verle-
senen ~~Brief des Herrn Lienau~~ Niederschrift vom Oktober 1922 zurück. Es sei vielleicht wichti
~~dessen In-~~
~~halt dieses Briefes~~ mit den Vertretern der Gema ~~vorgeschrieben~~ zu besprechen u
zu prüfen, ob ~~werden~~ auf der Grundlage der damals gemachten Vorschläge
~~[illegible]~~ eine Einigung erzielt werden könne.

Herr R ö s c h wird der Akademie Abschrift ~~des Lienau'~~ Lienau'schen der Vorschläge
~~schen Briefes~~ vom Okt. 1922 übersenden. Er betont nochmal, dass nur eine Ar-
beitsgemeinschaft, nicht eine Fusion möglich sei. Die Stärke
der geistigen Arbeiter bestehe nur in ihrem festen Zusammen-
schluss.

Schluss der Sitzung ½ 8 Uhr

Fr. d. E. Koch. [signature]

Liegt bei

Anwesenheitsliste

der Sitzung des Senates und der Genossenschaft
Musiksektion am Donnerstag den 31. Januar 1924.

Titel	Namen	Lfd. Nr.	Titel	Namen
Prof. Dr.	G. F. Amersdorffer	14		
Prof	Taubert.	15		
	Dr Rösch	16		
Prof.	Otto Taubmann	17		
"	Schumann	18		
	Hugo Kaun	19		
	Hugo Rasch.	20		
	Edw. Behm	21		
	Robert Kahn	22		
	Neuling	23		
	Paul Juon	24		
	E. N. v. Reznicek	25		
	Fr. E. Koch	26.		

Presse

Abschrift Original an d. Akten Gema/G.v.l **J.-Nr. 35**

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der Genossenschaft, Sektion für Musik unter Zuziehung von Vertretern der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und der Gema.

Berlin, den 9. Januar 1924
Beginn der Sitzung 6 Uhr

Anwesend
unter dem Vorsitz des Herrn Koch
die Herren
Amersdorffer
Baußnern
Kahn
Koch
Nentwig
Schumann
Taubert
Kaun
v. Reznicek
zugezogen
von der G. D. T.: Rösch
Rehm
von der Gema: Rauh
Lienau
Hinrichsen
Aukenthaler

Herr Koch bittet nach einleitenden Worten das rechts-und verwaltungskundige Mitglied des Senates Herrn Ministerialdirektor Nentwig die Verhandlungen zu leiten.

Herr Nentwig übernimmt den Vorsitz, berichtet kurz über die Vorgeschichte der heutigen Verhandlung und betont, dass er lediglich als Mitglied des Senates der Akademie nicht als Vertreter des Herrn Ministers spreche. Er gedenke der Schwierigkeiten der Vertretung der deutschen Tonkunst namentlich im Auslande und des bedauerlichen Antagonismus zwischen Verlegern und Komponisten. Der Herr Minister hätte selbst eine Vermittelung zwischen beiden Parteien übernommen, doch ist kein derartiger Wunsch an ihn gerichtet worden, er habe deshalb die Akademie der Künste mit der Führung der Verhandlungen beauftragt. Er bitte für die jetzt beginnenden Verhandlungen die alten Geschehnisse und Streitigkeiten ruhen zu lassen. Eine Einigung müsse hier zu Stande zu bringen sein, das sei vaterländische Pflicht. Sie sei notwendig, deshalb würden Mittel und Wege gefunden werden müssen, sie herbeizuführen.

Frühere

Frühere Verhandlungen wären schon bis zu einem gewissen Grade gedie-
hen, hätten sich dann aber leider wieder zerschlagen. Er selbst wolle
keine Vorschläge machen. Diese müssten von den anwesenden Vertretern
ausgehen. Die Statuten der G. D. T. und der Gema schiänen ihrem Wort-
laut nach äägentlich ganz das Gleiche zu wollen. Deshalb müsse eine
Einigung wohl zu ermöglichen sein. Er bitte nochmals dringend in
gemeinschaftlicher Arbeit einen Weg zur Einigung zu suchen.

Herr Lienau gibt die in der Anlage niedergelegte Erklärung ab.

Herr Nentwig dankt für die Ausführungen und bemerkt, dass in
der heutigen Verhandlung wohl nur allgemeines zur Sprache kommen
könne. Die Einzelheiten wird später am besten eine kleine Kommis-
sion behandeln. Der Herr Kultusminister wird gern bereit sein, mit-
zuhelfen, wohl auch das Reich.

Herr R ö s c h fragt, worin die von Herrn L i e n a u vor-
geschlagene Fusion bestehen soll. Die Afma solle sich vollständig
auflösen, die Gema aber bleibe bestehen!

Herr L i e n a u erwidert: allerdings müsste die Afma sich
auflösen, die Mitglieder könnten, losgelöst von der G.D.T., der Ge-
ma beitreten. Die Gema kann sich nicht ohne weiteres auflösen schon
wegen ihrer Verträge. Die Afma hat keine derartigen Verträge. Es
besteht die Gefahr, dass die Société sich bei einer Lösung der Ver-
träge der Gema mit den ausländischen Gesellschaften ihrerseits mit
diesen zusammenschliesst, was eine grosse Schädigung der Gema zur
Folge haben würde.

Herr N e n t w i g stellt fest, dass nach dem Vorschlage
des Herrn L i e n a u die juristische Person der Gema weiter
bestehen bleiben würde.

Herr B e h m: Durch die früheren Verhandlungen war bereits
ins Auge gefasst: Auflösung der Afma und der Gema zum 1. Januar 1924.
Erst nachträglich kam man darauf, dass ein Irrtum verliege und dass
wegen des Vertrages mit der österreichischen Gesellschaft eine Li-
quidation der Gema erst 1926 möglich sei. Man schlug dann eine Art
Dreibund vor (mit Oesterreich), dies müsse er aber ablehnen, weil

die

weil die zu gründende Gesellschaft durchaus national sein müsse.
Die Verleger wollen offenbar den Komponisten den Weg vorschreiben.
Herr Lienau habe mit seinen Worten kein Entgegenkommen der Verleger
gezeigt. Die Liquidation auch der Gema war beschlossen und jetzt
stellt Herr **L i e n a u** fest, dass die Gema weiterbestehen,
während die G. D. T. alles aufgeben soll.

Herr **N e n t w i g** stellt fest, dass die von Herrn **L i e-**
nau gegen eine Auflösung der Gema geltend gemachten juristischen
Bedenken nicht ohne weiteres abzuweisen seien, sondern sehr sorg-
fältig geprüft werden müssten.

Herr **R ö s c h** meint, es wäre doch wohl denkbar, dass bei
einer glatten Fusion der beiden Anstalten eine Uebertragung der
Verträge möglich sei. Natürlich sei es aber die einfachste Lösung,
die eine Organisation zu vernichten, während die andere alles
übernimmt. Beide Gesellschaften müssten, wie bei den früheren Ver-
handlungen vereinbart, ihre Liquidationsfristen einhalten. Von
den besonderen Schwierigkeiten, an denen die Einigung zuletzt
scheiterte, erwähnt er: der Frieden kann nur geschlossen werden,
wenn in die Gebiete der Aufführungsrechte auch das der mechani-
schen (Ammre) vereinigt wird, sonst bekämpfen sich diese beiden
Gebiete wieder. Unmöglich kann die G. D. T. bei einem französi-
schen Geschäftsführer höhere Interessen (Herr Crétin) annehmen,
dem noch dazu Unterschlagungen nachgewiesen worden sind.- Bei dem
von Herrn **L i e n a u** bezeichneten Wege lässt sich keine Eini-
gung erzielen wegen des Vertrages mit Oesterreich, ferner wegen
des Vertrages mit der Société, die auch die deutschen Rechte in
Holland vertritt. Es hatte den Anschein, als sei ein gewisser
Umschwung eingetreten, besonders im Verhältnis zu Oesterreich.
Ein oesterreichischer Verleger habe ihm gegenüber ausdrücklich
bemerkt, dass, wenn eine vollständige Einigung zwischen deutschen
Verlegern und Komponisten erzielt werde, die Oesterreicher dem
nicht entgegen sein würden. Die von Herrn **L i e n a u** berührte

Gefahr

Gefahr, dass die Société ihrerseits mit den ausländischen Verlegern zusammengehen würde, sei nicht so gross. Die kleinen ausländischen Gesellschaften könnten mit ihrem eigenen heimischen Repertoire garnicht bestehen, sie müssten über ein internationales Repertoire verfügen. Die Gefahr, dass die ausländischen Verlegergesellschaft selbständig vorgingen, sei deshalb nicht anzuerkennen. Die Verträge seien garkein Hindernis für die Fusion. Die Gesellschaften im Auslande würden froh sein, wenn sie nur mit einer einigen Gruppe in Deutschland zu tun hätten. Es bestehe deshalb kein Grund, weshalb die Sache so einseitig aufgefasst werden solle, dass nur die Afma aufgelöst werde. Das einzig Richtige sei: dass beide Anstalten liquidierten und dass eine neue dritte Gesellschaft geschaffen würde. Allerdings würden vielleicht Uebergangsschwierigkeiten kommen, die aber zu überwinden sein würden.

Herr H e n t w i g konstatiert, dass Uebereinstimmung darüber besteht, dass eine Einigung nötig ist. Von den beiden bis jetzt vorgeschlagenen Wegen (entweder Auflösung der Afma und Vereinigung mit der Gema ~~oder Auflösung der Afma und Vereinigung mit der Gema~~ oder Auflösung beider Gesellschaften und Gründung einer neuen, auf die die Rechte beider übergehen) sei der der bessere, der einfach und schneller zum Ziele führe. Es werde sich also darum handeln, diesen zu finden.

Herr R a u c h erklärt, dass er eine Einigung durchaus wünsche. Er habe von der heutigen Verhandlung erwartet, dass Vorschläge von beiden Seiten gemacht werden. Herr R ö s c h habe aber den Vorschlag des Herrn L i e n a u kritisiert. Er wie seine Kollegen wünschten keine Debatte mit den Gegnern, da diese Auseinandersetzungen nicht zusammen, sondern auseinanderführten. Es gäbe keinen anderen Weg als den von Herrn Lienau vorgeschlagenen. Er wolle auf die Ausführungen des Herrn R ö s c h nichts erwidern, weil dies zwecklos sei. Wenn er gewusst hätte, dass die Verhandlungen sich so entwickelten, würde er nicht erschienen sein.

Herr H e n t w i g bedauert diese schroffe Erklärung, für <u>die</u>

die seines Erachtens kein Grund vorhanden sei. Es sei ganz natürlich, dass in der Debatte eine Aeusserung zu dem Vorschlage des Herrn L i e n a u herbeigeführt wurde. Von einer Kritik, die Herrn R a u h zu einer solchen Erklärung veranlassen könne, war wohl nicht die Rede.

Herr Rauh erwidert: Wir können über die Vergangenheit wohl schweigen, aber wir können sie nicht ungeschehen machen. Er habe mit seinen Kollegen verabredet, dass sie nicht mehr an einem Tisch mit Herrn Rösch verhandeln. Er sei dahin informiert worden, dass bei den heutigen Verhandlungen nur Vorschläge von beiden Seiten gemacht werden sollen.

Herr S c h u m a n n entgegnet, dass er allerdings in ähnlichem Sinne mit Herrn R ö s c h vorher gesprochen habe, es sei aber wohl selbstverständlich, dass über die Vorschläge sachlich verhandelt werde und dies allein sei geschehen.

Herr R a u h erwidert, dass er nichts dagegen einzuwenden hat, wenn über die Vorschläge verhandelt wird, aber nicht mit den Gegnern der Gema.

Nachdem Herr S c h u m a n n nochmal betont hat, dass kein Grund vorhanden sei, über den Plan nicht zu sprechen, fragt Herr N e n t w i g, ob Herr R a u h bereit sei, Näheres über den von Herrn L i e n a u gemachten Vorschlag auszuführen.

Herr R a u h erklärt, dass er sich zwar in eine Debatte mit der Gegenpartei nicht einlassen wolle, dass er zu solchen Ausführungen aber bereit sei. Es bestehe nicht etwa die Absicht, dass es einen Besiegten und einen Sieger geben solle. Aus der Konkurrenz der beiden Gesellschaften ergebe sich eine Schädigung für das Musikleben. Diese Konkurrenz müsse beseitigt werden. Es könne dabei natürlich eine neue Gesellschaft entstehen. Die Gema könne, soweit dies juristisch irgend möglich ist, eine neue Gestalt annehmen. Die neue Gesellschaft dürfe aber keinen Schaden erleiden durch die Aufgabe von Verträgen mit dem Auslande und durch den Abfall von Mitgliedern. Die augenblickliche Lage sei folgende: Die französische Gesellschaft hat den Vertrag gebrochen und seitens der Gema

ist ihr mitgeteilt worden, dass der Vertrag als nicht mehr existie-
rend betrachtet wird. Die Société hat das Recht auch für alle ande-
ren Auslandsvertretungen: Belgien, Schweiz, usw. Die einzige strit-
tige Frage war Holland. Die holländische Gesellschaft ist von den
Franzosen in eine sehr schwierige Zwangslage gebracht worden.-
Nach langem Sträuben und auf Wunsch von einer Reihe von Mitgliedern
hat die Gema mit den Franzosen abgeschlossen. Man wollte eine Ver-
ständigung mit den Franzosen und den Holländern finden. Durch den
Bruch des Vertrages seitens der Franzosen entstand die Möglichkeit,
mit den Holländern einen Vertrag auf fünf Jahre abzuschliessen.
Bei einer Auflösung der Gema könnten wie bereits erwähnt, die ein-
zelnen Gesellschaften die Gema ganz verlassen und mit den Franzo-
sen zusammengehen. Dies würde einen Verlust bedeuten, der nicht
riskiert werden dürfe. Auch aus der G. d. T. sind einzelne Mitglie-
der ausgeschieden und der französischen Gesellschaft beigetreten:
Linke und Fétrasz. Die Autoren von Unterhaltungsmusik spielten für
den Vertrieb eine grosse Rolle! .- Bei der Fusion sei die Gema
bereit, auch ihren Namen aufzugeben. Es besteht kein Gedanke daran,
als wolle die Gema ihr eigenes Haus aufrecht erhalten und die ande-
ren dürften bei ihr eintreten.- Wenn die bezüglich der Verträge
ausgesprochenen Befürchtungen nicht einträfen, dann würde die Gema
bereit sein, noch weiter entgegenzukommen: sie würde, wenn Verlu-
ste sich vermeiden liessen, damit einverstanden sein, dass beide
Gesellschaften liquidieren. Herrn B e h m erwidert Herr R a u h,
dass das Zusammengehen mit Oesterreich nach seiner Auffassung
durchaus nicht dem nationalen Prinzip widerspricht. Das Richtige
würde eine grosse-deutsche Organisation sein, die Oesterreich mit-
umfasst. Einer solchen ständen allerdings Schwierigkeiten entge-
gen, z. B. die Rivalität zwischen Wien und Berlin.- Die Oesterrei-
cher hätten der G. d. T. schon einmal die Vertretung ihrer Rechte
übergeben, aber schlechte Erfahrungen dabei gemacht. Sie wollten
diese Gefahr nicht wieder laufen. Bei den Oesterreichern bestehe
deshalb ein starkes Misstrauen, deshalb werde eine gross-deutsche
Organisation wohl schwer durchführbar sein. Der einzig gangbare
Weg sei: die gleiche Verständigung mit Oesterreich wie bisher.

- 6 -

ist ihr mitgeteilt worden, dass der Vertrag als nicht mehr existie-
rend betrachtet würde. Die Société hat das Recht auch für alle ande-
ren Auslandsvertretungen: Belgien, Schweiz, usw. Die kritische strit-
tige Frage war Holland. Die holländische Gesellschaft ist von den
Franzosen in eine sehr schwierige Zwangslage gebracht worden.-
Nach langem Sträuben und auf Wunsch von einer Reihe von Mitgliedern
hat die Gema mit den Franzosen abgeschlossen. Man sollte eine Ver-
ständigung mit den Franzosen und den Holländern finden. Durch den
Bruch des Vertrages seitens der Franzosen entstand die Möglichkeit,
mit den Holländern einen Vertrag auf fünf Jahre abzuschliessen.
Bei einer Auflösung der Gema könnten wie bereits erwähnt, die ein-
zelnen Gesellschaften die Gema ganz verlassen und mit den Franzo-
sen zusammengehen. Dies würde einen Verlust bedeuten, der nicht
riskiert werden dürfe. Auch aus der G. d. T. sind einzelne Mitglie-
der ausgeschieden und der französischen Gesellschaft beigetreten:
Lincke und Fetras. Die Autoren von Unterhaltungsmusik spielten für
den Vertrieb eine grosse Rolle. -- Bei der Fusion ist die Gema
bereit, auch ihren Namen aufzugeben. Es besteht kein Gedanke daran,
als wolle die Gema ihr eigenes Haus aufrecht erhalten und die ande-
ren dürften bei ihr eintreten.- Wenn die bezüglich der Verträge
ausgesprochenen Befürchtungen nicht eintreffen, dann würde die Gema
bereit sein, noch weiter entgegenzukommen: sie würde, wenn Verlu-
ste sich vermeiden liessen, damit einverstanden sein, dass beide
Gesellschaften liquidieren. Herrn R i t t e r erwidert Herr R a u h,
dass das Zusammengehen mit Oesterreich nach seiner Auffassung
durchaus nicht dem nationalen Prinzip widerspricht. Das Richtige
würde eine gross-deutsche Organisation sein, die Oesterreich mit-
umfasst. Einer solchen stünden allerdings Schwierigkeiten entge-
gen, z. B. die Rivalität zwischen Wien und Berlin.- Die Oesterrei-
cher hätten der G. d. T. schon einmal die Vertretung ihrer Rechte
übergeben, aber schlechte Erfahrungen dabei gemacht. Sie wollten
diese Gefahr nicht wieder laufen. Bei den Oesterreichern bestehe
deshalb ein starkes Misstrauen, deshalb werde eine gross-deutsche
Organisation wohl schwer durchführbar sein. Der einzig gangbare
Weg sei: die gleiche Verständigung mit Oesterreich wie bisher.

Herr

- 7 -

Herr S c h u m a n n meint, dass durch diese Erklärungen
die Verhandlungen entschieden einen Schritt weiter gekommen seien.
Zunächst wäre es wohl nötig, die juristischen Schwierigkeiten zu
beseitigen, die eventuell der Auflösung beider Genossenschaften
entgegenstehen.

Herr von R e z n i c e k fragt, ob die Oesterreicher viel-
leicht nicht mitgehen würden, wenn sie einer neuen Organisation
gegenüberstehen.

Herr R a u h hält dies nicht für möglich.

Herr H e n t w i g meint, dass durch diese Frage die ganze
Angelegenheit jetzt nicht kompliziert werden sollte. Ein juristi-
scher Spezialist müsste zunächst die Uebertragbarkeit der Verträ-
ge prüfen und ein Gutachten darüber erstatten. Damit könnte wohl
der Rechtsberater der Gema beauftragt werden. Wenn die Verträge
übertragbar wären, dann bestände wohl keine Schwierigkeit für
eine beiderseitige Liquidation und vollkommene Neugründung.

Herr K o c h führt aus, dass seines Erachtens die Gefahr
eines Abspringens der fremden Gesellschaften nicht zu gross sei.
Die Holländer und auch die Schweizer würden sicher weiter mitge-
gen (Zwischenruf des Herrn R a u h: Aber die Italiener?). Wenn
di Verträge der Gema durch deren Liquidation aufgehoben würden,
bestände allerdings die Gefahr, dass die fremden Gesellschaften
inzwischen von den Franzosen eingefangen würden. Die Zugkraft der
deutschen Musik sei aber so gross, und würde es bleiben, dass die-
se Gefahr nicht überschätzt werden dürfe. Die Hauptsache sei, dass
beide Teile endlich zusammenkämen. Dafür würden beide Teile aber
auch etwas nachgeben müssen.

Herr R a u h erwidert, dass die Herren Komponisten die
Sache immer vom Standpunkt der ernsten Musik aus beurteilten. Die
Unterhaltungsmusik spiele aber für den Verleger eine besonders
grosse Rolle, darunter besonders auch die italienische Unterhal-
tungsmusik. Wenn die Italiener mit den Franzosen zusammen gehen
würden, so würde eine bedeutende Konkurrenz dadurch entstehen,
da die Franzosen allein etwa 1/3 der Unterhaltungsmusik bestrit-
ten. Es könnten dann die Tschecho-Slowakei und vielleicht noch

andere

andere Nationen dazu kommen.

Herr K o c h entgegnet, dass bei dieser Erwägung doch sehr stark der Geschäftsstandpunkt betont sei. Es möchte aber in erster Linie an die ernste Kunst gedacht werden.

Herr T h i e l bemerkt, es sei eine Schande für die deutsche Kunst, dass sie durch die Deutschen selbst gezwungen sei, sich an die Franzosen anzuschliessen. Der Verleger betrachtet die Sache leicht nur vom geschäftlichen Standpunkt aus, er müsste aber auch den Standpunkt der Kunst berücksichtigen. Eine Schande sei es auch, dass die Holländer sich beschweren müssten über die Konkurrenz der Franzosen, die sie gerade den Deutschen verdankten. Gerade die Deutschen schadeten also den Holländern! Auch die Verleger müssten Opfer bringen im Interesse der Kunst.

Herr von S c h i l l i n g s: Die Gefahr bezüglich der Verträge müsste in kluger und vorsichtiger Weise vorgebeugt werden durch Anfrage bei den fremden Gesellschaften, wie sie sich verhalten würden, wenn eine neue grössere Gesellschaft gebildet werde, die ihnen nicht nur die alten Rechte sichere, sondern noch neue dazu verschaffe.

Herr R a u h antwortet: Ein solches Vorgehen würde sehr wohl möglich sein.- Das Entscheidende sei, dass die neue Anstalt ebenso unabhängig von der Organisation der Verleger wie von der der Komponisten sein würde. Sie dürfe lediglich eine Aufführungsrechtsgesellschaft sein, die für sich allein ihr Werk tut.

Herr H e n t w i g fasst zusammen, dass zunächst also die beiden folgenden Rechtspunkte zu klären sein würden:

1. Uebertragbarkeit der Verträge
2. Ermittelung der Bereitwilligkeit der fremden Gesellschaften mit der neu zu gründenden Anstalt zu gehen (im Sinne der Anfrage des Herrn von Schillings)

Mit der Ausarbeitung weiterer Vorschläge würde alsdann eine Kommission zu betrauen sein. Auf eine Anfrage des Herrn R a u h fügt Herr H e n t w i g noch hinzu, dass er auch eine selbständige unabhängige Aufführungsrechtsgesellschaft für die richtige Lösung halte.

Herr

Herr B e h m kommt darauf zurück, dass es sich nicht nur um die musikalischen Urheberrechte, sondern auch um die mechanischen handle. Es sei undenkbar, beides zu trennen.

Herr L i e n a u entgegnet, dass eine Vereinigung beider abgelehnt werden müsse.

Herr R a u h fügt hinzu, dass mit den mechanischen Rechten die Gema garnichts zu tun habe; diese seien Sache der Ammre.- Wenn man zum Frieden kommen wolle, dann müsse jede Frage einzeln erörtert werden, was am besten in der vom Herrn N e n t w i g vorgeschlagenen Kommission geschehen würde. Der Verkehr in einer künftigen gemeinsamen Anstalt würde sehr zur Aufklärung und Verständigung zwischen Verlegern und Komponisten beitragen.

Herr N e n t w i g: Der Frage der Ammre wollte die Akademie bei diesen Verhandlungen nicht nähertreten. Es lag dies auch nicht in der Absicht des Herrn Ministers.

Herr R a u h erwidert, auf eine Frage des Herrn Nentwig bezüglich der Vertreter der Gema für die Kommission, dass er jetzt noch nicht in der Lage sei, Vorschläge zu machen, da die Gema ja auch eine Anzahl von Komponisten vertrete, heute aber aus der Gema nur Verleger anwesend seien. Zur Namhaftmachung von Vertretern würde eine Aufsichtsratssitzung nötig sein. Eine solche wird mit Beschleunigung einberufen werden.

Herr N e n t w i g stellt zusammenfassend noch einmal fest, dass die G. d. T. und die Gema der Akademie Vertreter für die Kommission vorschlagen werden. Es sollen für jede Partei drei Mitglieder benannt werden, womit die Anwesenden sich einverstanden erklären. Die Vorschläge sollen bis zum 17. bezw. spätestens 24. Januar der Akademie übersandt werden.

Herr N e n t w i g dankt den Anwesenden und gibt noch einmal der Hoffnung Ausdruck, dass das Zusammengehen zustande kommt.

Herr K o c h schliesst hierauf die Sitzung.

gez- Friedrich E. Koch gez. v. Baußnern

Namens meiner hier anwesenden Kollegen spreche ich zunächst dem Herrn Präsidenten und den Mitgliedern des Senates der Akademie den Dank für die an uns ergangene Einladung zu der heutigen Sitzung aus. Wie begrüssen es, dass Sie, hochgeehrte Herren, mit der ganzen Autorität Ihres Amtes für eine Verständigung in den Zwist, der leider schon so lange das deutsche Musikleben stört, eintreten wollen. Das ist umso dankenswerter, weil die Gegenwart dringend dazu mahnt, das Gemeinsame zu pflegen und das Trennende hint an zu stellen. Zunächst eine kurze Bemerkung über die Einladung, in der von "Verlegergruppen" die Rede ist: Herr R a u h und ich sind wohl eingeladen als Vorstand der Gema. Die Gema ist aber eine Genossenschaft von Autoren und Komponisten, demnach sind wir beide hier nicht nur als Vertreter von Verlegern, sondern auch von Autoren. Die anderen Herren, die von unserer Seite anwesend sind, sind Vorstandsmitglieder, beziehungsweise Mitglieder des Verlegervereins, der nicht eine Gruppe ist, sondern alle Verleger umfasst. Ich muss also betonen, dass wir gegenüber der von Ihnen auch geladenen anderen Seite nicht ausschliesslich und einseitig die Verlegerinteressen vertreten. Ferner erlaube ich mir die Frage, ob ein Protokoll geführt wird und welcher Art. Ich möchte bitten, dass die Fassung eines solchen uns vorgelegt wird. Und nun zur Sache selbst!

Der Streit um die Aufführungsrechte umfasst nur ein
Teilgebiet derjenigen Probleme, welche gelöst werden müssen ,
um die Interessen der am Musikleben beteiligten Faktoren
auszugleichen. Aber wir glauben, dass dieses Endziel nur
schrittweise zu erreichen ist, und wir haben von vornherein
die Einberufung der heutigen Versammlung so aufgefasst,
dass zunächst einmal der Versuch gemacht werden soll, eine
Verständigung über die Aufführungsrechte und deren Verwer-
tung herbeizuführen. Die Frage lautet also einfach: Wie ist
unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Vereinigung al-
ler Interessenten zwecks Verwertung der Aufführungsrechte
in Deutschland möglich?
Wenn wir die gegenwärtige Lage als bekannt voraussetzen,
lautet unsere Antwort auf diese Frage: Den einzig gangba-
ren Weg zur Erreichung des Zieles sehen wir in der soforti-
gen Fusion der AFMA und der GEMA zu einer neuen Anstalt.
Unser Vorschlag bietet Schwierigkeiten: er hat auf der ei-
nen Seite die Loslösung der AFMA von der G.D.T. zur Voraus-
setzung, auf der anderen Seite ist er nur durchführbar,
wenn die GEMA ihre Identität soweit beibehält, dass die Auf-
lösung ihrer Verträge sowohl mit ihren Mitgliedern, wie mit
den ausländischen Gesellschaften vermieden wird.

Hinsichtlich der ersten Schwierigkeit (Loslösung der
AFMA von G. D. T.) ist zu bemerken, dass die G.D.T. eine
Fach-Organisation von Komponisten -nicht von allen Kompo-
nisten - ist, der Deutsche Musikalienverleger - Verein eine

eine Fach - Organisation aller Musikverleger. Wir wünschen
aber die vollständige Unabhängigkeit der Aufführungsrechts-
Verwertung von jeglichen Fach - Organisationen, weil wir
in der bisherigen Verbindung der G. D. T. mit der AFMA den
tiefsten Grund der bisherigen beklagenswerten Streitigkei-
ten sehen. Denn es war immer der strittige Punkt, wer denn
nun in der Verwaltung etwas zu sagen habe, Komponisten oder
Verlege r. In allen übrigen Kulturländern ist die Verwertung
der Aufführungsrechte unabhängig von den Komponisten-Organi-
sationen, auch da wo, wie in Schweden, die Organisation
der Komponisten die Aufführungsrechts-Gesellschaft ins Le-
ben gerufen hat. Diesen Zustand halten wir auch in Deutsch-
land für die Grundbedingung einer ersprieslichen Zusammen-
arbeit. Selbstverständlich verwehren wir keinem Komponisten
die Zugehörigkeit zur G.D.T. als der Organisation seines
Standes. Wir bestreiten auch nicht das ursprüngliche Recht
des Urhebers am Aufführungsrecht. Aber mit der praktischen,
geschäftlichen Aufführungsrechts-Verwertung hat das nichts
zu tun, und so wenig wir der G.D.T. in ihre Organisation
hineinzureden das Recht haben, ebenso wenig vermögen wir
dieses Recht der G. D. T. oder dem Deutschen Musikalienver-
leger-Verein in Bezug auf die Aufführungs-Gesellschaften
zuzuerkennen.

Und die zweite Schwierigkeit: eine Auflösung der Gema,
also ihre Liquidation und Löschung im Genossenschaftsregister
könnte unabsehbare Folgen haben. Die Gema-Mitglieder würden
dann vor die Frage gestellt, ob sie der neuen Gesellschaft
beitreten oder sich etwa einer ausländischen Gesellschaft

z.B. der österreichischen oder französischen anschliessen
sollten. Die Gefahren dieser Möglichkeit sind grosse,
solange wir nicht wissen, welcher Art die Beziehungen der
neuen Anstalt zu der französischen und österreichischen
Gesellschaft sein werden. Ein anderer Grund ist noch
wichtiger, nämlich die Erhaltung der Verträge mit dem Aus-
lande. Die gegenwärtigen wirtschaftschaftlichen Verhältnisse
in Deutschland erhöhen die Bedeutung der ausländischen Ein-
nahmen. Wir können nicht ohne zwingende Not auch nur einen
Teil dieser Einnahmen aufs Spiel setzen, falls es etwa der
französischen Gesellschaft gelingen sollte, in anderen Län-
dern den Vertragsabschluss mit der neuen/deutschen Gesellschaft
zu hintertreiben. Was in dieser Beziehung die Société fertig-
bringt, haben die letzten Jahre gezeigt.

Soweit es die Berücksichtigung dieser Bedenken nicht
verbietet, sind wir aber zu jedem Entgegenkommen gegenüber
den Wünschen der anderen Seite bereit. Wir hängen weder an
dem Namen der Gesellschaft, noch haben wir etwas dagegen,
dass durch die Satzung die Rechte der Komponisten nach
Möglichkeit geschützt werden.

Wenn wir also der Fusion der beiden Aufführungsrechte-
Gesellschaften das Wort reden, so leitet uns dabei auch
noch der Gesichtspunkt, dass bei einer blossen Arbeitsge-
meinschaft zwischen AFMA und GEMA, wie sie in früheren Ver-
handlungen einmal angeregt war, die Einnahmen aus den Auslands-

Verträgen, denen gegenüber ja die Einnahmen aus Deutschland
in absehbarer Zeit kaum in Betracht kommen dürften, dann
nur den Mitgliedern der GEMA zu gute kommen würden, weil
die Arbeitsgemeinschaft sich nur auf das deutsche Geschäft
erstrecken könnte und die AFMA vielleicht nicht in der Lage
wäre, selbst in befriedigendem Umfange Auslands-Verträge
abzuschliessen.

Findet unser Vorschlag einer Fusion zwischen AFMA und
GEMA Beifall, so denken wir uns die weiteren Verhandlungen
so, dass von besonderen Kommissionen die näheren Modalitäten
die Grund -und Geschäftsordnung, die Frage des Vorstandes
u.s.w. erwogen werden. Wir würden es dankbar begrüssen,
wenn die Staatsregierung gebeten werden könnte, zur Leitung
dieser Kommissions-Verhandlungen oder wenigstens zur Teilnahme
an denselben einen Kommissar zu entsenden. Denn im Interesse
des deutschen Komponistenstandes, dem drei Viertel des Rein-
gewinnes der Aufführungsrechts-Gesellschaft zufliessen würde,
liegt es, dass die Staatsregierung bezw. die Reichs-Regierung
die Interessen der neuen Gesellschaft, welche alle deutschen
Aufführungsrechte verwerten soll, nach Kräften unterstützt.
Wir brauchen einen wirksameren Schutz gegen unberechtigte
Aufführungen, als ihn uns die Justizverwaltung zur Zeit ge-
währt. Wir brauchen eine wirksamere Unterstützung der deut-
schen Musikpflege im Auslande durch die deutschen Gesandt-
schaften. Wir können mit England keinen Vertrag abschliessen
und die vielen dortigen Aufführungen deutscher Musik nicht
verwerten, solange uns infolge des Abzugs von 75 % der
Lizenzeinnahmen ein Schaden erwächst, den uns die deutsche

Regierung nicht ersetzt, obwohl er ihr auf Reparationskon-
to gutgebracht wird. Wir brauchen endlich den Schutz der
Regierung , um die Beziehungen zu der Wiener Gesellschaft
zu regeln, die vielleicht das am schwersten zu beseitigen-
de Hindernis unserer Einigungsbestrebungen bilden. Auch
dieser letzte Punkt wird den Gegenstand eingehender Kommis-
sions-Erwägungen bilden müssen. Wir gehen aber jetzt noch
nicht darauf ein, weil zunächst einmal die Grundfrage erle-
digt werden muss: Fusion von AFMA und GEMA oder nicht?

Das ist unser Vorschlag, den wir hiermit zur Erwägung
stellen. Wir sind der Ueberzeugung, dass -wenn erst der
erste Schritt getan - der Weg zum allgemeinen Frieden of-
fen ist.

Anwesenheitsliste zur Sitzung des Senats und der Genossenschaft der Musiksektion am 9. 12. 24.

Taubert
G. Prof. v. Baußnern
Schillings
Neuhaus
E. N. v. Reznicek
Heinr. G. Koch
Schumann
Seiffert
Scharwenka
Hugo Kaun
Paul Juon
R. Lienau
Rauch
F. Amckenholz
Hinrichsen
Thiel
Behm
Dr Rössh
Kahn

229

[Ve]rhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der Ge[n]ossenschaft, Sektion für Musik

Berlin, den 29. Dezember 1923

Beginn der Sitzung 6 Uhr

K. Akademie d. Künste-Berlin
№ 0044 * 28 JAN. 1924
Anl.

Gegenwärtig

Unter dem Vorsitz des Herrn Koch

die Herren

Amersdorffer
Koch
Schumann
Seiffert
Taubert
von Baussnern
Thiel
Juon
Kaun
von Reznicek
von Schillings

1. Beratung über den Ministerialerlass U IV 12808 betreffend Zusammengehen der holländischen Musikverleger mit den deutschen und Einigung zwischen der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und Gema.

Der Ministerialerlass mit allen Anlagen wird verlesen.

Herr Schumann berichtet, dass der Inhalt der Vorlage zum Teil schon überholt sei, da die holländischen Verleger bereits vor einer Einigung mit den deutschen Verlegern stehen. Die letzteren befinden sich zudem zurzeit in einem gewissen Zwiespalt mit der Gesellschaft der französischen Verleger, mit der sie bisher geschäftlich liirt waren. Auch mit den italienischen und schweizerischen Verlegern sowie mit denen nordischer Länder haben sich die holländischen Veleger bereits geeinigt. Die G.d.T. kommt, wenn sie fernerhin ganz bei Seite steht, völlig in den Hintergrund. Sie geht daran direkt zu Grunde, wie sie schon dadurch Verluste erlitten hat, dass die Brahms'schen Erben, die von Dvorak, die von Bruch aus ihr ausgetreten sind, die von Reger ebenfalls austreten werden. Herr Lomann, Amsterdam, habe ihm erklärt, dass, wenn keine Einigung zwischen G.d.T. und Gema erzielt würde, die holländische Gesellschaft direkt den Anschluss an die Gema suchen müsse.

Die

Die letzten Bestrebungen eine Einigung zwischen G.d.T. und Gema herzuführen, schienen zu einer Lösung zu führen, doch sind (und zwar nicht wegen entscheidender Punkte) die Verhandlungen abgebrochen worden. Die Schuld daran trägt im wesentlichen das Verhalten des Herrn Rösch, der in der ganzen Angelegenheit nicht richtig vorgeht und damit sein eigenes Werk, die G.d.T., gefährdet und vielleicht zerstört. Die Verleger verlangen im Grunde genommen nichts anderes als das von Rösch früher selbst Geplante: eine gemeinsame Organisation, bei der G.d.T. und Gema neben einander weiterbestehen und für beide eine gemeinsame Dachorganisation, bestehend aus Vertretern der beiden Anstalten, gebildet wird. Wenn die Genossenschaft gerettet werden soll, so muss rasch etwas geschehen, denn sie hat schon jetzt keine Mittel mehr, keine Schreibkraft, kaum mehr ein ständiges Büro. Der jetzt mit den französischen Verlegern bestehende Konflikt der Gema muss zu Gunsten des Verhältnisses der beiden deutschen Anstalten ausgenützt werden. Die Verhandlungen in der Akademie würde am besten ein neutraler Vorsitzender leiten, wegen der juristischen Fragen käme in erster Linie ein Jurist dafür in Frage.

Herr von Reznicek meint, dass alle Bestrebungen durch Verhandlungen eine Einigung zu erzielen, aussichtlos wären. Eine autoritative Stelle z. B. das Ministerium müsste den Beteiligten vor Augen führen, dass sie die Pflicht haben, sich zu einigen, und sie möglichst dazu zwingen.

Dr. Amersdorffer wendet ein, dass keiner autoritativen Stelle die Machtmittel zu Gebote stehen, eine solche Einigung zu erz~~ielen~~ wingen. Die Akademie müsse jedenfalls, wie der Herr Minister wünscht, durch Verhandlungen versuchen, das Ziel zu erreichen. Als „neutraler" Vorsitzender, den Herr Schumann vorgeschlagen hat, wäre die gegebene Persönlichkeit das rechts-und verwaltungskundige Mitglied des Senates der Akademie, Herr Ministerialdirektor Nentwig, also ein Angehöriger der Akademie, der persönlich und fachlich selbst nicht interessiert ist (während fast alle Mitglieder der Musiksektion der G. d. T. angehören) und ausserdem die Angelegenheit genau kennt.

Es wird diesem Vorschlag gemäss beschlossen.

Herr von Schillings betont, dass die Mitglieder der G. d. T. in diesem Augenblick auf Rösch einen Druck ausüben müssten, um den Zusammenbruch der G. d. T. zu verhüten. Eventuell müssten die Mitglieder erklären, sofort aus der Genossenschaft auszutreten, falls Rösch nicht diese letzte Möglichkeit einer Einigung von seiner Seite aus benutzt. Er selbst würde hierbei gern vorangehen. Herr Schumann schliesst sich diesem Vorschlag durchaus an, ebenso die anderen anwesenden, der G.d.T. angehörenden Herren.

Es wird beschlossen, dass die anwesenden Mitglieder, wie von Herrn von Schillings vorgeschlagen, in diesem Sinne an Rösch ein Schreiben richten, das er, getrennt von der Einladung der Akademie zur Einleitung von Einigungsverhandlungen, zugestellt erhält.

Die erste Beratung mit Vertretern der G. d. T. und der Gema soll am 9. oder 10. Januar stattfinden. Die genauere Vereinbarung von Tag und Stunde der Sitzung wird vorbehalten bis Herr von Baußnern mit Herrn Ministerialdirektor Nentwig Rücksprache genommen hat.

2. Die Reinke-Stiftung wird von der Musiksektion angenommen und die im Entwurf verlesene Satzung genehmigt.

Schluss der Sitzung 7 ½ Uhr

Friedr. E. Koch

Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

AKTE 1228

ENDE